Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 237. Morgen-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 23. Mai 1876.**

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für den Monat **Juni** ergebenst ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Mark 75 Pf., bei täglich zweimaliger Zusendung ins Haus 2 Mark 15 Pf., auswärts inclusive des Portozuschlages 2 Mark 17 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement, durch die Colporteure frei ins Haus, 50 Pf.

Gleichzeitig die Mittheilung, daß wir den **neuesten Roman Friedrich Spielhagen's:**

„Sturmfluth",

(drei Bände)

für das Feuilleton unserer Zeitung erworben haben und am 15. Juni mit der Veröffentlichung beginnen werden.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Breslau, 22. Mai.

Mit Bezug auf die Berliner Ministerconferenzen wird es in auswärtigen Blättern auffallend gefunden, daß die preußische Regierungspresse so wenig über die Beitrittserklärungen zu dem Memorandum der drei Kaisermächte mitzutheilen weiß. Zum Theil hat dies, wie uns unser wohlinformirter Berliner ▭-Correspondent mittheilt, seinen Grund in rein geschäftlichen Verhältnissen. Nachdem den drei westlichen Mächten über den Inhalt der Conferenzbeschlüsse die vertrauliche Mittheilung gemacht wurde, wird es sich für die drei Kaisermächte zunächst darum gehandelt haben, über die formelle Redaction der Note an die Pforte zu einer gemeinsamen Verständigung zu gelangen, welche den übrigen Cabinetten in officieller Weise zu übermitteln wäre. Bevor nicht dieser zweite Schritt geschehen, schreibt man uns, könne die Formulirung der identischen Note an die türkische Regierung um so weniger erfolgen, als sich England noch nicht über den ersten Schritt, nämlich über den Beitritt zu den Conferenzbeschlüssen auf diplomatischem Wege, erklärt hat. Abgesehen davon, behaupten Personen, welche der Berliner englischen Botschaft nahe stehen, daß sich England überhaupt noch nicht in der Lage befinde, eine ablehnende Antwort zu ertheilen, weil in der Foreign Office nichts mehr als die Abschrift jenes Memorandums der Conferenz vorliegt, welche Lord Odo Russel ad referendum genommen hat. Wie der Geschäftsgang, den die Angelegenheit zu durchlaufen hat, auch betrachtet werde, so wird kaum vor Ablauf von 8 Tagen eine definitive Feststellung der Note erfolgen. Vorher werden selbstverständlich weder bei der Pforte, noch bei den Insurgenten officielle Schritte im Sinne der Conferenzbeschlüsse erfolgen. Dies empfiehlt sich umsomehr, als die Geschwader sämmtlicher Garantiemächte, erst in diesem Zeitraum sich in den türkischen Gewässern versammeln, um den Vorschlägen der drei nordischen Cabinete den nöthigen Nachdruck zu geben.

Dem Vernehmen nach wird in diesem Augenblicke Seitens der russischen Regierung ein Memoire ausgearbeitet, welches sich in mehr akademischer Weise über die völkerrechtliche Tragweite der Anerkennung der bosnisch-herzegowinischen Insurgenten als kriegsführende Macht verbreitet. Bekanntlich wird diese Frage in der diplomatischen Welt gegenwärtig vielfach ventilirt. Am wenigsten wird England in der Lage sein, gegen jene Maßregel Einspruch zu erheben, da es bekanntlich während des amerikanischen Seccessionskrieges, ungeachtet des Widerspruchs der Vereinigten Staaten, die Südstaaten als kriegsführende Macht anerkannt und behandelt hat.

In der Delegation des **österreichischen** Reichsrathes hat Graf Andrassy vorgestern in ausführlicher Rede sich über die Lage im Oriente und die Beschlüsse der Berliner Conferenz geäußert. Viel Neues haben wir hieraus nicht erfahren. interessant aber ist es, daß Graf Andrassy die Idee einer Occupation als durchaus unzulässig, ja geradezu als „Unsinn" bezeichnete. Allerdings schwächte er die Bedeutung dieses Ausspruches in bedenklicher Weise dadurch ab, daß er sich entschieden gegen die von Brestel beantragte Resolution aussprach, welche eine Occupation unbedingt verbieten sollte. Unter diesen Umständen begreift sich, daß die Rede des Grafen Andrassy nur von den Officiösen mit ungetheiltem Beifall begrüßt wird, im Allgemeinen aber die herrschenden Besorgnisse nicht zu verscheuchen vermochte (vgl. unsere Wiener ***-Correspondenz).

In **Italien** gestaltet sich der Kampf zwischen der Rechten und Linken immer erbitterter; die Parteien stehen sich schroff gegenüber. Die Rechte betrauert den Abgang der vielen Präfecten, verdächtigt dagegen die neu ernannten, sowie die neue Regierung überhaupt und ist dabei unwahr und erfinderisch. Die Linke, über den Angriff erbittert, vertheidigt sich energisch und veröffentlicht Enthüllungen, die auf Documenten beruhen, die wohl nicht widerrufen werden können und welche die ganze Schande enthüllen, daß die gefallene Consorterie von den alten despotischen Regierungen Polizeikünste und Spionenwesen ererbte und sich eben dadurch, wie einst jene, den Untergang grub. Diese geheimen Agenten waren nicht nur im eigenen Lande, sondern auch im Auslande reichlich besoldet, und es mag wohl Manchem eigenthümlich erscheinen, wie eine Regierung, um deren finanzielle Lage es schon traurig genug aussah, so große Summen für geheimes Polizeiwesen ausgeben konnte, um so mehr, da kein europäischer Staat Ländertheile in Italien erobern wollte. Die Furcht Minghetti's und Cantelli's, Lanza's und Gualterio's war nicht durch Regierungen, sondern durch die Specialrepublikaner hervorgerufen, und da die Häupter derselben nicht in Italien, sondern im Auslande leben, so war es nach Ansicht jener Regierung erforderlich, Vertrauensmänner nach Genf, Wien, München, Berlin, Brüssel, London, Paris und Marseille zu senden, welche sich mit den Internationalen in Verbindung setzten, sich bald als Flüchtlinge, reisende Kaufleute oder Künstler gaben, sich in das Vertrauen einschlichen und alle Entdeckungen der italienischen Regierung mittheilten. Die geheimen Fonds stiegen dadurch auf eine unerhörte Höhe. Darüber existiren Quittungen von hohem Belang, von Häuptern der Consorterie, ja sogar von hohen Würdenträgern unterzeichnet. Die Rechte gerieth über diese Enthüllungen in Schrecken, um so mehr, da die baldige Bekanntmachung der Namen angezeigt wurde. Deshalb blinde Wuth gegen das neue Cabinet und wiederum energische Vertheidigung, besonders von Seiten Depretis', Nicotera's und Mancini's. Der zweite hatte zuerst seine Batterie aufgepflanzt und ließ sie wirken. Er sammelte einige unverbrannt gebliebene Documente von der Feuersbrunst im Palaste Broschi und überreichte einige der schlagendsten dem Könige, damit dieser selbst urtheile, was für Männern er bisher die Regierung des Landes anvertraute. Der König soll über die Lesung der Documente erstaunt gewesen sein und das Land erwartet mit Ungeduld die Bekanntmachung jener Aussauger, die Italien an den Rand des Ruins führten und den verfahrenen Karren der Linken zur Weiterleitung überließen.

Mit Bezug auf den in Nr. 235 an dieser Stelle mitgetheilten Gesetzentwurf Garibaldi's machen sich mehrere italienische Blätter über den Alten lustig und meinen, es zieme sich für ihn, mit gutem Beispiele voranzugehen und von den 100,000 Lire, die er jährlich vom Staat bezieht, 95,000 Lire dem Fiscus so lange zu belassen, bis der Mangel verschwunden sei.

In **Frankreich** sind, wie eine Pariser Correspondenz der „K. Z." bemerkt, die Orleanisten, die Bonapartisten und die Ultramontanen über die Regierung wüthend, und die Radicalen nicht minder; an Grund aber fehlt es ihnen auch in der That nicht: die schlechten Tage der Feinde der jetzigen Verfassung haben begonnen, und wie sie die Republicaner lange mißhandelt haben, so werden sie jetzt von den Siegern aus den allgemeinen Wahlen fortan wenigstens nicht mehr mit seidenen Handschuhen behandelt werden, wenn sie fortfahren, das Land durch Wühlereien gegen die jetzige Verfassung zu beunruhigen. Dufaure hat den Radicalen barsch seine Meinung über die Amnestie gesagt, Marcère den Monarchisten eine derbe Lehre ertheilt, und die Ultramontanen mußten es erleben, daß die Leiche Michelets, die unter Buffet nur bei Nacht und Nebel hätte beigesetzt werden dürfen, unter der Betheiligung der gesammten liberalen Bevölkerung von Paris am hellen lichten Tage und mit dem Pompe, der nur Größen ersten Ranges zu Theil zu werden pflegt, zur Gruft geführt wurde. Die Klagen über die „sociale Gefahr", mit denen die Monarchisten und Ultramontanen so viel Schwindel getrieben, haben jetzt eine andere Bedeutung: die Nation will bis 1880 Ruhe haben, und die sociale Gefahr droht jetzt denen, welche bisher täglich Verfassungssturz predigten. Die Ultramontanen prophezeiten in letzter Zeit dreist und keck einen Umsturz für das nächste Jahr; sie werden fortan vorsichtiger sein müssen, wenn sie es nicht ganz mit Mac Mahon verderben wollen.

In **England** bilden jetzt, wie ein Londoner Telegramm der „K. Z." vom 20. d. Mts. sagt, die Berliner Vorschläge und die Ablehnung Englands das Tagesgespräch. Thatsächlich bedeutend, fügt das Telegramm hinzu, sind nur eine am 20. d. Mts. eingegangene Stambuler Depesche des „Daily Telegraph", der zufolge die Pforte die Berliner Vorschläge verwerfen will, und eine Athenische Depesche von „Daily News", welch letztere von Kämpfen zwischen Christen und Türken im Gefängnisse zu Smyrna und von Absendung griechischer Schiffe dorthin meldet. Die Wochenblätter beurtheilen die Berliner Vorschläge wenig günstig, weil sie blos eine zeitweilige Waffenruhe schaffen und eine endgiltige Lösung nicht bringen, den Türken Ungebührliches zumuthen, die Aufständischen begünstigen und geheime Pläne Rußlands fördern. „Times", „Daily Telegraph", „Daily News" und „Pall Mall Gazette" billigen die Ablehnung Derby's. Die „Times" schreibt am vorsichtigsten, billigt aber die zeitweilige Reserve Englands Angesichts der Vorschläge, die weit über die Andrassy's hinausgehen, da sie die Pforte an der Bekämpfung des Aufstandes hindern und ihr auswärtige Jurisdiction aufzwingen. Die „Times" warnt gleichzeitig vor der Annahme, daß England den Sultan zum Widerstand ermuthigen oder den weiteren Entscheidungen über das Schicksal der Pforte unthätig zusehen werde. „Daily News" äußert große Bedenken gegen geheime Pläne Rußlands und fürchtet die Möglichkeit türkischen Widerstandes gegen die Berliner Vorschläge. Der „Daily Telegraph" vertheidigt wärmstens Englands Isolirung als Beweis kräftigen Selbstgefühls und äußert die Ueberzeugung, daß Deutschland und Oesterreich aus eigenem Interesse in entscheidenden Momenten später ebenfalls russisches Vordringen an der Donau kräftig hindern werden.

Deutschland.

= **Berlin**, 21. Mai. [Die Verwaltung in Elsaß-Lothringen. — Die Reichseisenbahnen. — Aus der Budget-Commission. — Militärpensionen.] Wir haben vor längerer Zeit über beabsichtigte Veränderungen bezüglich der Verwaltung von Elsaß-Lothringen berichtet. Diese Verhandlungen ruhen einstweilen. Man will die bisher eingeforderten Gutachten einer weiteren Prüfung unterbreiten und sieht auch den Aeußerungen des Landesausschusses entgegen. Selbstverständlich wird auf die Stimmen aus dem Lande ein großes Gewicht gelegt. Die Entscheidung wird jedenfalls bis zum Herbst auf sich warten lassen. Inzwischen findet die Nachricht, daß Se. Majestät der Kaiser im Laufe des Sommers die Reichslande besuchen wolle, auch in unterrichteten Kreisen Glauben. Der Kaiser hat vor längerer Zeit schon den Wunsch ausgedrückt, die Reichslande zu besuchen, und man glaubt, daß sich in diesem Sommer dazu eine Gelegenheit leicht darbieten werde. — Das Gesetz wegen Uebertragung der preußischen Bahnen 2c. auf das Reich ist nun von beiden Häusern des Landtages angenommen und sofort dem Kaiser zur Vollziehung vorgelegt worden. Es wird uns wiederholt versichert, daß von der durch dies Gesetz der preußischen Regierung ertheilten Ermächtigung zum Abschluß von Verträgen wegen Uebertragung der Bahnen an das Reich zunächst noch kein Gebrauch gemacht werden soll. Jedenfalls wird die nächste Reichstagssession damit nichts zu thun bekommen; auch ist nicht anzunehmen, daß im Bundesrathe diese Frage schon bei der Wiederaufnahme der Arbeiten im Spätsommer berathen werden wird, wohl aber sind Anzeichen dafür vorhanden, daß von hier aus mit den verschiedenen Bundesregierungen über die gesammten Eisenbahnfragen in Form eines Meinungsaustausches eifrig weiter verhandelt wird. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß der Reichskanzler in dem Augenblick, in welchem er mit dieser Angelegenheit an den Bundesrath geht, gewiß ist, daß er dort für seine Pläne eine Majorität findet. — Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses wird sich in den nächsten Tagen mit der Vorlage wegen Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle beschäftigen. Den vielfach in den Blättern verbreiteten Angaben, die Commission werde das Gesetz verwerfen, steht ein thatsächlicher Anhalt nicht zur Seite. Die Mitglieder der Budget-Commission werden übrigens zu näherer Kenntnißnahme über das ganze Project demnächst auf Einladung des Kriegsministers das Zeughaus in Augenschein nehmen. Jedenfalls wird für die Entschlüsse des Hauses die Vorlage über das Nothstandsgesetz maßgebend sein, welche, wie allseitig gemeldet wird, in Kurzem zu erwarten ist. — Die mehrfach erwähnten Petitionen über die durch Erdsenkungen vorgekommenen Beschädigungen in verschiedenen Städten der westlichen Provinzen werden das Haus erst nach der Vertagung beschäftigen. — Am gestrigen Tage war die fünfjährige Frist abgelaufen, welche den Militärs im Dienste vergönnt worden war, um ihre Ansprüche auf Pensionserhöhungen, welche sich auf Ansprüche aus dem letzten Kriege begründen, geltend zu machen. Die Meldungen sind ziemlich zahlreich eingelaufen und das Militär-Cabinet hat eine angestrengte Thätigkeit zu entfalten, um die Angelegenheit zu regeln. Es ist mit ziemlicher Sicherheit der Eintritt zahlreicher Vacanzen auch in den höheren Chargen zu erwarten.

▭ **Berlin**, 21. Mai. [Aus der Reichsjustizcommission. — Jüdische Gemeindeangelegenheiten und Versicherungswesen. — Anwaltsordnung und Gerichtsverfassung. — Wegeordnung und Competenz-Gesetz. — Das deutsche Geschwader.] Die Reichsjustizcommission entschied sich für Aufrechterhaltung der über die Senatsbesetzung und Geschäftsvertheilung bei den Landgerichten früher gefaßten Beschlüsse mit nicht sehr wesentlichen Modificationen. Der Antrag des Abg. Herz, wonach das Gehalt der Richter mindestens 2500 Mark betragen sollte, wurde abgelehnt und hierdurch den Regierungen der Einzelstaaten ein breiter Spielraum bei Feststellung des Besoldungsregulativs ermöglicht. Die Abgg. Eysold, Herz und Klotz haben eine Reihe von Anträgen gestellt, welchen die Tendenz zu Grunde liegt, die Aburtheilung des Hochverraths und Landesverraths einem Reichsschwurgerichte statt des im Entwurf hierfür bestimmten Reichsgerichts zu übertragen. Die abgelehnten Anträge des Abg. Herz in Bezug auf Vereinfachung der Eidesformel werden vom Antragsteller seiner Zeit bei Berathung der Justizgesetze im Plenum des Reichstages erneuert werden. — Petitionen mehrerer Mitglieder jüdischer Gemeinden in Hessen lagen der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses zur Berathung vor. Sie verlangen Aufhebung der sogenannten Vorsteherämter beziehungsweise der Beitragspflicht zu denselben. Jene Institutionen sind den französischen nachgebildet und beruhen auf dem Gesetz: Die Rabbiner sind mittelbare Staatsbeamte. Der Referent war der Ansicht, eine Gliederung wie die in Kurhessen bestehende, sei durchaus überflüssig und sei den Wünschen der Petenten um so mehr Rechnung zu tragen, weil damit eine, im Allgemeinen doch immer wünschenswerthe Gleichstellung der Verhältnisse der jüdischen Gemeinden in der ganzen Monarchie angebahnt werde. Dem gegenüber wurde von ortskundigen Commissionsmitgliedern und den Regierungscommissaren hervorgehoben, daß die im Regierungsbezirk Kassel bestehende Organisation sich des Beifalls der Mehrheit der dabei Interessirten erfreue und daß sie sich bewährt habe. Ja es wurde mitgetheilt, daß sogar aus den östlichen Provinzen Bitten an die Regierung gekommen seien, dort eine ähnliche Gliederung der jüdischen Gemeinden einzuführen. Mit Rücksicht hierauf beschloß die Commission über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, da das vorgebrachte Material keineswegs genüge, um eine Reform der bezüglichen Gesetzgebung zu veranlassen . . . . Eine Petition aus Kassel, welche beantragte, daß den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften durch Gesetz die Verpflichtung aufgelegt werde, die beim Löschen von Bränden verunglückten Personen beziehungsweise die Hinterbliebenen zu pensioniren und zu den Kosten der communalen Löschanstalt beizutragen, wurde ebenfalls als nicht geeignet zum Vortrage im Plenum anerkannt; die Regelung dieser Frage müsse durch Gesetz dem Reiche überlassen werden, welches voraussichtlich die ganze Materie des Versicherungswesens in Bälde legislatorisch behandeln werde. In einzelnen deutschen Staaten seien den Versicherungsgesellschaften bereits die von den Petenten verlangten Auflagen gemacht. Bei der Behandlung im Reiche werde man jedenfalls diesen Punkt ernstlich ins Auge fassen. Uebrigens wurde von verschiedenen Seiten anerkannt, daß die Feuerversicherungs-Gesellschaften, welche doch das größte Interesse an guter Organisation und Ausstattung des localen Feuerwesens haben, im Allgemeinen etwas zu zähe seien, wenn sie zu den Kosten solcher Gemeinde-Institute beizutragen angegangen würde. — Die von der Reichsjustiz-Commission in erster Lesung beschlossenen Grundsätze der Rechtsanwaltsordnung sind gutem Vernehmen nach von der Bundesregierung nicht acceptirt worden. Dieselbe wird vielmehr gegen die Auffassung der Commission ein besonderes Gesetz, das nicht einen integrirenden Theil der Gerichtsverfassung zu bilden hat, der Reichsjustizcommission vorlegen. Wie sich die Justizcommission zu diesem Beschlusse stellen wird, ist noch nicht zu übersehen, jedoch soll auch in der Commission die Ansicht lebhaft vertreten werden, daß es bedenklich sei, ohne vorangehende Anhörung des deutschen Anwaltsstandes schon jetzt so einschneidende Bestimmungen zu erlassen. Daß man daher auf den Vorschlag der Bundesregierungen eingehen könne, wenn die erforderliche Sicherheit für den baldigen Erlaß der Anwaltsordnung gegeben sei, wird schon jetzt von einem Theile der Commissionsmitglieder zugegeben. Im Uebrigen wird das Zustandekommen der Gerichtsverfassung in seinen Hauptgrundzügen für wahrscheinlich gehalten, weil, abgesehen von einzelnen Differenzen, z. B. über die Aburtheilung in Preßvergehen durch die Geschwornen zwischen den Regierungen und der Commission wenig Meinungsverschiedenheiten geblieben sind. Die Justizcommission wird mit der zweiten Lesung der Gerichtsverfassung in etwa drei Sitzungen zu Ende kommen. — Von liberaler Seite werden alle Anstrengungen gemacht, um den vielfachen Wünschen im Lande nach Erledigung der Verwaltungsreformgesetze gerecht zu werden. Deshalb wird die Durchberathung der Wegeordnung, für welche sich von allen Seiten ein lebhaftes Interesse kundgiebt, mit allem Eifer in der Competenz-Commission durchberathen. Das Competenzgesetz selbst gelangt schon am Dinstag auf die Tagesordnung des Hauses. Wahrscheinlich wird dieselbe in einer einzigen Sitzung erledigt werden, weil die beabsichtigten Amendements für die zweite Lesung keine größeren Debatten hervorrufen dürften. — Morgen sticht das deutsche Geschwader in See, welches bestimmt ist, unserer Politik im Orient die gebührende Autorität zu verschaffen. Bei dem Schauspiele werden sich aus allen Theilen Deutschlands zahlreiche Zuschauer einfinden, wozu die Reichshauptstadt ein nicht unbedeutendes Contingent stellen wird, wie die heutige Frequenz auf der Berlin-Hamburger Bahn zeigt.

△ **Berlin**, 21. Mai. [Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. — v. Kirchmann. — Beschlüsse.] Abgeordnetenhaus und Herrenhaus waren gestern in voller Arbeit. Daß das Herrenhaus das Gesetz über die Einführung der Kreisordnung in den Grafschaften Wernigerode und Stolberg endlich, wenn auch mit sehr geringer Mehrheit, annahm, war jedenfalls dem Umstande zuzuschreiben, daß der Hauptbetheiligte jetzt zu einem hohen staatsmännischen Amte gelangt

ist. Darin hatte der Abgeordn. Vertog ganz Recht: man kann nicht zugleich ein großer deutscher Staatsmann und frondirender Raugraf am Harze sein! Minister Eulenburg konnte demnach, ohne ausdrückliche Ermächtigung, gewiß versichern, auch der Botschafter und Herrenhauspräsident Graf Stollberg-Wernigerode werde die Annahme des Gesetzes gern sehen. Die Debatte über das Reichseisenbahnproject unterschied sich sehr wenig von der in der ersten Berathung. Neue Gegner fanden sich in dem Grafen Zieten-Schwerin, der eine ergötzliche Schilderung von dem Postverkehr in der alten Kurmärkischen Grafschaft Ruppin gab, in dem altconservativen Herrn von Knöbel-Döberitz und in dem Brandenburger Stadtrath und fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Hausmaan, — gegenwärtig, wenn wir nicht irren, dem einzigen Mitgliede der Fortschrittspartei im Herrenhause, wo einstmals diese Partei schon auf fünf Köpfe angewachsen war. Hausmann konnte in seiner Person ein hingeworfenes Wort des Reichskanzlers über die exorbitanten Besoldungen der deutschen Privateisenbahn-Directoren absonderlich illustriren: er ist seit 20 Jahren Director der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft, also einer Gesellschaft, die viele Jahre hindurch colossale Dividenden gezahlt und, im Gegensatz zur Anhalter Bahn, beim Publikum in ziemlich gutem Rufe gestanden hat, — und hat in dieser Stellung noch niemals einen Thaler Gehalt oder einen Thaler Tantieme bezogen oder verlangt. Hausmann ist der einzige Eisenbahndirector im Deutschen Reichstag und im preußischeu Landtage; — die Furcht, daß, wie in England und in Amerika, bald ein Stück Corruption durch die Directionen der Privateisenbahnen in die deutschen Volksvertretungen gelangen würde, ist vorläufig noch verfrüht. Die Mehrheit für das Reichseisenbahnproject hatte sich bei der zweiten Berathung von 58 gegen 26 auf 60 gegen 31 vermehrt oder, je nachdem man rechnet, vermindert. — Die gestrigen Polendebatten des Abgeordnetenhauses erregten nur einen kleinen Theil der Mitglieder des Hauses lebhafter; der schriftliche Protest, den zuletzt der Abg. Kantak im Namen der polnischen Fraction auf den Tisch des Hauses niederlegte, wird dem Protokoll der Sitzung beigefügt werden, welches, wie alle diese Sitzungsprotokolle, wohl niemals als Rechtsquelle benutzt werden wird. — Der Abgeordnete von Kirchmann, im Reichstag und im Abgeordnetenhause der Fraction der Fortschrittspartei formell angehörend, ohne sich irgend jemals an ihren Sitzungen zu betheiligen oder an ihre Beschlüsse zu kehren, hat endlich aus der Fraction den Austritt erklärt, nachdem diese, welche mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine früheren Verdienste sich ungern dazu entschloß, endlich ihn auf seine mangelnde Zugehörigkeit zu ihr aufmerksam machte. — Die Fraction der Fortschrittspartei hat gestern und heute über Competenzgesetz und Städteordnung berathen. Man beschloß zu veranlassen, daß die Städteordnung im Hause noch vor dem Competenzgesetz berathen werde. Bei der Städteordnung wird man Anträge auf gleiches Wahlrecht aller Gemeindesteuer oder Klassen- und Einkommensteuer zahlenden 24jährigen, ein Jahr in der Stadt wohnenden beantragen, — wie dies früheren Beschlüssen und den alten Traditionen der Partei entspricht. Die Nachricht, daß das Herrenhaus sich mit der Städteordnung gar nicht mehr befassen werde, ist zwar in Abgeordnetenkreisen vielfach verbreitet, dürfte aber nicht in Erfüllung gehen.

[Erklärung.] Die „D. R.-C.", das Organ des Herrn Wagener, erklärt heute:

„Verschiedene hiesige Zeitungen enthalten eine Mittheilung über eine angeblich von dem früheren Redacteur Matthias wegen der „Deutschen Reichs-Correspondenz" angebrachte Denunciation, deren Spitze natürlich gegen den Geheimen Rath Wagener gerichtet ist und deren Schwerpunkt darin beruhen soll, daß dem ꝛc. Matthias der Ankauf als im Auftrage des Fürsten Bismarck erfolgend, dargestellt und er nur dadurch zu dem Geschäft bewogen sei. Auf Ansuchen des Herrn Geheimen Rathes Wagener und im Einverständniß mit diesem haben wir, unter Vorbehalt weiterer officieller Schritte, zunächst Folgendes zu erklären:

1) Es ist unwahr, daß jemals der Name des Fürsten Bismarck mit in das fragliche Geschäft hineingezogen worden sei, vielmehr ist, wie dies durch Zeugen erhärtet werden kann, dem p. Matthias auf die dieserhalb von ihm später ausgesprochene Vermuthung wiederholt und ausdrücklich das Gegentheil versichert.

2) Es ist unwahr, daß der p. Matthias durch eine derartige Mittheilung zu dem Verkaufe der „Deutschen Reichs-Correspondenz" bewogen worden sei, vielmehr hat er dieselbe nicht allein verschiedenen Personen — allerdings vergeblich — zum Kauf angeboten, sondern auch, um sich dem Drängen seiner Gläubiger zu entziehen, den späteren Ankauf als eine ihm zu Dank verpflichtende Gefälligkeit förmlich aufgedrungen.

3) Es ist unwahr, daß der Geh. Rath Wagener jemals den Buchdruckerei-Besitzer Verein überhaupt oder gar zu dem angegebenen Zwecke in seiner Wohnung aufgesucht oder besucht habe.

4) Es ist unwahr, daß der p. Matthias aus dem in Frage stehenden Geschäft persönlich noch irgend etwas zu fordern habe. Zunächst hat derselbe seine eigenen contractlichen Verpflichtungen wegen Ueberweisung der Verbindungen und Kundschaft der deutschen Reichs-Correspondenz bis heute nicht erfüllt und hat außerdem den Contract auch positiv dadurch verletzt, daß er seinem ausdrücklichen Versprechen zuwider die Redaction niedergelegt und mehrere frühere Abonnenten insbesondere dadurch abwendig gemacht hat, daß er als Concurrent die bisher aus der deutschen Reichs-Correspondenz entnommenen Landtagsberichte nunmehr für jene Zeitungen direct selbst anfertigt, wodurch eine sehr namhafte Conventionalstrafe verwirkt ist.

5) Es tritt dem hinzu, daß der p. Matthias das Haupt-Inventarienstück der Correspondenz, die Druckerpresse, wie uns Seitens eines seiner Gläubiger gemeldet worden, zweimal verkauft, daß er es von Hause aus für angemessen befunden hat, des Verkaufs und der Uebergabe der Correspondenz ungeachtet die Abonnements-Beträge nach wie vor für sich einzuziehen und zu verwenden, und daß für den letzten Termin, den ersten April d. J., bisher sogar jede Auskunft von ihm beharrlich verweigert worden ist.

6) Dessen ungeachtet beträgt die ganze Restsumme, welche überhaupt noch in Frage stehen könnte, nicht mehr voll 4000 Mark. Ueber diesen Betrag hat der ꝛc. Matthias zunächst durch Cession verfügt, hat alsdann durch den Rechtsanwalt Lewin für sich persönlich Klage deshalb angemeldet und sind uns endlich von sechs verschiedenen Seiten gerichtliche Beschlagnahme-Ordres zugegangen, so daß eine etwaige fernere Zahlung keinenfalls anders, als ad depositum geleistet werden kann.

7) Es ist deshalb auch schwer ersichtlich, wodurch der p. Mathias sich in seinem Vermögen beschädigt fühlt und sind wir damit beschäftigt, die angebliche Denunciation desselben mit einer Anklage wegen wissentlich falscher Denunciation sowie wegen Betrugs und Unterschlagung zu beantworten.

In eine weitere Zeitungs-Polemik werden wir uns nicht einlassen und erwarten, daß diejenigen Zeitungen, welche sich überhaupt mit der Sache befaßt haben, ihren Lesern auch diese unsere Erklärung nicht vorenthalten werden."

Die Antwort des Herrn Matthias wird jedenfalls nicht ausbleiben.

[Der Landrath des Teltower Kreises, Prinz Handjery], ist vom „Hann. C." als Nachfolger des als Regierungspräsidenten nach Schleswig versetzten Landdrosten von Bötticher in Hannover bezeichnet. Der „Hamb. Corr." bemerkt dazu: Nach Erkundigungen an unterrichteter Stelle entbehrt diese Nachricht zur Zeit jedes thatsächlichen Anhalts. Zum Landdrosten in Hannover dürfte vielmehr ein Ober-Regierungsrath in Aussicht genommen sein. Dadurch, sowie durch die ebenfalls unmittelbar bevorstehende Wiederbesetzung der Vice-Präsidentenstellen in Kassel und Breslau und durch den Abgang mehrerer Ober-Regierungsräthe (in Breslau, Merseburg u. s. w.) ergiebt sich ein Revirement in der Besetzung einer ganzen Reihe von Regierungsrathsstellen bei den Regierungen.

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 13. Mai 1876 geprägt: an Goldmünzen: 1,081,049,600 Mk. Doppelkronen, 320,405,050 Mk. Kronen; hiervon auf Privatrechnung: 170,077,440 M.; an Silbermünzen: 42,917,190 Mark 5-Markstücke, 132,876,475 Mark 1-Markstücke, 23,990,343 M. 50 Pf. 50-Pfennigstücke, 24,059,608 M. 80 Pf. 20-Pfennigstücke, an Nickelmünzen: 16,037,466 Mark 50 Pf. 10-Pfennigstücke, 9,400,178 Mark 70 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 5,448,778 Mark 8 Pf. 2-Pfennigstücke, 3,002,106 Mark 47 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesammt-Ausprägung: an Goldmünzen: 1,401,454,650 Mark; an Silbermünzen: 223,843,617 Mark 30 Pf.; an Nickelmünzen: 25,437 645 Mark 20 Pf.; an Kupfermünzen: 8,450,884 Mark 55 Pf.

[Marine.] S. M. S. „Elisabeth" ist am 18. d. Mts. Behufs Ueberführung nach Kiel, in Danzig in Dienst gestellt. S. M. Knbt. „Comet" ist am 18. d. Mts. Nachmittags von Kiel nach dem Mittelmeer in See gegangen. S. M. Knbt. „Nautilus" ist am 19. d. Mts. früh in Pord Said eingetroffen und beabsichtigte noch an demselben Tage nach Konstantinopel in See zu gehen.

Magdeburg, 21. Mai. [Fürst Bismarck als Ehrenbürger.] Am Freitag Nachmittag 5 Uhr hat zu Berlin in der Wohnung des Fürsten Bismarck die Uebergabe des von unseren Mitbürgern Walther Ochs, Kahlbau und Lüdke kunstvoll gefertigten Ehrenbürgerbriefes der Stadt Magdeburg durch eine aus dem Oberbürgermeister Hasselbach, dem Bürgermeister Bötticher, dem Stadtverordnetenvorsteher General-Director Listemann und dem Ackermeister Rudolph als ältestem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung bestehenden Deputation beider städtischen Behörden stattgefunden. Der Oberbürgermeister Hasselbach hielt dabei an den Fürsten-Reichskanzler folgende Ansprache:

Durchlauchtigster Fürst! Nachdem Sie unter vielen Mühen und Sorgen und nicht immer auf Rosen gebettet das 60. Lebensjahr vollendet gehabt hatten, fühlten sich die Stadtbehörden Magdeburgs um so mehr veranlaßt, Ew. Durchlaucht durch Ertheilung des Ehrenbürgerrechtes eine kleine Aufmerksamkeit zu erweisen, als Sie ja in der Provinz Sachsen geboren und an dem Strome thätig gewesen sind, dem Magdeburg seine Entstehung und Blüthe verdankt. Ihre unsterblichen Verdienste um Preußen und um die Herstellung des Deutschen Reiches haben in unserer alten protestantischen Stadt allenthalben richtiges Verständniß und reine Freude gefunden.

Die Deputation fühlt sich hochbeglückt, Ew. Durchlaucht jetzt den Ehrenbürgerbrief überbringen zu können. Namens derselben spreche ich den Wunsch aus, daß es Ew. Durchlaucht gestattet sein möge, die mannichfachen Ehren und Auszeichnungen, welche Ihnen zu Theil geworden sind, noch recht lange ungetrübt genießen zu können.

Der Fürst Bismarck erwiderte ungefähr Folgendes:

Das Ehrenbürgerrecht von Magdeburg hat für mich einen besonderen Werth wegen der heimathlichen Beziehungen. Ich bin in der Provinz Sachsen geboren und mit Elbwasser getauft. Meine Vorfahren sind selbst Magdeburger gewesen. Sie haben eine Curie Magdeburg besessen. Die Altmark und die Provinz Sachsen sind meine spezielle Heimath. Unter den vielen gleichartigen Ehrenbezeugungen sind mir deshalb die von Stendal und Magdeburg besonders werthvoll gewesen. Ich freue mich der Entwickelung Magdeburgs, das sich trotz des nicht gerade beneidenswerthen Vorzuges, ein Hauptbollwerk des preußischen Staates zu sein, wacker durchgekämpft und nach Möglichkeit Luft geschafft hat. Ich danke Ihnen recht herzlich für die mir erwiesene Ehre und bitte diesen meinen Dank allen meinen Mitbürgern in Magdeburg insbesondere aber Ihren Herren Collegen auszudrücken!

Bei der Besichtigung des Ehrenbürgerbriefes sprach der Fürst seine Freude über die kunstvolle Arbeit und namentlich die Schönhauser Beziehungen auf dem Briefe aus. Die Mitglieder der Deputation wurden demnächst zur fürstlichen Familientafel gezogen und verlebten dabei im ungezwungenen Gespräche mit dem Fürsten-Reichskanzler und den Gliedern der fürstlichen Familie ihnen unvergeßliche Stunden.

Darmstadt, 21. Mai. [Abschied.] Die „Darmst. Ztg." zeigt an, daß Minister-Präsident Hofmann mit Ende dieses Monats aus seiner bisherigen Stellung ausscheidet, um das Präsidium des Reichskanzleramtes zu übernehmen.

Oesterreich.

*** **Wien**, 21. Mai. [Graf Andrassy in der Reichsraths-Delegation.] Wer nicht seine klingenden oder sonstigen Gründe hat, mit absichtlicher Blindheit geschlagen zu sein, der ist heut nicht mehr im Unklaren darüber, daß uns das „problematische Unternehmen mit unberechenbarer Tragweite" — wie Rechbauer eine bewaffnete Einmischung Oesterreichs in die Angelegenheiten der Balkanhalbinsel genannt — nur noch durch eine ganz unerwartete Wendung der orientalischen Frage erspart werden könnte. Herbst, Brestl, Giskra, Kuranda, sie Alle variirten im Grunde nur den einen Gedanken, daß wir davon um jeden Preis verschont bleiben wollen. Der Minister wußte auch so genau, wie er die Herzen Aller gewinnen könne, daß er damit anfing, den bloßen Gedanken an eine solche Intervention Oesterreichs schlechtweg für einen „Unsinn" zu erklären. Allein im Verlauf der Debatte nahm leider dieser „Unsinn" immer mehr und mehr die Gestalt eines Damoklesschwertes an, das — ob Sinn oder Unsinn — jedenfalls in deutlich wahrnehmbarer Gestalt über unsern Häuptern schwebt und jeden Augenblick darauf herabfallen kann! Andrassy schwieg, als zuerst Herbst aus den erhaltenen Aufklärungen konstatirte, es scheine auf den Berliner Conferenzen keineswegs mit aller, doch so wünschenswerther Bestimmtheit festgestellt worden zu sein, daß eine militärische Occupation unsererseits absolut ausgeschlossen sei. Nun aber wollte Brestl diese Lücke in den Verabredungen der Diplomaten ausfüllen, indem er einen Beschluß der Delegation provocirte, der ein derartiges Abenteuer unbedingt verbot. Da war es mit der beiderseitigen guten Stimmung vorbei. Andrassy verwahrte sich mit großer Gereiztheit gegen eine Resolution in dieser allgemeinen ausnahmslosen Fassung, die Oesterreich im europäischen Concerte isoliren und es zwingen möchte, die neue Ordnung der Dinge anderen Mächten zu überlassen, deren Sonder-Interessen dann vollständig freies Feld haben würden. Noch einmal kam Andrassy auf dies bedenkliche Wort zurück, indem er auf die Bemerkung, daß doch eigentlich die Verständigung der Mächte von Fall zu Fall, die er als das Resultat der Berliner Conferenz preise, etwas sehr Unbestimmtes sei und keineswegs Beunruhigungen aller Art für die Zukunft ausschließe, erwiderte: Diese Abmachung habe immerhin praktische Bedeutung, weil „dadurch die Gefahr egoistischer Sonder-Interessen zurückgedrängt" werde. Der Minister ist sich also vollkommen klar bewußt, wie scharf er Rußland überwachen muß und wie wenig dessen „Sonder"-Interessen mit Oesterreichs Interessen zusammenfallen. Ja, auf des Feldzeugmeisters Hartung Anfrage, ob man mit Zuversicht auf die „Aufrichtigkeit der Entente" bauen könne,

---

Der Pascha.

Ein Roman von Conrad v. Bolanden.

Europa richtet seine Blicke erwartungsvoll nach der Türkei. In Bosnien und in der Herzegowina wird seit vielen Monaten ein blutiger Kampf geführt, weil das zur Verzweiflung getriebene Volk sich Erlösung aus der türkischen Tyrannei und bürgerliche und religiöse Freiheit erkämpfen will. Auf diesen blutgedüngten Boden setzt der bekannte ultramontane Schriftsteller Bolanden zeitgemäß seinen Fuß; er will ja weiter nichts, als das barbarische Verfahren der Türkenregierung und das Elend der empörten Christen in kurzen Umrissen zeichnen. Vergiß nie, lieber Leser, daß es die türkische Regierung ist, welche die christliche Bevölkerung in himmelschreiender Weise mißhandelt, daß es türkische Paschas sind, welche die Gewissensfreiheit niedertreten, daß Türken die Ausübung der Religion nach dem Belieben beschränken oder gänzlich verbieten, denn der Verfasser will ja nur eine türkische Paschawirthschaft schildern.

Also dort in der Türkei hat das Elend der Christen unerträgliche Formen angenommen. Das Christenvolk ist das Lastthier einer ebenso gewaltthätigen wie in Steuerforderungen unersättlichen Regierung; nicht einmal das heiligste Menschenrecht — Gewissensfreiheit — ist ihnen gestattet. Ohne Erlaubniß des Paschas dürfen sie in der Türkei keine Kirchen oder Kapellen bauen, keine Glocken läuten, sich zum öffentlichen Gottesdienste nicht versammeln und ihre Priester keine öffentlichen Functionen ausüben. Im Frühjahr 1875 begann das Volk an seinen Sklavenketten zu rütteln und empörte sich.

In jenen Tagen stand ein eleganter Fremder, ein Maler, vor einem öffentlichen Gebäude in Serajewo, ein reichbegabter Künstler mit scharfem Geistesblick, nebenbei natürlich ein guter römischer Katholik. Ostermann heißt der Brave. Piccolo, ein russischer Gesandtschaftsattaché, zufällig in Serajewo, begrüßt in Ostermann einen alten Pariser Freund, der ihm die Geheimnisse verborgener Kunstschätze an der Seine erschlossen hat. Ostermann hat treffliche bosnische Skizzen gezeichnet, Piccolo ist entzückt und ladet den Künstler ein, sein Atelier bei ihm einzurichten. Da wälzt sich ein Menschenschwarm die Gasse herauf.

Voraus zwei Kawassen oder „Landjäger", mit aufgesteckten Bajonetten auf den Gewehren und Sarazenensäbeln. Grimmig funkeln die schwarzen Augen und gefühllose Härte liegt auf den Gesichtern. Zwischen beiden wankt ein todmüder Mann, sichtlich abgehetzt und aufgerieben. Sein schwarzes langes Gewand ist mit Staub und Koth bedeckt, die Knie schlottern und seine Hände zittern vor Schwäche. Mühsam schleppt er sich weiter, zuweilen durch Rippenstöße angetrieben. Eben wäre der Gefangene unter Gewehrstößen zusammengebrochen, hätte ein Mann ihn nicht unter die Arme gegriffen. Der gaffende Türkenschwarm lachte höhnisch. Ein Christenmädchen reicht dem Armen eine Südfrucht, aber der Kawasse entreißt ihm das Labsal und wirft es zu Boden.

„Zurück, ihr Christenhunde!" fuhr er die Leute an. „Wenn der Kerl hin ist, was ist verloren?"

„Wird's bald? Die Beine aufgehoben!" — knirschte der zweite Kawasse.

„Nur zwei Minuten — ich kann nicht mehr!" — sprach mit matter Stimme das Opfer, wankend und hilfeflehend zum Himmel aufblickend.

Die Kawassen fluchen, warten aber.

Ostermann war herangetreten, empört über das Schauspiel. Zugleich drängte es ihn, das Vergehen eines Mannes zu erkunden, für den keine Rücksicht der gesetzlichen Ordnung bestand.

„Dieser Mensch ist jedenfalls ein schwerer Verbrecher — ein Vatermörder oder so etwas — nicht?" redete er in serbischer Sprache einen Kawassen an.

Der Türke blieb stumm, aber ein Baktschisch, eine Silbermünze, macht ihn gesprächig:

„Wir transportiren einen Missethäter — einen Widersacher des Paschas, — einen Verächter der Majestät der Gesetze, — einen Reichsfeind, — einen Ultramontanen, — kurz einen katholischen Pfaffen!"

„Einen Priester — was hat er gethan?"

„Er hat nicht gethan, was er hätte thun sollen, — nämlich er hat nicht dem Pascha gehorcht, sondern dem Papste. Er hat gepredigt, Messe gelesen, Beichten gehört, — zu Kranken und Sterbenden ist er gegangen, — was er Alles nicht durfte nach den Gesetzen."

„So, — so!" sprach Ostermann, kaum fähig, seine Entrüstung niederzuhalten. „Giebt es hier keine Wagen oder wenigstens Karren, um einen Zusammenknickenden zu befördern?"

„Der Pfaffe wird seit vier Tagen geschubt auf seinen Fußsohlen," antwortete der Kawasse. „Pascha Mustapha hat dies angeordnet, denn das Fahren macht den Rackern keine müden Glieder, das Laufen breche den Trotz. Und der Pascha hat Recht. Betrachten Sie nur den Schwarzen da. Wird er noch einen Tag geschubt und kriegt schließlich die Gefängnißkost in den Leib, — dann predigt er nicht mehr und liest auch keine Messen mehr."

Im Innersten empört wandte sich Ostermann ab und die Kawassen schleppten ihr Opfer weiter.

Ostermann beginnt nun mit Piccolo ein Gespräch über die Barbarei, einen pflichtgetreuen Priester wie einen Verbrecher zu behandeln. Eine solche Anschauung könne sich nur auf dem faulen Boden türkischer Verhältnisse entwickeln. Piccolo ist weniger zart besaitet und meint schließlich, wo die Diplomatie anfange, höre die Menschlichkeit auf. Die Menschlichkeit völlig abzustreifen, gelinge aber nur den größten Staatsmännern, wie etwa dem „Fürsten Mustapha Pascha". Er als russischer Staatsmann suche den Fanatismus der Muhamedaner gegen die Christen zu bändigen, aber nur aus Zufall begegnen sich Politik und Menschlichkeit diesmal bei dem russischen Interesse.

Ein neuer Menschenknäul wälzt sich die Straße herab. Voraus türkische Soldaten mit geladenen Gewehren, hinter ihnen ein Trupp junger Bosniaken mit auf den Rücken gebundenen Händen. Es ist ein Transport steuerbankerotter Unterthanen der türkischen Majestät, der nach dem Innern zur Zwangsarbeit abgeht.

Ostermann schaudert, als Piccolo ihn mit dem Pascha bekannt machen will, mit diesem Unhold und Tyrannen. Aber Piccolo versichert, der Pascha sei kein Ungeheuer, sondern ein feiner, jovialer Mann, ein Freund der Kunst. Ostermann wird schließlich neugierig, einen Diplomaten kennen zu lernen, wie Mustapha Pascha, der trotz seiner politischen Heuchelei von Vielen als Muster und Vorbild betrachtet wurde. Der Pascha, ein hochgewachsener Mann, mit kahlem Vorderhaupt, glatt rasirt bis auf einen starken Schnurrbart, empfängt die beiden rauchend und freundlich. Er prüft Ostermann's Skizzen, die eine Steuerexecution auf dem Lande und das Innere einer Kirche darstellen, von deren Altar Kawassen einen Priester fortschleppen, so wie ähnliche Scenen. Der Pascha verräth jedoch keineswegs Unwillen, sondern lobt die künstlerische Meisterschaft der Bilder.

Der Pascha führt seinen Besuch nun in ein anstoßendes Zimmer, wo einladend ein kaltes Büffet aufgeschlagen ist und entkorkte Flaschen, die auf Eisgefäßen lagern. Man ißt, trinkt echtes Bier und plaudert. Der Hund des Paschas hat seinen gewöhnlichen Ehrenplatz neben seinem Herrn, an der Thür stehen zwei Sklaven. „Der Pascha hat für Hunde und Sklaven Sympathie, weil beide niemals Widerspruch seinem Herrscherwillen entgegensetzen." Der Pascha meint nun, daß Ostermann's Bilder sehr scharfe und schneidige Kritiken des türkischen Staatswesens seien. Solche Bilder seien, menschlich betrachtet, berechtigt, aber nicht gegenüber der staatlichen Ordnung. Kunst und Presse dürfen keine Stimmungen verbreiten, welche das Ansehen des Staates untergraben. „Menschliches Empfinden hat überhaupt keine Berechtigung vor dem Staatsgeist."

„Jede einsichtsvolle Regierung wird Maßregeln gegen eine geistige Macht ergreifen, die einen Staat im Staate erfahrungsmäßig bildet," sagte der Pascha. Der moderne Staat duldet keinen Widerspruch, kein Hinderniß seiner Entwickelung von keiner Seite. Der Staat ist höchster, unverantwortlicher Richter seiner Handlungen. Was sich im Bereiche seiner Macht bewegt, muß ihm unbedingt unterworfen sein."

„Mithin wäre der Staat — Gott?" warf der Künstler ein.

„Das ist er!" bekannte gelassen der Pascha.

Das Volk, meint der Pascha, sei das lasttragende Element im Staate und auch das unbedingt gehorchende. Alles muß über den Stock des leitenden Staatsmanns springen.

entgegnete er nur: er übernehme die volle Verantwortung dafür, daß aus dieser Verständigung der Monarchie „keine Schädigung“ erwachsen werde. So erscheine die Zukunft immer unsicherer, immer nebelhafter, während leider der gespenstische „Unsinn“ des Interventionsgedankens zusehends Fleisch und Blut gewann. Der Minister blieb dabei: „er könne nicht von den Herren Instruktionen entgegennehmen, die Oesterreich von seinen Alliirten trennen und es mit der vereinbarten Politik in Widerspruch setzen würden; da müsse man schon vertrauen.“ Es war aber auch wohl Niemand im Ausschusse, der nicht der Conclusion des Delegirten Herbst Recht gegeben hätte! die Gefahr der Occupation sei näher gerückt, weil nach Befürwortung der Insurgentenforderung wegen Ertheilung von Bürgschaften für die Ausführung der Reformen solche schließlich in gar nichts Anderem bestehen **könnten**, als in der Occupation der zu reorganisirenden Provinzen. Nicht minder muß alle Welt darin Herbst vollkommen zustimmen, daß Andrassy in der vier Stunden langen Rede gar nichts Neues mitgetheilt. Die Mittheilung, daß man beschlossen, sich von Fall zu Fall zu verständigen, sei doch wahrhaftig keine Enthüllung, „und wenn man uns sagt, daß der Hauptzweck der Mächte die Erhaltung des Friedens ist, so ist damit nichts Anderes erklärt, als was bereits bei der Thronrede zum Ausdruck gekommen.“ Nur eine Stelle der Rede ist Goldes werth und drückt kräftig die einmüthigen Gefühle der gesammten deutschen und ungarischen Bevölkerung hier zu Lande aus: „An eine Occupation habe ich nie gedacht, dieselbe wäre auch ein Unsinn, weil dann die Verlegenheiten beim Aufhören der Occupation nur noch größer wären; nie darf Oesterreich die Lasten eines solchen Beginnens auf sich nehmen.“ Sollte es also **doch** dazu kommen, so bleibt uns der Trost, daß wir für die absolute Verwerflichkeit eines derartigen Abenteuers kein weniger klassisches Zeugniß anrufen können, als die Rede, die Graf Andrassy am 20. Mai 1876 im Finanzausschusse der Reichsraths-Delegation gehalten. Nur hat Se. Excellenz das Hauptmotiv gegen das Project verschwiegen: unser Einmarsch in Bosnien wäre das sichere Vorspiel eines Krieges mit Rußland, wie der Einmarsch in Schleswig dem deutschen Kriege präludirte!

Pest, 20. Mai. [**Die Orientfrage in den Delegationen.**] Die Erklärungen, welche der Minister des Aeußeren Graf **Andrassy** im Budgetausschuß der reichsräthlichen Delegation über die Lage im Orient abgab, lauten folgendermaßen:

Ich will, bevor ich auf die einzelnen Fragen übergehe, zuerst meinen Standpunkt in allgemeinen Zügen kennzeichen. Ich habe bereits im vorigen Jahre die Richtung der Regierungsaction präcisirt und habe dabei die folgenden Momente als wesentlich hingestellt: **Die Erhaltung des europäischen Friedens, die Verhinderung weiterer Complicationen** in der Türkei durch die aggressive Theilnahme der Nachbarländer, endlich die **Sicherstellung** gegen die Wiederholung und chronische Wiederkehr der im Oriente herrschenden Zustände. **Der europäische Friede ist nun thatsächlich gesichert, soweit menschliche Voraussicht reicht.** Die Theilnahme von Serbien und Montenegro an der Insurrection ist verhindert und die vorgeschlagenen Reformen sollten die Garantien für die Ordnung der Wirren bieten. Die Reformen allerdings sind noch nicht ins Leben getreten, aber sie sind von der Pforte und von ganz Europa angenommen und werden von den Insurgenten nicht zurückgewiesen; ihre Durchführung hängt nicht allein von den Mächten ab. Gegenwärtig aber ist man bereits in das Stadium der Durchführung selber eingetreten. Was die Täuschung der Regierung über die Dauer der Bewegung anlangt, so kann ich mich darauf berufen, daß ich diesbezüglich im Vorjahre nur Vermuthungen ausgesprochen habe. So viel ist **jedoch** gewiß, daß der **Brennpunkt der Krisis bereits überdauert** ist, zumal die von Oesterreich vorgeschlagenen Reformen bereits angebahnt sind. Ich halte es für meine Pflicht, in erster Reihe vor dem in Oesterreich grassirenden Pessimismus zu warnen. Man glaubte, die drei Mächte würden sich nie mit einander verbünden, es ist dennoch gelungen. Man glaubte allgemein, es würden die übrigen Mächte den Reformvorschlägen nicht zustimmen, auch dies ist gelungen. Man meinte, die Türkei werde die Reformvorschläge nicht annehmen, sie hat sie angenommen. Darin, daß Oesterreich die Sache in die Hand genommen, liegt der große Vortheil, daß sich die drei Mächte zum ersten Male in Dingen des Orients geeinigt haben. Hierin liegt zugleich das einzige Mittel, den europäischen Frieden zu wahren. Wenn alle die nun abgethanen Fragen neuerdings hervortreten würden, so müßte genau so gehandelt werden, wie ich bisher gehandelt habe. Daß die Insurgenten die Reformen bisher nicht acceptirt haben, hat wohl nur darin seinen Grund, daß ihre Führer, deren geschäftliches Ansinnen an die europäischen Mächte durch ihren Geschäftsträger nur von Dreien im Namen von allen Anderen gestellt wurde, mit den verschiedensten Personen aus aller Herren Länder in Verbindung getreten waren, die ein individuelles Interesse daran zu haben scheinen, die angebahnte Uebereinkunft nicht zum Abschlusse gelangen zu lassen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Journalisten aus allen Weltgegenden sich dort befanden, die sich mit der Autorität ihrer Mächte umgaben und gleichsam im Namen derselben wirkten. So nur ist es gekommen, daß die Insurgenten den Versprechungen der Pforte nicht mehr glauben wollten.

Das Resultat der Berliner Conferenzen ist zunächst die vollständige Einigung der Mächte über die Ziele und über die nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse anzuwendenden Mittel. Das Verhältniß der drei Mächte ist ein einiges, vertrauensvolles geworden. Frankreich und Italien haben den getroffenen Vereinbarungen zugestimmt und nur die Englands ist noch ausstehend, wohl mehr des formalen Grundes willen, daß nicht wie sonst im Wege von Noten, sondern im Wege der telegraphischen Correspondenz verhandelt werden mußte, was in Folge der unerwarteten Vorgänge in Salonichi, Smyrna und Konstantinopel als nothwendig sich herausstellte. **Ich glaube aber mit aller Entschiedenheit, daß England,** sobald es die Pacifications-Interventionen der Mächte genau kennen wird, **auch mit seiner Zustimmung nicht länger zögern dürfte.**

Den Inhalt der in Berlin getroffenen Vereinbarungen kann ich den Delegirten noch nicht vorlegen, weil einmal die Adhäsion Englands noch aussteht und sodann, weil aus diesem Grunde die Pforte noch keine officielle Verständigung erhalten hat. So viel aber kann ich schon heute sagen: Es hat sich darum gehandelt, die Reformen durchzuführen, die Hindernisse auf beiden Seiten zu entfernen, die Eintracht der Mächte zu constatiren und endlich das Umsichgreifen der Uebel einzudämmen. Man bestrebte sich, die Pforte zur Durchführung der Reformen zu bestimmen und die Insurgenten zur Annahme derselben zu bringen. Die größte Wichtigkeit der Berliner Berathungen liegt in dieser Einigung der Mächte und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin **von Fall zu Fall verständigen** zu wollen.

Indem ich auf die einzelnen Fragen übergehe, bemerke ich, daß Oesterreich die Insurrection nie stärken oder unterstützen wollte, vielmehr dieselbe von der Verbindung mit dem Meere vollständig abzuschneiden und ihr die Möglichkeit des Waffenbezuges zu nehmen trachtete. Bei strengeren Maßnahmen gegen die aufständischen Landestheile hätte Oesterreich die Gefahr einer Massacre heraufbeschworen. Die dem Statthalter von Dalmatien gegebenen Instruktionen lauteten bestimmt dahin, daß den österreichischen Staatsbürgern der Uebertritt nicht gestattet werde und daß die bewaffneten Insurgenten bei ihrem Uebertritte in unser Gebiet desarmirt werden müssen. Diese Instructionen wurden auch im Großen und Ganzen durchgeführt und zuwiderhandelnde Beamte zur Verantwortung gezogen. Später, als die Gefahr eines fanatischen Kampfes zwischen Türken und Christen behoben erschien und die Insurgenten nur mehr der Pforte gegenüber zu stehen schienen, wurde die Grenzüberwachung mit noch größerer Strenge gehandhabt und die übergetretenen Insurgenten wurden theils zur Verhinderung ihres Zurückweichens, theils wegen Beschränktheit der Räumlichkeiten zur Unterbringung tiefer ins Land gesetzt. Der Türkei gegenüber wurde stets eine wohlwollende Neutralität beobachtet, die Insurgenten sind niemals als kriegführender Theil anerkannt worden.

Herr Dr. Kuranda beanstandete die Anerkennung der Insurgenten als kriegführender Theil. Dr. Giskra wies auf die Inconsequenz mit ähnlichen Vorgängen der stets loyalen Politik der kaiserlichen Regierung gegen die Staaten hin, mit denen sie in einem freundnachbarlichen Verhältnisse stehe und Dr. Herbst wies auf die öffentlich gestatteten Demonstrationen in Ragusa, auf das Kaufen und Einschiffen von Waffen in Triest, auf den Verkauf von Wenzelgewehren, die zu den Insurgenten wanderten und andere Umstände hin, woraus die wohlwollende Behandlung der Insurgenten ersichtlich und ein bedenkliches Schwanken der Regierungspolitik zu Tage getreten sei. Ich protestire sofort gegen den Vorwurf des Schwankens in meiner Politik, ich war mir von allem Anfang her vollständig klar über dieselbe und eine Encouragirung der Insurrection Seitens der Regierung war von meiner Politik stets ausgeschlossen. In Serbien hat man sich nicht besonders freundlich verhalten, wie die bekannte Affaire der Katzenmusik beweist.

Die Resultate sprechen für die Richtigkeit meiner Politik, denn bei Befolgung einer anderen Politik stünde wahrscheinlich die ganze Balkanhalbinsel jetzt in Flammen. Griechenland wäre gleichfalls in die Action getreten und auch Rumänien hätte sich der Bewegung angeschlossen, während beide Staaten sich jetzt von derselben fernhalten und jede Betheiligung ablehnen. Die Bewegung selbst hat abgenommen, das Aufflammen derselben in Bosnien ist nur mehr ein sporadisches und an der österreichischen Grenze selbst besteht keine Insurrection mehr. Gegen die Türkei ist man für Montenegro eingetreten, weil die Pforte im Falle einer Conflagration mit diesem Vasallenstaate noch weniger im Stande gewesen wäre, der Bewegung Herr zu werden.

Oesterreich hat durch dieses sein Eingreifen die Türkei vor dem Abenteuer bewahrt, einen neuen Krieg zu beginnen, andererseits hat man Serbien erklärt, daß man dessen Einschreiten nicht dulden werde und hat so dieses Land zum Friedenhalten genöthigt, wie man dies auch fernerhin durch das Einvernehmen der Mächte thun wird. Die begehrten Reformen sind absolut nothwendig und, wie von allen Mächten anerkannt, so von der Pforte acceptirt, sie sollen und werden ein friedliches Zusammenleben der beiderlei Religionsbekenner ermöglichen. Hierauf aber muß man sich beschränken. **An eine Occupation habe ich nie gedacht, dieselbe wäre ein Unsinn, weil dann die Verlegenheiten beim Aufhören der Occupation nur noch größer wären und Europa sich nie zum Gendarm in der Türkei hergeben wird.** Oesterreich darf nie die Lasten eines solchen Beginnens auf sich nehmen, es hat nur die Regeneration des türkischen Reichs auf möglichen Grundlagen anzustreben und zwar ein allmäliges Erstarken desselben auf eigenem Boden und mit eigenen Mitteln.

Auf eine weitere Anfrage erklärt **Andrassy**, daß er Vorlagen über die Berliner Conferenzen noch nicht machen könne, aber doch zur Beruhigung mitzutheilen in der Lage sei, daß in der bekannten Petition der Insurgenten theils Unmögliches, theils bereits Gewährtes, theils Zulässiges enthalten sei, welches praktischer Garantien bedürfe. Ueber das Versprochene gehe man nicht hinaus. Bezüglich der praktischen Garantien für das Zulässige habe man sich geeinigt. Die vorbehaltene Verständigung von Fall zu Fall habe praktische Bedeutung, weil dadurch die Gefahr egoistischer Sonderinteressen einzelner Mächte zurückgedrängt wird und nachdem für jeden unvorhergesehenen Fall die Mächte sich zu verständigen beschlossen, die Speculation auf Differenzen der Mächte bodenlos geworden sei. Die Tendenzpolitik der Großmächte ist der Status quo amélioré in der Türkei, diesen durch allgemeines Zusammenwirken der Mächte zu effectuiren und sich weiter von Fall zu Fall zu verständigen. Darüber habe man sich in Berlin geeinigt.

Dr. **Brestel** wünscht, man solle entschieden aussprechen, daß jede bewaffnete Intervention oder Occupation gegen das Interesse Oesterreichs sei.

Graf **Andrassy** verwahrt sich gegen einen solchen Beschluß der Delegation in dieser allgemeinen ausnahmslosen Fassung, weil dadurch Oesterreich aus dem europäischen Concert auszutreten gezwungen und anderen Mächten die Ordnung der Dinge zu überlassen angewiesen würde, deren Sonderinteresse dann entschiedener hervortreten würde und ein von Oesterreich vollständig unbeirrtes freies Feld fände.

Dr. **Sturm** anerkennt die Politik Andrassy's als eine durch die Umstände gebotene und gerechtfertigte, wünscht auch keinerlei Programm für die Zukunft und äußert nur das Bedenken, daß wir bisher mehr geschoben wurden, als geschoben haben.

Fürst **Czartoryski** wünscht Aufschlüsse über die Endziele der österreichischen Politik im Orient und ob man auf eine Fortdauer des Drei-Kaiser-Bündnisses rechnen könne.

Graf **Andrassy** verwahrt sich gegen die Zumuthung, geschoben zu werden oder Andere zu schieben. Oesterreich habe keine Feinde, habe Frieden, habe eine Armee und den entschiedenen Willen, Frieden zu halten. Hauptfactor hierfür sei **das Verlangen des Czaren, daß der Friede erhalten werde.** Wie die Dinge in der Zukunft sich gestalten werden, könne man nicht voraussehen. Er habe die feste Ueberzeugung, daß **der Friede zunächst gesichert sei**, weil das Calcul auf Differenzen der Mächte bodenlos geworden.

Prag, 20. Mai. [**Hampel irrsinnig.**] Der Proceß der drei Prager Creditanstalts-Beamten ist um eine Episode traurigster Art reicher geworden. Der ehemalige Director-Stellvertreter der Filiale der Creditanstalt, **Hampel**, ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in Wahnsinn verfallen. Der Proceß erleidet durch diesen Zwischenfall keinen Aufschub. Aus der Anklage werden alle Punkte eliminirt, welche sich auf Hampel allein beziehen, und die Verhandlung gegen den Letzteren wird zwar nicht fallen gelassen, aber auf unbestimmte Zeit vertagt. Nach den Aussagen der Aerzte dürfte die Verhandlung überhaupt nicht stattfinden, weil wenig Aussicht auf Heilung Hampel's — wenigstens vorläufig — vorhanden ist. Sein Zustand wird als lebensgefährlich bezeichnet.

[**Fric †.**] Das aus dem Jahre 1848 bekannte Mitglied des National-Clubs, der Vertheidiger im Proceß über die Königinhofer Handschrift, später Declarant, Joseph **Fric**, ist gestern gestorben.

Schweiz.

Zürich, 20. Mai. [**Gesetzgeberei in Glarus. — Verfassungsrevision in Schaffhausen. — Steuergesetze in Thurgau. — Die Kapuziner in Olten. — Aufhebung von Frauenklöstern im Aargau. — Kirchliches aus St. Gallen, Einsiedeln, Freiburg u. Genf. — Verschiedenes.**] Auch in der Republik gehen die Gänse barfuß. Die Landgemeinde von **Glarus** hat, mit anderen Schweizer Cantonen sympathisirend, einen recht guten Entwurf der Verfassungsrevision mit stattlicher Mehrheit ins Wasser gelegt und zur Vervollständigung ihres Witzes den Impfzwang abgeschafft. Dagegen war sie verständig genug, den Antrag auf Abschaffung des siebenten Schuljahres mit einem Wald von Händen abzuweisen und die Verschmelzung der confessionellen Schulen zu beschließen. Was ihr an der Verfassung besonders mißfiel, war die stärkere Heranziehung des Bürgerguts für Gemeindezwecke zur Erleichterung der Niedergelassenen und die Vereinfachung des äußerst verwickelten und schwerfälligen Verwaltungssystems; man hält dies für demokratischer und fürchtete sich vor Bureaukratie. — In **Schaffhausen** hat sich der Souverän nach Ablehnung von drei Entwürfen endlich zur Annahme der vierten Verfassungsrevision bequemt. — Die **Thurgauer** haben am Sonntag zwei Gesetze, darunter das Steuergesetz, über die Klinge springen lassen, dagegen sich zu einer höheren Besteuerung der Herren Hunde verstanden. — Eine Versammlung in **Olten** hat mit 275 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Entfernung der Kapuziner durchzusetzen, und einen Ausschuß erwählt, welcher die Sache beim Gemeinderath betreiben soll. Sie nahm folgende Erklärung an: 1) „Die liberale Einwohnerschaft von Olten, treu der von

---

„Sehen Sie, meine Herren — so!“

Er streckte das lange Pfeifenrohr aus.

„Fax, vorwärts!“ gebot er dem Hunde.

Gehorsamst sprang Fax über den Stab.

„Ist das nicht hübsch?“ rief lachend der Pascha. „Wie prächtig, wenn Alles über den regierenden Stock springt!“

„Dies wird geschehen, wenn alle Staatsbürger ganz erbärmliche Hundeseelen sind“, versetzte der Künstler. „Wer aber noch einen Funken von Menschenwürde in sich trägt, von Mannesstolz und Selbstachtung, der wird nicht gehorsamst Stocksprünge machen, wie ein Hund.“

Nach dieser Scene tritt der verhaftete Priester auf. Es entspinnt sich zwischen ihm und dem Pascha ein langes Gespräch über Staat und Kirche.

„Und zu diesem von Gott empfangenen Priesterberuf“ — fragt der Pascha — „gehört auch Messelesen, Beichtsitzen, Predigen, den verbietenden Staatsgesetzen zum Trotz?“

„Ja, Excellenz!“

„Larifari — Blödsinn!“ rief der Pascha. „Das Märlein von der göttlichen Sendung haben die Pfaffen nur ausgedacht, um den Staatsgesetzen ein Schnippchen zu schlagen. Glücklicherweise sind Bildung und Zeitgeist so weit fortgeschritten in der Türkei, daß kein denkender Mensch mehr diesen Unsinn glaubt. Ja, — würden die Geistlichen Amt und Einfluß nach den Befehlen des Sultans gebrauchen, würden sie im Geiste der Regierung handeln und lehren, — dann könnte man die Geistlichen bestehen lassen als Leithämmel für das dumme Volk. Ihr Geistlichen aber seid widerspenstig, ungehorsam den Staatsgesetzen, und deshalb — Reichsfeinde. Dazu ist euer Beispiel des Ungehorsams gefährlich, ansteckend. Die unbeschränkte Oberhoheit der Staatsregierung wird niemals dort zu unbestrittener Geltung kommen, wo die Priesterschaft frei umgehen darf.“

Selbstverständlich können sich Pascha und Priester, dem der Maler Ostermann beispringt, nicht einigen und das Verfahren gegen den Priester, der die türkischen Kirchengesetze nicht anerkennen will, nimmt seinen Lauf.

Ein Empfang von bosniakischen Notabeln bei dem jovialen Pascha fand am nächsten Tage statt. Die Noth im Lande, die harten Steuereintreibungen, die Schandthaten der Baschi-Bozuks werden von ihnen geschildert, am schlimmsten aber sei die Verfolgung der Priester. Der Pascha konnte nichts Ungesetzliches finden, die Kawassen — meinte er — hätten überall nur ihre Pflicht gethan.

„Ihre Pflicht, — was?“ rief ein Beg im höchsten Grade erbittert. „Ja, sie thaten die Pflicht, wie Henkersknechte eines unmenschlichen Pascharegimentes.“

„Elender, — halt! — donnerte Mustapha. „Ich werde Dich verhaften und Deinen Rebellenkopf auf das Stadtthor stecken lassen.“

„Thue das, Pascha!“ rief der Beg stolz. „Lieber sterben, als leben im Lande der Sclaverei und gräulicher Gewissenstyrannei. Aber ich sage Dir, Pascha Mustapha, das Volk wird mich rächen!“

Ein mattes Schlußkapitel schildert uns den Ausbruch des Aufstandes. Maler Ostermann rächt sich an dem Pascha zum Abschied mit einigen Carricaturen; der Pascha befiehlt, den Uebelthäter zu verhaften, aber Ostermann ist längst über die österreichische Grenze. Der Pascha bekommt vor Aerger in bedenklichem Grade seinen Anfall.

Das giftgeschwollene Büchlein ist matter in seinen Schilderungen, als die größeren Romane Bolandens. Sein Zweck ist natürlich noch durchsichtiger. Bolanden, der deutsche Priester, hat natürlich nur die Türkei im Sinne, denn wenn dies nicht wäre, würde er ja einen Musterjesuiten abgeben, Bolanden, der deutsche Bürger, kann nur die Türkei im Sinne haben, sonst würde er ja ein Verräther an seinem Vaterlande sein — pardon, wenn er ein anderes kennt, als Rom. Das Büchlein durch ein Verbot der Behörde noch interessanter zu machen, ist vielleicht nicht politisch. Wer den Unflath kennt, den Bolanden bereits auf Deutschland und seine Staatsmänner zu wälzen versucht hat, den wird auch das neueste Giftgeschoß des ultramontanen Geschichtsfälschers nicht verletzen. Im Gegentheil — diese Uebertreibungen und Lügen bieten dem Patrioten ein harmloses Vergnügen, den Unentschiedenen drängen sie zur Entscheidung, und diese kann kaum zu Gunsten der Bolanden'schen Ideen ausfallen, weil er die Liebe zum Vaterlande verleugnet. Den Dummen mag Bolanden vielleicht aufregen, aber gegen die Dummheit kämpfen, soll ja ein unfruchtbares Metier sein. Ich wenigstens denke von Bolanden wie Börne von Shakespeare: Es kann vielleicht Jemand, der ihn liest, noch den nämlichen Abend seinen besten Freund todtstechen, aber ihn todt langweilen, das kann er nicht.

Christoph Wild.

[Etwas von Krebsen und Krebszucht.] In einem Feuilleton der Wiener „Presse“ schreibt J. Hirsch zu diesem Kapitel: Es ist ein alter Glaube, daß die Krebse in den Monaten ohne R. am delicatesten schmecken. In dem ältesten deutschen Kochbuch, welches Lessing in seinen Collectaneen erwähnt, finden wir diesen Glaubensartikel schon und in dem allerjüngsten Kochbuche noch verzeichnet. Viele der berühmtesten Naturforscher und Heroen unserer Literatur, wie beispielsweise Schleiden, Jean Paul, bekennen sich ebenfalls zu diesem alten Glauben und mit den Ansichten der gelehrten Welt stimmt auch die Meinung von Priestern und Laien überein:

„Menses, in quo non est R,
debes comedere cancer“

lautet ein alter Denkvers im Mönchslatein —

„Vier Monat sind ohne R, der Krebs zielt seine Brut
Und ändert seinen Rock, dann sind die Krebse gut“

lautet ein Denkvers in der Volkssprache. — Kein culinarischer Glaubensartikel schien daher bis heute so über allen Zweifel erhaben, als dieser — da erhebt unvermuthet ein Krebs-Sportsman in der bekannten Fachzeitschrift „Der zoologische Garten“ seine Stimme und predigt einen neuen Glauben, nach welchem die Krebse in den Monaten ohne R im Mai und Juni als ein schlechtes Essen und erst vom Juli ab, namentlich aber im Monate mit einem R, nämlich im Monate September, als ein wirklich delicates Essen erklärt werden, denn, schreibt der Apostel des neuen Glaubens: „In den ersten Monaten ohne R, im Mai und Juni, ist der Krebs in der Häutung und im Juli noch vielfach mager und schwach. Erst im August und namentlich im September kommt der Krebs zur ganzen Fülle, ehe er zur Paarung schreitet; dieses ist auch die günstigste Zeit zum Fange, weil er den ganzen Tag dem Fraße nachstrebt, während er die erstgenannten Monate in Trägheit verbringt und nur gegen Abend seine Schlupfwinkel verläßt, um nach Nahrung zu suchen.“ . . . . . . In welchem Monat aber man auch immer Krebse ißt, muß man sie theuer bezahlen. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn wir viel mehr und viel bessere Krebse züchten würden. Wie das zu machen, haben uns die Franzosen gelehrt. Napoleon hat in den letzten Jahren seiner Regierung die Mittel zur Verfügung gestellt, um 300 französische Flüsse mit Mutterkrebsen aus Deutschland zu bevölkern und heute werden diese gut gemästeten Flußkrebse sogar nach England als geschätzte Delikatesse ausgeführt. Aehnliches ließe sich auch in unserem Vaterlande leisten und es bedarf dazu weder besonders großer Kapitalien, noch der besonderen Unterstützung der Regierung, sondern nur etwas guten Willen und etwas wenig Arbeit. Nicht nur in unseren Flüssen und Bächen könnten wir mehr und bessere Krebse züchten, wie bisher, sondern auch viele unbenutzte Teiche und Tümpel, welche die Luft verpesten, ließen sich unschädlich und nutzbar machen, wenn man sie tiefer ausgraben und in Krebsteiche verwandeln würde. Kann man sie mit Krebsbächen in Verbindung bringen, so erspart man sogar die Mühe, den Teich zu bevölkern, denn sie erscheinen dann von selbst. Da die Krebse alles todte Gethier, alle schädlich verfaulende Masse, indem sie dieselbe verzehren, in wohlschmeckendes Fleisch verwandeln, so kostet ihre Fütterung und Mästung fast gar nichts. Wegen der geringen physischen Anstrengung, welche die Krebszucht erfordert, dürfte sie sich vorzugsweise für Frauen eignen und es scheint uns dieser Zweig der Frauenarbeit weit passender und lohnender selbst für invalide Frauen auf dem Lande, als viele andere. Die Millionen liegen nicht nur auf der Straße, sie liegen auch im Acker, Weinberge und wie wir sehen, auch im schädlichsten Tümpel.

[Der gerettete Diplomat oder der Extrazug um ein paar Hosen.] Die Berliner „Tribüne“ erzählt aus Berlin: Das jetzige große, hier stattgehabte Diplomaten-Rendezvous bot Veranlassung zu einem in exclusiven Kreisen Aufsehen erregenden Ereigniß. Der Sachverhalt ist folgender: Ein in Wien accreditirter Gesandter, welcher zur Theilnahme an den diplomatischen Conferenzen hier eingetroffen war, bemerkte zu seinem Erschrecken kurz vor dem Zeitpunkte der großen Galacour, wo er sich den Majestäten vorstellen sollte, daß man, wenn auch nicht seine gesammten, so doch gerade seine Gesandten-Galahosen einzupacken vergessen hatte. Guter Rath war theuer. In einer Stunde sollte die Cour stattfinden, und selbst die eiligst herbeigerufenen Koryphäen der Berliner Schneiderzunft erklärten einstimmig, daß es außer dem Bereiche jeder Möglichkeit liege, die erforderlichen Enexpressibles vor Ablauf zweier Stunden in vorschriftsmäßigem Zustande fertigzustellen. Da, im Momente höchster Rathlosigkeit erscheint die Rettung, nämlich der Garderobier des Gesandten aus Wien, welcher, nachdem er das Versehen bemerkt, ohne Besinnen einen Extrazug genommen hatte, mit den nun doppelt theuern Beinkleidern dem Herrn nachgeeilt und kurz nach ihm hier eingetroffen war. — Dieser diplomatische Instinct des Garderobiers soll sowohl bei seinem Herrn als dessen Collegen hohe Anerkennung und Bewunderung erregt haben. (Ob wahr, oder nicht, jedenfalls zeigt diese Notiz, daß wir der heißen Jahreszeit näher rücken.)

jeher gehegten Toleranz und der stets bewiesenen Freisinnigkeit in ihren religiösen Anschauungen und unter Hochhaltung der in den Artikeln 49 und 50 der Bundesverfassung niedergelegten Grundsätze, verlangt energisch, daß Niemand in seinem Glauben und Gewissen geängstigt, noch viel weniger, daß der Friede unter den verschiedenen Confessionen des Ortes gestört werde; 2) sie duldet nicht, daß eine religiöse Gesellschaft die Angehörigen anderer Glaubensansichten in systematischer und frecher Weise verdächtigt, Keime der Zwietracht und der Verfolgung in die Familien wirft und so das gesellschaftliche und das Familienleben untergräbt und vergiftet; 3) es ist notorisch, daß die Kapuziner hier bei Anlaß der religiösen Reformbewegung und seither, namentlich aber über die jüngste österliche Zeit, den Beichtstuhl in arger Weise mißbraucht, z. B. Dienstmägde gegen ihre Herrschaften und Lehrjungen gegen die Meistersleute aufgereizt und gegen die freisinnigen Katholiken die gemeinsten Beschimpfungen ausgestoßen haben 2c. Unter solchen Umständen kann von einem weiteren Fortbestehen des Kapuzinerklosters im hiesigen Orte, in welchem nur ein minimer Theil der Bevölkerung dessen Anschauungen theilt, nicht mehr die Rede sein." Der Gemeinderath von Olten hat nun bereits die Frage behandelt und beantragt einstimmig der Gemeindeversammlung, zu beschließen, es sei bei den zuständigen Behörden die Aufhebung des Klosters zu verlangen. — Der Große Rath von Aargau hat nach zweistündigen Debatten auf Antrag der Regierung die Aufhebung der Frauenklöster Gnadenthal und Hermetschwyl mit 78 gegen 55 Stimmen beschlossen; die Nonnen bekommen Pensionen von 1600 bis zu 600 Francs und können so lange in den Klöstern bleiben, bis der Staat über diese Gebäulichkeiten in anderer Weise verfügt. Ebenso wurde der Antrag der Regierung auf Aufhebung des Collegialstiftes St. Verena in Zurpach mit 89 gegen 47 Stimmen angenommen; die Mitglieder des Stiftes bleiben wohnen und beziehen ihre Besoldungen weiter. — Mit vieler Mühe hat die St. Gallische Regierung den Kautschukpfaffen Falk in Montlingen beseitigt und nun hat man es noch mit seiner fanatischen Köchin zu thun. Die Montlinger verlangen, daß diese Friedenstörerin gleichfalls aus dem Pfarrhause weggeschafft werde. — In St. Gallen hat ein Priester der Liebesreligion wieder das Sterbebett eines Katholiken zur Folter gemacht, weil dieser sich nicht von seiner zweiten Frau scheiden lassen wollte. Er ist dann ohne die Sterbesacramente in die ewige Seligkeit eingegangen. — In Einsiedeln waren etwelche Gläubige höchlich mißvergnügt, daß man einen Selbstmörder auf dem gewöhnlichen Kirchhof beisetzte. — Von den Freiburger ultramontanen Sturmböcken unter Leitung Wuilleret's haben sich diejenigen getrennt, welche sich diplomatisch mäßigen wollen. — Der sogenannte Bischof von Genf, Mermillod, hat die neugewählten liberal-katholischen Pfarrer mit dem Bann belegt. Er verliert aber gänzlich der Liebe Müh', weil man in Genf gründlich überzeugt ist, daß das Papst- und Jesuitenthum der ärgste Feind des Menschengeschlechts ist. — An die deutsche Gesellschaft für Rettung Schiffbrüchiger hat die ein Jahr alte Züricher Section 1783 Fr. abgeschickt. — Das polnische Nationalmuseum in Rappersweil veranstaltet am hundertjährigen Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit eine Gedächtnißfeier für Pulawski und Kosciuszko. — Am eidgenössischen Schützenfest in Lausanne werden 160 Scheiben auf 300 Meter und 20 auf 450 Meter Entfernung aufgestellt. Der Betrag der Ehrengaben ist auf 111,620 Fr. angewachsen. — Die Actionäre des Züricher Consumvereins werden für jede ihrer Actien von 5 Fr. mit einer Dividende von 6¼ Fr. erfreut. — Der eben in Zürich aufgehobene Hundebann mußte sofort wieder eingeführt werden; in einer Familie liegen drei gebissene Kinder. — Unser Wetter macht jetzt endlich dem Wonnemond Ehre; die Gebete und Prozessionen in Luzern und Freiburg müssen geholfen haben.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 18. Mai, Abends. [Die Leichenfeierlichkeiten für Michelet. — Thiers. — Ministerielles.] Heute Morgen hat die Beerdigung der Leiche Michelet's stattgefunden; der Andrang des Menge, vor Allem der studirenden Jugend, war ein ungeheurer. Die Ruhe und Ordnung wurde nichtsdestoweniger keinen Augenblick gestört und die von der Polizei-Präfectur, welche der Wittwe die Anordnung des Zuges vollständig überlassen hatte, getroffenen Vorsichtsmaßregeln erwiesen sich als vollständig überflüssig. Die Zahl der Theilnehmer des Leichenzuges belief sich auf etwa 10000 Personen und eine ebenso große Menge schloß sich auf dem Wege zum Kirchhofe an. Am Grabe hielt Bersot, der Director der Normalschule, die Leichenrede. Nach ihm ergriffen Laboulaye, Challemel-Lacour, Quicherot das Wort. Cantacuzeno widmete im Namen der rumänischen Jugend, und Cottero im Namen der Studirenden Neapel's dem verstorbenen Gelehrten einige warme Worte, worauf eine Rede des Delegirten der Pariser Universität die Feierlichkeit beschloß. Der Rückweg erfolgte in derselben Ordnung und Stille. — Die „Liberté" glaubt zu wissen, daß Thiers sich entschuldigt hat, der von den Vertheidigern Arnim's an ihn ergangenen Aufforderung, als Entlastungszeuge nach Berlin zu kommen, nicht Folge leisten zu können. — In der Absicht, Störungen in den 11 Bezirken zu vermeiden, in denen am nächsten Sonntag die Ergänzungswahlen für die Deputirtenkammer stattzufinden haben, hat das Ministerium die Veröffentlichung des Präfecten- und Unterpräfectenschubs bis nächsten Montag hinausgeschoben.

⊙ **Paris**, 19. Mai. [Aus der Deputirtenkammer. — Amnestiedebatte. — Die europäische Conferenz.] Während Paris gestern Michelet die letzten Ehren erwies, mit einer feierlichen Ruhe, wie sie dem Andenken des Mannes, der ein Denker und Künstler, nicht ein politischer Streiter gewesen, ziemte, wurde in der Kammer zu Versailles die Amnestiedebatte fortgesetzt. Obgleich die Versammlung sichtlich ungeduldig ist, mit dieser gründlich durchgesprochenen Frage ein Ende zu machen, so ereiferten sich die Redner doch mehr, als an den vorhergehenden Tagen, und die Discussion nahm einen etwas leidenschaftlicheren Charakter an. Man kam zu den einzelnen Amnestievorschlägen und der alte Raspail machte mit der Vertheidigung des seinigen den Anfang. Er sprach so leise, daß nur die kleinere Hälfte der Deputirten ihn verstand. Der Präsident glaubte ihn mehrmals zur Mäßigung auffordern zu müssen. Raspail will bekanntlich alle Theilnehmer des Aufstandes der Commune ohne Unterschied, die Geißelmörder und Brandstifter so gut wie die Nationalgardisten, die sich blos durch den Tagessold von 1½ Francs vor dem Verhungern zu schützen suchten, der Amnestie theilhaftig machen, und um das zu rechtfertigen, erinnerte er an die Grausamkeiten, welche die Armee von Versailles beim Eintritt in Paris begangen, und an die Tortur, welche die Gefangenen in Noumea nun schon seit Jahr und Tag aushalten müßten. Sofort nach dieser Rede wurde abgestimmt und Raspail's Antrag hatte nur 52 Stimmen für sich; er wurde mit 394 Stimmen verworfen. Dann kam die Reihe an Marcou. Wie weit Marcou die Amnestie ausdehnen will, ist nicht leicht zu sagen; er macht einen subtilen Unterschied zwischen den Verurtheilten, die bei ihren Vergehen gegen das gemeine Recht von politischen Zwecken geleitet worden und denjenigen, die wirklich einen verbrecherischen Zweck hatten. Nur die letzteren sollen von der Amnestie ausgeschlossen bleiben. Nebenbei suchte der Redner den Aufstand von 1871 damit zu entschuldigen, daß derselbe einen blos communalen Charakter gehabt habe und daß es den Aufständischen nicht eingefallen sei, ihr System auf ganz Frankreich auszudehnen (eine Bemerkung, die einigermaßen dadurch widerlegt wird, daß die Commune Emissäre in alle größeren Städte des Landes schickte). Im Ganzen war Marcou's Rede höchst confus und sehr darnach angethan, einen Dialectiker von der Stärke des Justizministers Dufaure zu einer spöttischen Erwiederung zu reizen. Dufaure hielt denn auch den Augenblick für die Rede, die man seit zwei Tagen von ihm erwartete, für gekommen. Er ging unbarmherzig mit Marcou um und widerlegte zugleich die Argumente der früheren Redner, läugnete insbesondere, daß die Nationalversammlung von 1871 oder die damalige Regierung den entferntesten Vorwand für den Aufstand geboten habe (wobei er eine Lobeserhebung Thiers' einfließen ließ, welche die Kammer zu lebhaftem Beifall hinriß), und bestritt, daß die Nation schon das Verbrechen der Commune vergessen und verziehen habe. Dann that er eine Aeußerung, welche nicht nur die äußerste Linke, sondern die große Mehrzahl der Republikaner unangenehm berührte. Die Regierung, sagte er, werde von ihrem Gnadenrechte um so mehr Gebrauch machen, je weniger man auf einer Amnestie bestehe. (Voilà un bien gros mot! rief Gambetta dazwischen.) Entweder, erklärte Dufaure weiter, haben Sie Vertrauen zu dem erlauchten Präsidenten der Republik und seinen Ministern, und dann überlassen Sie denselben die Entscheidung darüber, welche Verurtheilten der Gnade würdig sind, oder Sie haben kein Vertrauen, und dann suchen Sie andere Minister! Was diejenigen Anhänger der Commune angeht, welche, ins Ausland geflüchtet, alle ihre Thätigkeit anwenden, ihr Vaterland zu verfluchen und Haß gegen dasselbe zu erwecken; diejenigen, welche in ihren Flugschriften und Journalen anonym nur von Repressalien sprechen, so gewähren sie uns nicht die Amnestie und wir wollen sie auch ihnen nicht gewähren. — Floquet von der äußersten Linken antwortete dem Minister in einer unleugbar geschickten Rede. Er versicherte, daß die Anhänger der Amnestie dem Präsidenten der Republik volle Anerkennung zu Theil werden ließen, daß sie überzeugt seien, er hätte die stattgehabte Unterdrückung nicht geduldet, wenn er wüßte, wie weit sie in Wahrheit gegangen. Die Republikaner haben nicht vergessen, daß die Aussagen des Marschalls in der Untersuchung über den Aufstand der Commune von einem Geiste zeugen, welcher den gehässigen und gewaltthätigen Maßregeln feindlich ist, und sie erinnern sich wohl, daß er allein im kaiserlichen Senat den Muth hatte, gegen das abscheuliche Sicherheitsgesetz zu stimmen. (Anhaltender Beifall.) Desgleichen ist hier von einem Mißtrauen gegen das Cabinet nicht die Rede; es handelt sich um eine Prinzipienfrage: die gesetzgebende Gewalt hat in der Republik, was die Amnestie angeht, dasselbe Recht, welches in einer Monarchie der König besitzt. Sie darf auf dieses Recht nicht verzichten; dasselbe ist unabhängig von dem Gnadenrecht, welches dem Präsidenten der Republik voll und ganz verbleibt. Schließlich wies Floquet den Vorwurf zurück, daß die Anhänger der Amnestie zugleich die Gegner der Armee seien. Die Armee wisse, daß nichts ihrer Ehre Zuwiderlaufendes aus den Beschlüssen der Kammer hervorgehen könne, und wer behauptet, daß die Offiziere und Soldaten des Heeres einen unauslöschlichen Haß gegen ihre früheren Feinde bewahrt haben, der kenne die Gesinnung der Armee nicht. Die Discussion wurde sodann auf heute vertagt. — In den nächsten Tagen wird der französische Gesandte in Berlin, de Gontaut-Biron, hier eintreffen, um der Regierung mündlich seine Eindrücke bei der Berliner Conferenz mitzutheilen. Man glaubt hier bestimmt, daß der Plan einer europäischen Conferenz an dem Widerstande Englands scheitern werde.

⊙ **Paris**, 19. Mai, Abends. [Aus der Deputirtenkammer. — Bonapartistisches. — Verschiedenes.] In der Kammer hat heute Naquet den Antrag gestellt, eine Untersuchung über die Geschäftsführung des Crédit foncier anzuordnen. Im Senat brachte Foucher de Careil den gleichen Antrag ein, nachdem vorher de Franclieu den Minister des Innern über einen Ausdruck zur Rede gestellt, der in Ricard's letztem Rundschreiben vorgekommen. Die Gegner der republikanischen Verfassung werden dort bekanntlich als „Aufrührer" bezeichnet, und die Royalisten und Bonapartisten haben daran Anstoß genommen. Sie hätten sich schon früher beschwert, wenn nicht Ricard's Tod sie verhindert hätte. — Als letzter Tage eine corsische Gesandtschaft den Prinzen Jerome zu seiner Wahl zum Abgeordneten beglückwünschte, befragte ihn ein Mitglied derselben über sein Verhältniß zum kaiserlichen Prinzen. Etwas dunkel antwortete Jerome: Wenn die Nation zur gegebenen Stunde sich für die Rückkehr der Napoleoniden entscheidet, so bin ich für das liberale Kaiserreich. — In einer Versammlung der Rechten wurde gestern beschlossen, den Legitimisten de Larcy an Ricard's Stelle zum lebenslänglichen Senator zu wählen. — Der Finanzminister wird in diesen Tagen der Kammer vorschlagen, der Wittwe Ricard's eine jährliche Pension von 6000 Francs auszusetzen. Für diesen Antrag wird die Dringlichkeitserklärung verlangt werden. — Wie es heißt, hat der soeben aus der Redaction der „Liberté" austretende Léonce Detroyat das Journal „La France" gekauft; nach einer andern wenig glaubwürdigen Nachricht würde dieses Blatt laut Contract zwischen Detroyat und E. de Girardin in gemeinsamen Besitz übergehen.

⊙ **Paris**, 20. Mai. [Parlamentarisches. — Die Amnestiedebatte in der Deputirtenkammer. — Naquet und der Crédit foncier. — Franclieu und der Minister des Innern. — Ergänzungswahlen.] Die gestrigen parlamentarischen Ereignisse waren interessant und nicht ohne Bedeutung; sie haben das gute Verhältniß der Mehrheit zum Ministerium deutlich bekundet. Im Senat trat zum ersten Mal de Marcère als Minister des Innern der verfassungsfeindlichen Coalition gegenüber, in der Kammer wurde die Amnestiedebatte zum Abschluß gebracht, und zwar in einer Weise, welche die Linke wie die Regierung gleich zufriedenstellte. Sprechen wir zunächst von der Kammersitzung. Sie begann mit einem heftigen Wortwechsel zwischen Raspail dem Jüngeren und dem Bonapartisten Rob. Mitchell, veranlaßt durch die Tags vorher vom älteren Raspail gehaltene Rede. Mitchell wurde vom Präsidenten zurechtgewiesen, weil er sich allzu grobe Ausfälle erlaubte und, auf Raspail senior anspielend, die Aeußerung that, wer sich nicht selber achte, könne auch von den anderen nicht geachtet werden. Dann vertheidigten die Radicalen der Reihe nach ihre Amnestievorschläge in absteigender Linie. Nachdem am vorhergehenden Tage Raspail's und Marcou's Anträge verworfen worden, schränkten sie jetzt ihre Forderungen immer weiter ein. Marque wollte eine Amnestie blos für diejenigen Verbrechen, welche einen „ersichtlich politischen" Charakter haben, Lisbonne und Andrieux wollten hierauf nur diejenigen der Amnestie theilhaftig werden lassen, welche als einfache Soldaten in den Bataillonen der Commune gedient haben; endlich beschränkte sich Allain-Targé auf den Antrag, von jetzt an die Verfolgungen einzustellen. Alle diese Bemühungen erweisen sich als erfolglos. Zu einer längeren Discussion gab nur der Margue'sche Antrag Veranlassung; hier war insbesondere die Rede des Berichterstatters Leblond bemerkenswerth. Leblond resumirte nochmals die Gründe, welche gegen die Amnestie sprechen; aber vor Allem schien es ihm darum zu thun, den ungünstigen Eindruck, welchen in der vorhergehenden Sitzung gewisse Worte des Justizministers Dufaure gemacht hatten, zu verwischen. Herr Dufaure, meinte Leblond, würde nicht mit solcher Schärfe gesprochen haben, hätte er statt Marcou Herrn Floquet (der erst nach ihm redete) zu antworten gehabt. Die Commission selber, fuhr Leblond fort, hat nicht eher auf jede Amnestiemaßregel verzichtet, bis ihr von den Ministern Dufaure und Ricard die feierliche Zusage zahlreicher Gnadenacte gegeben worden, und die Zusage hat ihr Dufaure ganz neuerdings wiederholt. Dieser Erklärung widersprach Dufaure, der auf der Ministerbank saß, nicht und Margue's Antrag wurde mit 373 gegen 105 Stimmen verworfen. Bei den anderen Anträgen stimmte die Kammer nur durch Aufstehen und Sitzenbleiben ab, und der Allain-Targé'sche Vorschlag wurde von seinem Urheber selbst zurückgezogen, nachdem Dufaure persönlich versöhnliche Worte gesprochen. Der Justizminister bemerkte nämlich, daß mit der Beseitigung der eigentlichen Amnestie den Forderungen der Regierung genuggethan sei. Was nun die künftig etwa noch einzuleitenden Verfolgungen und was die juridische Verjährung für die Theilnahme am Aufstand der Commune betrifft, so sei dies eine andere Frage, die eine genauere Prüfung erheische, und das Ministerium weigere sich nicht, sie in Erwägung zu ziehen. Uebrigens werde die Regierung auch für die Verurtheilten ihr Gnadenrecht im weitesten Maße anwenden. Die Linke rief lebhaft Beifall und Allain-Targé erklärte, nach den Worten des Ministers nicht auf seiner Forderung bestehen zu wollen. Die Amnestiefrage tritt also in ein neues Stadium, oder vielmehr die Verjährungsfrage ist jetzt definitiv an ihre Stelle getreten, und da ihr der Minister kein non possumus entgegenstellt, so läßt sich eine Verständigung etwa im Sinne des Picard-Guyho'schen Verjährungsvorschlages wohl erwarten. — Alfred Naquet ist mit seiner Forderung, die Geschäftsführung des Crédit foncier durch eine Commission untersuchen zu lassen, nicht durchgedrungen. Er verlangte die Dringlichkeitserklärung. Der Finanzminister Leon Say antwortete, es sei ganz unzulässig, daß sich die Kammern in die Geschäftsführung der finanziellen Gesellschaften einmischten. Zwar stehe der Crédit foncier in gewissem Maße unter der Aufsicht des Staates, wie andere große Gesellschaften, deren Directoren vom Staate ernannt werden, aber über die Details ihrer Verwaltung hätte die Regierung nicht zu entscheiden, sie könne nur im gegebenen Falle die Directoren absetzen. Des Weiteren seien die 1400 Millionen Boden-Obligationen, welche der Crédit foncier ausgegeben und um welche der Staat sich vorzüglich zu bekümmern hat, durch specielle Garantien gesichert. Andere Operationen der Anstalt könnten möglicherweise zu einer Liquidation führen, aber auf jeden Fall würde ihre Regelung nicht durch eine öffentliche Discussion in der Kammer erleichtert werden. Danach lehnte die Kammer mit großer Mehrheit die Dringlichkeitserklärung ab. — Im Senat hat die Rechte einen vergeblichen Angriff auf den Minister des Innern gemacht. Man kennt den Gegenstand der Anfrage, welche de Franclieu an de Marcère richtete. In Picard's letztem Rundschreiben (vom 6ten Mai) findet sich der Satz: „Es ist nöthig, jeden für die Regierung beleidigenden Zweifel zum Schweigen zu bringen und bei den Parteien die Hoffnungen zu zerstören, welche von jetzt ab aufrührerische (factieuses) sind." Ist es erlaubt, fragte de Franclieu, die Männer, die von jeher an dem Princip der Ordnung festgehalten haben, Aufrührer zu nennen? Jener Satz steht im Widerspruch mit dem Artikel 8 der Verfassung, welcher eine Revision zuläßt. Die Revisionsklausel verbürgt das Recht der Minderheit und dies Recht wird sie aufrechthalten. Man hat de Marcère Unrecht gethan, als man ihm jede Befähigung zum Redner absprach. Er antwortete dem Redner der Rechten ohne jeden oratorischen Prunk, aber mit einer Klarheit und Bestimmtheit, die ihm zur Linken den größten Beifall erwarb. Die Verfassung hat definitiv in Frankreich die Republik eingeführt, und diese Verfassung ist bei den letzten Wahlen von der großen Mehrheit der Nation gebilligt worden. Sie darf nicht den unausgesetzten Angriffen der Parteien anheimfallen. Kann die Regierung glauben lassen, daß sie nur einen Tag zu leben hat, daß sie des kommenden Tages nicht sicher ist? Nein! Als man den vielbesprochenen Revisionsartikel in die Verfassung aufnahm, bezweckte man, daß die Verfassung verbessert und mit neuen Bedürfnissen in Uebereinstimmung gebracht werden könne, nicht aber wollte man das Mittel zu ihrem Umsturz liefern. So de Marcère, dessen bündige Erklärung den heftigsten Widerspruch zur Rechten hervorrief. De Franclieu wollte antworten, aber der Präsident verhinderte ihn mit dem Bemerken, daß blos eine Anfrage gestellt worden, also nach der Antwort des Ministers eine Replik nicht zulässig sei. De Franclieu sagte: Ich werde meine Anfrage in eine Interpellation verwandeln! Ehe er aber noch die Formel für diese Interpellation gefunden, hatte die Partei de Broglie's sich der Angelegenheit schon bemächtigt, in der Ueberzeugung ohne Zweifel, daß der derbe, aufrichtige de Franclieu und seine Freunde, die Chevaulegers, es an der nöthigen Schlauheit würden fehlen lassen, und Paris kündigte eine Interpellation an über die Auslegung, welche die Regierung dem Revisionsartikel giebt. Die Interpellation wurde für Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt, aber so viele Künste de Broglie und Genossen auch aufbieten werden, so dürften sie doch schwerlich dahin gelangen, den Minister des Innern aus dem Sattel zu heben. Montag wird der Senat seinerseits über die Amnestie beschließen und Victor Hugo seine große Rede an den Mann bringen. — Ohne große Spannung sieht man den 13 Ersatzwahlen, welche morgen stattfinden werden, entgegen. Die Republikaner sind im Voraus darauf gefaßt, die Mehrzahl der invalidirten Deputirten, die alle ihre Candidatur wieder aufgestellt haben, nach Versailles zurückkehren zu sehen. Die 13 sind bekanntlich sämmtlich reactionär, und die Wahl wird allem Anschein nach einen sehr reactionären Anstrich haben, den die antirepublikanischen Blätter nach Kräften ausbeuten dürften, ohne daß sie darum viele Aussicht haben, die öffentliche Meinung hinters Licht zu führen. Es ist allzu einleuchtend, daß die morgige Wahl nicht die Bedeutung einer ursprünglichen Wahl haben kann, höchstens wird sie bestätigen, daß 13 Bezirke, die am 20. Februar reactionär gesinnt waren, auch heute noch reactionär gesinnt sind, und die Stellung der Parteien wird dadurch nicht geändert werden. Aber es ist auch möglich, daß unter den neuen Verhältnissen einige republikanische Candidaten da siegen, wo sie vor zwei Monaten unterlegen sind, und das wäre dann wirklich eine bezeichnende Niederlage für die Gegner der Republik. Mit anderen Worten, die Republikaner sind weit weniger dabei interessirt, die Wahl republikanisch, als die Reactionäre, sie reactionär ausfallen zu sehen.

Belgien.

Brüssel, 16. Mai. [Parlamentarisches.] Endlich, am Vorabend der Wahlschlacht, hat sich, so schreibt man der „N.-Z.", die parlamentarische Linke zu einer politischen Debatte aufgerafft, nachdem vor einigen Tagen in einer Fractionsversammlung der bezügliche Beschluß gefaßt worden ist. Es handelte sich um den Gesetz-Entwurf, welcher der Regierung einen Credit von 36 Millionen Frcs. behufs Ausführung verschiedener öffentlicher Bauten gewähren sollte. Der frühere Finanzminister Frère-Orban eröffnete den Reigen, indem er den Umschwung nachzuweisen suchte, welcher sich seit der Verkündigung des Syllabus in der katholischen Kirche vollzogen habe. Früher

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

strebte der Religionsunterricht in den Schulen, wie Redner ausführte, zugleich die Beförderung der Moral an. Jetzt aber, wo die katholische Lehre zu einer politischen Lehre umgestaltet würde, diene der Religions-Unterricht nur zur Fortpflanzung eines revolutionären Systems. „Und trotzdem", schloß Herr Frère den ersten Theil seiner Rede, „glauben die Clericalen, die liberale Partei sei nicht einig in der Ansicht, daß es nothwendig sei, dem Priester die öffentliche Schule zu verschließen." Bekanntlich wurde die Fernhaltung des Clerus von den öffentlichen Elementarschulen bis jetzt nur von einem Theile der parlamentarischen Linken vertreten, was eine folgenschwere Spaltung bei den bevorstehenden Wahlen hervorzurufen drohte. Im zweiten Theile seiner Rede erörterte Herr Frère-Orban die Unthätigkeit des Ministeriums den clericalen Agitationen gegenüber. Dasselbe lasse sich vielmehr von denselben hinreißen und suche die Vertheidiger des Syllabus zu befriedigen, indem es denselben die wichtigsten Stellen im Staate, bei der Verwaltung des öffentlichen Unterrichts, bei den Gerichten einräumt. Solche Verhältnisse müssen die Wohlfahrt des Landes vollständig zerrütten. Der frühere Justiz- und Finanzminister Jacobs versuchte das Ministerium in Schutz zu nehmen; während die Seitens des Herrn Frère-Orban gemachten Angriffe auf den Ultramontanismus nur beiläufig von dem clericalen Abgeordneten Antwerpens erwähnt wurden. Die Constitution des Landes sei, wie er meinte, mit einem Ministerpräsidenten und einer Majorität wie der jetzigen keiner Gefahr ausgesetzt. Die Handlungen des Cabinets hätten dies zur Genüge bewiesen. „Welche Politik wird aber zur Geltung kommen", fragte Herr Jacobs, „wenn die parlamentarische Linke das Staatsruder von Neuem in Besitz nehmen würde?" — Morgen sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Berichte über die Wahlbewegung in der Provinz lauten fortwährend günstig. Namentlich in Antwerpen, Arlon, Nivelles und Namur glauben die Liberalen auf einen Sieg rechnen zu dürfen. Nun zählt die jetzige clericale Majorität 14 Stimmen. Die Ersetzung von 7 Clericalen durch Liberale würde somit genügen, um die Majorität auf Null herabzudrücken. Nichtsdestoweniger steht es leider zu befürchten, daß selbst im günstigsten Falle die etwaige liberale Majorität nur eine geringfügige sein wird. Vor den am 13. Juni stattfindenden Abgeordnetenwahlen müssen am 22. d. M. noch die Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Provinzialstände erfolgen.

Großbritannien.

A.A.C. **London**, 19. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] wurde die Regierung in Betreff des tragischen Zwischenfalles in Salonichi interpellirt. Hanbury stellte an den Marineminister die Anfrage, ob im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge in Salonichi irgend welche Schiffe der britischen Marine nach den türkischen Küsten beordert worden seien, und wenn so, welche. **Ward Hunt** erwiderte, Ihrer Majestät Schiff „Swiftsure" liege vor Salonichi und der Admiral des Mittelmeergeschwaders sei instruirt worden, sich mit seinem aus drei oder vier Schiffen bestehenden Geschwader, begleitet von dem Thurmschiffe „Devastation", dahin zu begeben. Ein Kanonenboot sei nach Konstantinopel gesandt worden. Zunächst befragte Samuelson den Kanzler des Schatzamtes, ob die Conversion der egyptischen Schuld in Gemäßheit der Decrete vom 2. Mai nicht die diesem Lande gewährte Sicherheit für die Summe von circa 200,000 Pfd. Strl. pro Jahr, zahlbar auf Rechnung der Zinsen der Suezcanalactien, afficire, und ob vor der Veröffentlichung dieser Decrete die Zustimmung Ihrer Majestät Regierung, als ein Gläubiger Egyptens, nachgesucht und erlangt wurde. Sir Stafford Northcote erwiderte, er könne nicht sehen, daß durch die decretirte Conversion der egyptischen Schuld die diesem Lande für die Summe von 200,000 Pfd. Strl. gegebene Sicherheit afficirt würde. Diese Summe sei in sämmtlichen getroffenen Arrangements unter den von der egyptischen Regierung zu tragenden Lasten inbegriffen. Die Zustimmung der britischen Regierung zu der Veröffentlichung der Decrete vom 2. Mai sei weder nachgesucht noch gegeben worden. Die Decrete gingen gänzlich von der egyptischen Regierung aus. Hierauf erkundigte sich Sir John Lubbock beim Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten, ob die Aufmerksamkeit der Regierung gelenkt worden sei auf die Umstände in Verbindung mit der im October 1874 auf Anordnung der Hamburger Gerichtshöfe erfolgten Verhaftung von Mr. Whinney, dem amtlichen Massenverwalter der London-Hamburg und Continental Exchange Bank, Limited, sowie auch darauf, daß er gezwungen wurde, auf Kosten der englischen Actionäre Gelder, die in England auf Grund des Erkenntnisses eines englischen Gerichts erstritten worden seien, zurückzuzahlen. Bourke antwortete, die Regierung habe der Sache ihre Aufmerksamkeit geschenkt und dieselbe den Kronjuristen zur Begutachtung unterbreitet. Der darauf bezügliche Schriftwechsel werde dem Hause vorgelegt werden sobald er complet sei. Der Schatzkanzler theilte in Erwiderung auf eine Anfrage des Deputirten Bates in Bezug auf die Alabama-Commission mit, daß die Sitzungen dieser Commission bis zum 22. Juli prolongirt worden seien. Die Summe, welche Großbritannien den Nordstaaten in Gemäßheit der Genfer Zuerkennung gezahlt habe, werde einen beträchtlichen Ueberschuß ergeben, weil die Commission bis jetzt an der Erörterung der Assecuranz-Proclamation verhindert war, aber es sei eine Congreßacte angenommen worden, welche die Commission in den Stand setzt, diese und andere Proclamationen in Erwägung zu ziehen. Ein Schriftwechsel zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sei über den Gegenstand nicht gepflogen worden. Nachdem noch eine Menge anderer Anfragen nicht politischer Natur an die Mitglieder der Regierung gerichtet worden, legte der Chef des Unterrichtswesens, Lord Sandon, einen Gesetzentwurf mit Bezug auf den Elementar-Unterricht vor. Seinen Auseinandersetzungen schickte Lord Sandon die Bemerkung voraus, daß die neue Vorlage weder eine allgemeine Reconstruction des bestehenden Unterrichtssystems, noch an der Politik des Schulgesetzes von 1870 zu rütteln beabsichtige. Der oft ausgedrückte Wunsch des Landes gehe dahin, jedem Kind einen solchen Grad von Erziehung angedeihen zu lassen, die es in den Stand setzen dürften, seinen Weg durch's Leben zu machen, und um diesem Wunsche Wirksamkeit zu geben, habe das Land viele Opfer gebracht und sei bereit, weitere zu bringen; aber obwohl gegenwärtig Schulen für 3¼ Millionen Kinder vorhanden seien, würden in denselben nur 1,800,000 unterrichtet. Die fehlenden 1,450,000 Kinder seien nicht in Privatschulen zu finden, und die Regierung wisse in der That nicht, wo sie seien. Das Land habe Schulen und Lehrer beschafft, kurz, alle Elemente für die Volksbildung seien da, aber die Kinder fehlten. Zur Herbeiführung eines besseren Schulbesuches sei das gegenwärtige Gesetz mangelhaft und unzulänglich, es mangele demselben sowohl Einfachheit wie Gleichförmigkeit. Folglich sei eine neue Gesetzgebung wirklich dringend nothwendig. Nichtsdestoweniger beabsichtige die Regierung vorsichtig und stufenweise vorzugehen, weshalb die Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes erst in 1881 in Kraft treten würden. Die Vorlage verfügt zuvörderst, daß Niemand ein Kind im Alter unter 10 Jahren beschäftigen darf, während Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren nur beschäftigt werden dürfen, wenn sie den vierten Schulgrad passirt haben, d. h. lesen, schreiben und rechnen können, oder nachweisen können, daß sie während der fünf vorhergehenden Jahre wenigstens 250 Mal im Jahre die Schule besucht haben. Diese Bestimmung tritt indeß nicht in Kraft in Orten, wo in einer Entfernung von 2 Meilen keine Elementarschule vorhanden ist oder in Bezug auf die Einheimsung der Ernte. Kinder, die den vierten Schulgrad vor dem zehnten Jahre passirt haben, erhalten auf die Dauer von drei Jahren freien Schulunterricht. Eltern werden für den Schulbesuch ihrer Kinder verantwortlich gemacht. Unregelmäßiger Schulbesuch wird im ersten Falle mit einer Geldbuße von 5 Shillingen und im Wiederholungsfalle dadurch geahndet, daß das Kind in eine Besserungsanstalt geschickt wird. Die übrigen Bestimmungen berechtigen die Steuerzahler, die Einsetzung von Schulämtern anzuregen, verleihen Armen-Verwaltungen und Corporationen die Befugniß, den Schulzwang einzuführen, und erhöhen die Staatssubvention für den Unterricht in armen Districten um 100 Procent. In der nun folgenden Debatte fand die Bill im Allgemeinen eine günstige Kritik, worauf sie eingebracht und zum ersten Mal gelesen wurde.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung hatte die Regierung einen neuen Sturm auf ihre im neuesten Budget verkörperte Finanzpolitik auszuhalten. Diesmal ging der Angriff von einem Mitgliede ihrer eigenen Partei, dem Deputirten für die City von London, Hubbard, aus. Derselbe stellte einen Antrag, welcher es für unzweckmäßig erklärte, die absolute Befreiung von der Einkommensteuer auf Einkommen von 150 Pfd. St., sowie die Grenze der theilweisen Befreiung von Einkommen in Höhe von 300 Pfd. St. auf Einkommen von 400 Pfd. St. auszudehnen, indem diese Extra-Befreiungen das gleiche Verhältniß, in welchem alle Einkommen besteuert werden sollten, nachtheilig afficire. Der Antrag, der zu einer sehr lebhaften Debatte Anlaß gab, wurde u. A. von Goeschen und Gladstone sehr warm unterstützt, von den anwesenden Regierungsvertretern aber energisch bekämpft. Der Schatzkanzler hob hervor, der Gedanke, die geringeren Einkommen von der Besteuerung zu befreien, sei nicht einem philantropischen Gefühle oder einem politischen Zwecke, sondern lediglich einem Gerechtigkeitsgefühl für eine Klasse entsprungen, die, obwohl deren Einkommen größtentheils aus wöchentlich gezahlten Löhnen und Salairen bestände, und demnach zuweilen sehr ungewiß sei, dennoch größeren Aufwand treiben müßte, als die eigentliche Arbeiterklasse. Der Antrag wurde schließlich mit 241 gegen 121 Stimmen verworfen, worauf sich das Haus kurz nach 1 Uhr Morgens vertagte.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 21. Mai. [Tagesbericht.]

α [Ministerial-Erlaß.] Das Staatsministerium hat kürzlich als allgemein giltigen Grundsatz festgestellt und angeordnet, daß den Erben eines Beamten, welcher vor der Entscheidung über die von ihm eingelegte Berufung gegen ein seine Dienstentlassung aussprechendes Disciplinar-Erkenntniß verstirbt, die während der Suspension der Erblassers vom Amte einbehaltene Hälfte des Diensteinkommens für alle Fälle unverkürzt nachzuzahlen ist.

* [Personalien.] Befördert: Der Rechtscandidat Danziger zu Görlitz zum Referendarius. Der Büreau-Diätar Grimmig zu Glogau zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Grünberg. Der Büreau-Diätar Piehotzik zu Bunzlau zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgericht zu Rothenburg. Der Hautboist Woyde zum Hilfsgefangenenwärter bei dem Kreisgericht zu Glogau. Der Invalide Jakob zum Hilfsunterbeamten bei dem Kreisgericht zu Görlitz. Der Invalide Lehmann zum Hilfsunterbeamten bei dem Kreisgerichte zu Sprottau. — Versetzt: Der Referendar Kalkowski aus dem Departement des Appellationsgerichts zu Breslau an das Kreisgericht zu Görlitz. Der Büreau-Assistent von Brause zu Rothenburg an das Kreisgericht zu Löwenberg. Der Büreau-Diätar Zedler zu Grünberg an das Kreisgericht zu Glogau. Der Bote und Executor Walter zu Görlitz an das Kreisgericht zu Glogau. — Ausgeschieden: Der Referendar Kolbenach zu Bunzlau. Der Büreaugehilfe Hancke zu Rothenburg

F. [Vom botanischen Garten.] Keins der wissenschaftlichen Institute der hiesigen Universität wird von dem Publikum mehr benützt, als der botanische Garten. Seitens der Direction desselben sind alle nur möglichen Anordnungen getroffen, um den Besuchern Belehrung nach allen Richtungen hin zu gewähren. Während die bot. Gärten z. B. Berlins und Leipzigs nur an gewissen Tage und zu gewissen Stunden geöffnet sind, auch in manchen botanischen Gärten sogar die Bänke entfernt werden, um das Publikum zu nicht zu langem Aufenthalt zu veranlassen, war bis jetzt der hiesige Garten außer Sonntag täglich von früh bis Abends geöffnet. Leider hat sich der Director desselben veranlaßt gesehen, die Besuchsstunden zu beschränken. Zahlreiche Zerstörungen und Beschädigungen in verschiedenen Theilen des Gartens sind die Ursache dieser Maßregel. So war aus großen, echten Bambusröhren und Palmenwurzeln und Stengeln, die durch Drath doppelt verbunden waren, nur zur Belehrung dieser wenig bekannten Verhältnisse, eine Wand geflochten worden; die Röhren sind herausgerissen und einige, ca. 2 Met. lange, gestohlen, anderweitig auch selbst eiserne Bänke und zu Versuchen bestimmte Glasröhren zerbrochen worden u. s. w. Möchten derartige Vorfälle sich nicht wiederholen, damit es der Direction des bot. Gartens wieder möglich werde, dem Publikum den unbeschränkten Zutritt zu gestatten.

⁂ [Brumme I. — Ehrengabe für Prawit.] Die humoristische Musikgesellschaft „Brumme I." hielt im Vereinslocale Casino (Handlungsdienerinstitut) ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Kaufmann Emil Sackur, eröffnete dieselbe mit einem Rückblick auf die Thätigkeit im verflossenen Vereinsjahre und constatirte, daß außer kleineren wohlthätigen Unternehmungen es auch der Gesellschaft gelungen ist, durch das Anfang Februar bei Springer abgehaltene Fest-Monstre-Concert den hiesigen Suppen-Vereinen über 1000 Mark zuzuwenden. Auf der Tagesordnung standen 2 Gegenstände: 1) Vorstandswahl, 2) Antrag des Vorsitzenden. In den Vorstand wurden einstimmig gewählt resp. wiedergewählt die Herren Kaufmann Sackur als Vorsitzender, Königl. Auctions-Commissarius Hausfelder als Cassirer und Uhrmacher Chille als Protokollführer, außerdem Herr Spediteur Goldschmidt zum Referenten und Herr Saro zum musikalischen Director. Von dem Vorsitzenden, Herrn Emil Sackur, wurde sodann folgender Antrag gestellt: „ein großes Fest-Monstre-Concert zu einer Ehrengabe für Herrn Adolph Prawit womöglich im Schießwerdergarten zu veranstalten, und motivirte seinen Antrag in folgender Weise: die beiden Lieblinge der Breslauer, die Herren Prawit und Rieger, haben seit beinah 10 Jahren die großen und erfolgreichen Concerte in der uneigennützigsten Weise unterstützt und nicht wenig zu dem großen Erfolge beigetragen, durch ihre Mitwirkung ist nicht blos die Brumme I., sondern auch so viele andere Vereine in den Stand gesetzt worden, so manche Noth zu lindern, so manche Thräne zu trocknen. Heute, wo das Jubiläum seiner 40jährigen Wirksamkeit an der hiesigen Bühne uns eine Gelegenheit bietet, unsere Anerkennung und Erkenntlichkeit unserm lieben braven Freunde Prawit thatsächlich zu beweisen, dürfen wir sie nicht unbenützt vorüber lassen, um so weniger als wir uns in dieser Beziehung in vollkommener Uebereinstimmung mit unseren Mitbürgern wissen. Der Antrag wurde mit Applaus zum Beschluß erhoben und einstimmig angenommen. — Wegen der Vorbereitungen und Arrangements so wie wegen der noch immer nicht sicheren Witterung für ein Gartenconcert, dürfte das Concert zu Ehren Prawits erst im Laufe des nächsten Monats stattfinden können, und behalten wir uns vor, später Näheres über den Fortgang des Unternehmens zu berichten.

** [Der vierte schlesische Bädertag und seine Verhandlungen am 2. December 1875 nebst dem Generalberichte über die schlesischen Bäder für die Saison 1875. Bearbeitet und herausgegeben von dem derzeitigen Vorsitzenden des schles. Bädertages, P. Dengler, Bürgermeister in Reinerz. Reinerz, 1876, Selbstverlag des schles. Bädertages.] — Es ist immerhin ein verdienstliches Werk, diese Verhandlungen zusammenzustellen und zu veröffentlichen, denn sie enthalten gar Vieles, was interessant, und mannigfaches, was von Nutzen ist. In dem beigefügten Generalberichte spricht Herr Sanitätsrath Oberstabsarzt a. D. Dr. Biefel über die Bäder Charlottenbrunn, Cudowa, Flinsberg, Goczalkowitz, Görbersdorf, Alt-Heide, Muskau, Reinerz, Salzbrunn und Warmbrunn, und zwar über Klima, Witterungs-Verhältnisse der 5 Sommermonate, Maximal- und Minimal-Temperaturen, Zahl, Heimath und Lebensstellung der Person, welche 1875 die schles. Bäder besucht haben etc. etc. und schließt mit einer Uebersicht der vertretenen Erkrankungen nach den ärztlichen Berichten. Ein Anhang handelt von der Milchdiät im Hinblick auf die Perlsucht des Rindes.

⁂ [Die Karlsbader Kurliste] vom 19. Mai weist bereits eine Parteienzahl von 2570 (mit 3335 Personen) nach.

μ [Feuersgefahr.] Durch unvorsichtigen Gebrauch eines offen brennenden Lichtes geriethen heute Vormittag die Siede- und Strohausfüllungen in dem Oderstraße Nr. 6 belegenen Eiskeller des Kretschmer H. in Brand. Erst nach mehren Stunden gelang es, da der furchtbare Rauch die Thätigkeit der Feuerwehr sehr erschwerte, die Gefahr zu beseitigen.

+ [Zur Masern-Epidemie.] Am 21. Mai war der Bestand an Maserkranken 1502. Zuwachs 84.

+ [Verirrtes Kind.] Zu dem auf der Flurstraße Nr. 7 wohnhaften Vorkosthändler Klosse hat sich gestern Abend ein 3⅓ Jahre alter Knabe mit blondem Haar und grauem Anzug ohne Kopfbedeckung eingefunden, welcher über die Wohnung und den Namen seiner Eltern keine Auskunft zu geben vermag. Das bezeichnete Kind kann von seinen Angehörigen von dort abgeholt werden.

+ [Polizeiliches.] In der verflossenen Nacht wurde auf dem Grundstück Wallstraße Nr. 6 ein Gummibaum in Mannshöhe im Werthe von 9 M. aus dem Garten der Neuen Börse gestohlen. — Der bereits vielfach erwähnte Paletotmarder hat gestern aufs Neue einem Handlungsreisenden einen dunkelblauen Ratiné-Ueberzieher und einen Hut aus dem Billardzimmer der vormaligen Wiesner'schen Brauerei auf der Nicolaistraße, und aus dem Buffetzimmer der Neue Gasse Nr. 11 einen hellgrau melirten Ueberzieher mit Sammtkragen gestohlen. Das letztgenannte Kleidungsstück gehörte einem Buchhalter, welcher darin seinen Hausschlüssel und eine Brieftasche mit einer Wechselforderung in Höhe von 53 M. aufbewahrt hatte. — In verflossener Nacht sind in Reichenbach 50 Stück Uhren, darunter 14 Stück goldene, und zwar 2 Remontoir-, 2 Anker- und 10 Damenuhren gestohlen wurden.

+ [In Betreff des unter eigenthümlichen Umständen erfolgten Todes der 33 Jahr alten Ottilie Krebs] gehen uns nachfolgende nähere Mittheilungen zu. Die Genannte war eine große, robuste, scandalsüchtige Frauensperson, welche bereits seit 10 Jahren unter Polizeiaufsicht stand. Am vorigen Sonnabend Abend, war die Krebs im Odeon, und zuletzt im Friedrich'schen Tanzsalon auf dem Mauritiusplatz gesehen worden, an welchem Orte sie in Gesellschaft von 5 jungen Männern an einem Tische saß. Mit einem derselben, einem 22—25 Jahr alten Manne von mittelgroßer Statur, blasser Gesichtsfarbe, kleinem Schnurbart und dunkler schäbiger Kleidung und Jockeykappe ist die Krebs in der Nacht um 1 Uhr nach ihrer Wohnung, Friedrichsstraße Nr. 8 per Droschke gefahren. Einem dortigen Bewohner begegneten Beide auf der Treppe, und sah derselbe, wie die Krebs ihre Wohnstube aufschloß, und mit ihrem Begleiter darin verschwand. Ein Stubennachbar, der nur durch eine Scheidewand von der Krebs'schen Wohnung getrennt ist, will in der Nacht ein mehrmaliges verdächtiges Gurgeln vernommen haben. Gestern früh um 7 Uhr, als die Quartiergeberin in die Wohnstube eintrat, wurde — wie bereits erwähnt — die Krebs in ihrem Bette todt aufgefunden. Nach erfolgter Anzeige wurde von Seiten des Reviercommissarius und einigen Criminalbeamten eine Besichtigung der Leiche vorgenommen, und ergab es sich, daß sowohl an der linken Schläfengegend getrocknetes Blut, als auch im Hemde Blutstropfen vorgefunden wurden. Am Gesicht und an der linken Hand fanden sich Hautabschärfungen vor, während am Halse 40 bis 50 horizontale Nägelabdrücke vorhanden waren. Merkwürdigerweise zeigten sich am Halse und auf der Brust 10 bis 12 Tropfen von einer Paraffinkerze, die augenscheinlich bei Besichtigung von der Kerze herabgetropft sein müssen. Im Zimmer selbst konnte nur ein kleiner Stumpf von einer Stearinkerze vorgefunden werden, welche in einem Commodenschube aufbewahrt lag. Die Polizeibehörde hat bereits mehrere prostituirte Dirnen vernommen, welche mit der Krebs am Sonnabend Abend zusammen waren, und sämmtliche bekunden, daß dieselbe an jenem Abend eine goldene Brosche und Boutons, eine Perlenschnur, 3 goldene Medaillons, ein Muschel-Portemonnaie und eine silberne Damenuhr, auf deren Rückseite ein Schweizerhäuschen eingravirt war, getragen hat. Alle die genannten Gegenstände sind bis auf die zuletzt erwähnte Uhr bei der Krebs vorgefunden worden. Aber auch der Hausschlüssel fehlt und ist das Fehlen desselben nur dadurch zu erklären, daß sich der unbekannte Mann, der in der Nacht bei der Krebs verweilt hat, den Schlüssel mitgenommen und die Hausthür geöffnet hat. Ob nun die Entseelte wiederum einen jener Krampfanfälle gehabt hat, an denen sie öfters litt und ob die Nägeleindrücke von ihrer eigenen Hand herrühren, wird die gerichtsärztliche Section der Leiche constatiren. Ebenso muß abgewartet werden, ob sich Uhr und Hausschlüssel noch auffinden läßt. Ein dort in der Nachbarschaft wohnender und vom Reviercommissarius herbeigeholter Arzt hat sich dahin ausgesprochen, daß hier eine gewaltsame Erwürgung vorläge. Im Interesse der Untersuchung wäre es erwünscht, daß alle diejenigen, die am Abende vor ihrem Tode mit der Krebs noch zusammen gewesen sind, sich freiwillig im hiesigen Sicherheitsamte melden möchten.

+ [Frecher Betrug.] Zu einer Stellenbesitzerin in Masselwitz kam vor einigen Tagen am Nachmittag eine 40 Jahre alte ziemlich große Frauensperson mit sonnenverbranntem Gesicht, rothem Kopftuch und barfuß, welche vorgab, Botenfrau zu sein. Sie komme im Auftrage der schwerkranken Schwester der Stellenbesitzerin, einer auf der Kleinen Scheitnigerstraße wohnhaften Haushältersfrau, die Jene vor ihrem Tode, der voraussichtlich in einigen Stunden erfolgen werde, noch einmal zu sprechen wünsche. Die über diese ganz unerwartete Trauerbotschaft sehr erschrockene Bäuerin entschloß sich sofort nach Breslau zu gehen, um ihrer guten Schwester den letzten Wunsch zu erfüllen. Nachdem zuvor die Botin aufs Beste bewirthet worden war, traten Beide den Weg nach der Stadt an. Auf der Friedrich-Wilhelmstraße angekommen, rieth die verschmitzte Botenfrau der Stellenbesitzerin sich eines Omnibus zu bedienen, da sie auf diese Weise schneller zum Ziele gelange, sie selbst habe auf der Berlinerstraße noch einige Gänge zu besorgen und würde später dort eintreffen. Die Masselwitzerin ging auf diesen Vorschlag ein, und als sie bei der Schwester anlangte, fand sie diese zu ihrem größten Erstaunen gesund und munter vor, während Jene sich über den späten Besuch der Schwester wunderte. Nach beiderseitiger Erklärung war man darüber einig, daß man in die Hände einer Betrügerin gerathen war. Die angebliche Botenfrau war nämlich am Vormittage desselben Tages bei der Haushälterin auf der Kleinen Scheitnigerstraße gewesen, um ein Dienstmädchen zu vermiethen, wobei sie dieser die Nachrichten über die näheren Familienverhältnisse abzulocken verstand. Hierbei hatte sie nun auch erfahren, daß Jene noch eine verheirathete Schwester in Masselwitz habe. — Während die beiden Schwestern froh vereint beisammen blieben, war inzwischen die freche Betrügerin nicht unthätig, die Ernte ihres schlau ersonnenen Gaunerstreiches einzuheimsen. Dieselbe nahm sich von der Posener Straße aus eine Droschke und ließ sich wiederum nach Masselwitz bis vor die Thür der Stellenbesitzerin fahren, woselbst sie Abends um 9½ Uhr eintraf. Der dort anwesenden 18 Jahre alten Tochter log sie abermals vor, sie komme im Auftrage der Mutter, da mittlerweile deren Schwester verstorben sei. Sie solle das schwarze Alpaccakleid, welches in der Commode läge, und das nunmehr als Traueranzug dienen müsse, sowie 12 Mark abholen, da die Mutter 3 Tage in Breslau verbleiben und das Begräbniß zu besorgen habe. Das junge Mädchen, nichts Arges ahnend, glaubte der Betrügerin und übergab derselben die geforderten Sachen und packte sogar das erwähnte gute Kleid noch sorgsam in eine Kattundecke ein und legte dasselbe in die bereitstehende Droschke. — Erst nach der Zurückkunft der Mutter am andern Tage wurde der Betrug offenkundig. Beide Schwestern erklären, diese Gaunerin niemals in ihrem Leben vorher gesehen zu haben. Ueber das Vorhandensein des schwarzen Kleides hatte sie unterwegs auf dem Wege nach Breslau gesprächsweise Kenntniß erhalten. Die Polizeibehörde fahndet auf diese gefährliche Schwindlerin.

+ [Verhaftungen durch die Schutzmannschaften.] In dem Zeitraum vom 15. bis 22. Mai sind hierorts 36 Personen wegen Diebstahls, Hehlerei, Betrug und Unterschlagung, 40 Excedenten und Trunkenbolde, 6 wegen Widersetzlichkeit gegen Beamte, 50 Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheue, 86 lüderliche Dirnen wegen Entziehung der polizeilichen Controle und Besuchs von polizeilich verbotenen Localen und 145 Obdachlose, im Ganzen 363 Personen zur Haft gebracht worden.

=ββ= [Von der Oder.] Das Wasser ist im Fallen. — In Brieg zeigt der Oberpegel 4,68 M., der Unterpegel 2,30 M. Waßerhöhe. — Die dasige Schleuse passirten von Krempa, Krappitz, Oppeln, Schurgast, Poppelau 33 mit Eisen, Ziegeln, Kalksteinen, Steinkohlen, Faschinen, Nutz- und Klasterholz befrachtete Schiffe, deren Ziel Ohlau, Breslau und Berlin war, ebenso 202 Flöße und endlich stromauf 2 Schiffe mit diversen Gütern und Brucheisen nach Gleiwitz und Ratibor, sowie 36 leere Schiffe. — In Ohlau steht das Oberwasser 15' 3" = 4,80 M., das Unterwasser 5' 6" = 1,72 M. hoch. Die Schleuse passirten 16 Schiffe und 28 Holzflöße.

H. [Dampferfahrten.] Die am Sonntag mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm„ unternommene Vergnügungsfahrt nach Treschen war sehr zahlreich besucht. Die im prächtigsten Grün prangenden Wälder und Felder bieten dem Naturfreunde eine angenehme Unterhaltung. Die Restauration auf dem Schiffe unter Leitung des Herrn Rückert läßt nichts zu wünschen übrig. Speisen und Getränke bei billigsten Preisen sind vorzüglich. Wie uns mitgetheilt, werden regelmäßige Fahrten jetzt Donnerstags Nachmittags nach Treschen stattfinden und wenn solche Anklang finden, von der Dampfercapelle begleitet werden.

μ [Masselwitz.] Zu einem der belebtesten Spazierorte in der Umgegend von Breslau gehörte vor einer längeren Reihe von Jahren unstreitig das reizend an der Oder gelegene Masselwitz und nicht selten kam es vor, daß an Sonntagen weder in der dortigen Brauerei noch in dem Kaffeehause ein Plätzchen für den müden Touristen zu finden war. — Die Bequemlichkeit, die in neuerer Zeit die Dampfer zum Besuch der östlich der Stadt gelegenen Vergnügungsorte bieten, sowie der verhältnißmäßig geringe Comfort des Masselwitzer Kaffeehauses entfremdete die Besucher demselben immer mehr, bis endlich dasselbe in Privathände überging und einem Neubau, einer in eleganteстem Style gehaltenen Villa, Platz machen mußte. — Nach mehrfachem Besitzwechsel ist letztere nunmehr pachtweise in den Besitz des Brauereibesitzer Herrn Herzig in Masselwitz übergegangen, welcher dieselbe wiederum zum Vergnügungslocal umgeschaffen und gestern für das Publikum geöffnet hat. — Schon von Weitem präsentirt sich der prächtige, mit einem Thurm versehene Bau, im Hintergrunde vom Walde begrenzt, in höchst vortheilhafter Weise, während man beim Eintritt in die innern Localitäten von der prächtigen Ausstattung derselben wahrhaft überrascht wird. Die nach 3 verschiedenen Seiten gelegenen, mit hohen Spiegelscheiben-Fenstern versehenen Zimmer gewähren einen Blick über Wald, Feld und Flur, während die Aussicht von dem, für die Besucher des Locals stets geöffneten Thurme eine herrliche Fernsicht gestattet und ein Panorama bietet, wie man es in solcher Nähe der Stadt selten findet. Eine Garten-Anlage mit schattigen Gängen hinter dem Hause vervollständigt das Ganze. — Für leibliche Pflege ist Seitens des gegenwärtigen Pächters nach allen Richtungen hin Sorge getragen, und so ist wohl anzunehmen, daß für das in neuerer Zeit sehr ins Vergessen gerathene Masselwitz eine neue Aera begonnen hat, zumal in nächster Zeit die Dampfschifffahrt auch nach diesem Orte hin eröffnet wird.

Glogau, 21. Mai. [Ueber das Jubiläum] berichtet der „Landbote" ferner: Um 7½ Uhr Morgens begann gestern auf dem Paradeplatz vor dem Deutschen Hause eine Morgenmusik, ausgeführt von der Kapelle des 59. Re-

giments und von der Verwaltung und Vertretung der Stadt, sowie von der Bürgerschaft dem hohen Gaste zu Ehren veranstaltet. Die Einwohnerschaft, die Elite des Beamtenthums und der Bürgerschaft an der Spitze, hatte sich sehr zahlreich auf dem Paradeplatze versammelt, alle Confessionen waren vertreten. Das Ständchen begann mit der Jubel-Ouverture von Weber, welcher noch drei Piecen folgten. Bei den ersten Tönen der Musik erschien der Minister Dr. **Falk** am Fenster. Nach dem dritten Musikstücke brachte Herr Stadtverordneten-Vorsteher **Bellier de Launay** ein Hoch auf den lieben Gast aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Der Minister dankte, vom Fenster aus sich freundlichst verbeugend. Schon beim Beginn der Morgenmusik begab sich eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten in die Wohnung des Ministers. Herr Dr. **Meyer** begrüßte den hohen Gast, nachdem er ihm das aus Anlaß der Feier erschienene Festprogramm überreicht, mit herzigen Worten: Nachdem gestern Abend die Jugend den Gefeierten begrüßt, nahen sich heute die Alten, ihn Willkommen zu heißen. Sie seien aber nicht gekommen, dem gefeierten Minister zu huldigen, sondern um dem lieben alten Glogauer die Liebe und Anhänglichkeit der Stadt an ihn in einem herzigen einfachen „Willkommen" auszudrücken. Der Minister erwiderte: Es habe ihn unendlich gefreut, bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe so viele liebe bekannte Gesichter zu sehen, die ihn an die schön hier verlebte Zeit erinnerten. Er habe sich ferner gefreut über den freundlichen Empfang, den festlichen Schmuck der Stadt und über das gemeinsame und friedliche Harmoniren der beiden Gymnasien und ihrer Directoren. Glogau sei ihm stets lieb und theuer. Welches Gefühl sei wohl geeigneter, des Menschen Erinnerung an einen Ort zu fesseln, als das Gefühl des Schmerzes, der Wehmuth. Er habe in Glogau die Grabstätten seiner Kinder, die ihm stets theuer, diese werden für immer ein Bindemittel bleiben, welches seine Anhänglichkeit an die Stadt Glogau für Lebenszeit bestehen lasse. Um 9 Uhr begann in der festlich geschmückten Gymnasialkirche der Festgottesdienst, welchem der Minister, der Oberpräsident von Schlesien, Graf v. Arnim, und zahlreiche Festtheilnehmer beiwohnten. Die kirchliche Feier schloß mit dem Te deum. Gegen 10½ Uhr erschien der Minister in Begleitung des Oberpräsidenten Grafen v. **Arnim**, geführt von dem Lehrercollegium der Jubilarin, unter Leitung des Directors **Menge** im weißen Saale, um an dem Festredeact theilzunehmen. Der Saal war lange vor Erscheinen des hohen Gastes dicht gefüllt. Distinguirte Persönlichkeiten von Stadt und Land hatten sich eingefunden, die Generalität, die Spitzen der Behörden, Directoren auswärtiger Gymnasien und zahlreiche Damen und Herren. Den Festact eröffnete ein von den Schülern mit Orchesterbegleitung vorgetragener Choral. Hierauf bestieg Gymnasial-Director **Menge** den Katheder und ergriff das Wort, um dem Minister, dem Oberpräsidenten, den versammelten Gymnasial-Directoren und der Versammlung für die ehrende liebevolle Theilnahme für die Anstalt in beredten Worten zu danken. Hieran schließt Redner eine klare geschichtliche Darstellung der Entstehung und Entwickelung der Anstalt, ihre herben und glücklichen Geschicke bis auf die heutige Zeit. Die Reihe der Gratulanten eröffnet der Cultus-Minister: Ihm als dem Minister des Unterrichts komme es zu, die erste Gratulation darzubringen. Selten sei es einem Ressort-Minister vergönnt, einer so seltenen Feier beizuwohnen. Das vom Director entworfene Bild über die Vergangenheit der Anstalt, welche trotz sich entgegenenstellender bedeutender Hindernisse sich zu voller Blüthe entfaltet habe, sei eine Garantie für ihre glänzende Zukunft. Er wünsche, daß die Lehrer bestrebt seien, den freien Geist, die Humanität, die Liebe zu dem Vaterlande, die Grundlage ihres Strebens bilden zu lassen, dann sei ein segenbringender Erfolg gesichert. Die Schüler sollen mit Ernst und wahrer Hingebung ihre Ausbildung fördern. Er erinnere an die Spartaner. Bei den Spartanern wären Feste veranstaltet worden, bei denen Greise, Männer und Jünglinge zusammen Spiele aufgeführt hätten. Die Greise pflegten zu sagen: wir waren Männer! die Männer: wir sind Männer! und die Jünglinge: wir werden noch bessere Männer werden! An diesem Streben der spartanischen Jünglinge sollen sich die Schüler unserer Zeit ein Beispiel nehmen. Sie sollen darnach streben, tüchtigere Männer zu werden als die jetzigen. Denn wohin würden wir kommen, wenn unsere Nachfolger nicht tüchtiger wären als wir? Mit diesen Wünschen schloß der Minister seine interessante Rede. Provinzial-Schulrath **Dillenburger**, Commissarius des Provinzial-Schulcollegiums, bringt ebenfalls seine Wünsche dar und entledigt sich eines ihm von dem Minister ertheilten, ihn ehrenden Auftrages. Der Herr Minister freue sich, einzelnen Mitgliedern des Collegiums als Anerkennung ihrer Verdienste Auszeichnungen zu Theil werden lassen. Herrn Director **Menge** habe der Herr Minister die Gewogenheit gehabt, das Prädicat Professor zu verleihen, Herrn ordentlichen Lehrer Dr. **Scholz** das Prädicat Oberlehrer, beiden Herren überreicht der Commissar die Patente. Durch Vermittelung des Herrn Ministers habe Se. Majestät der Kaiser geruht, Herrn Dr. **Müller** den Kronenorden IV. Klasse zu verleihen, den er ihm überreiche. Es sprechen noch ihre Glückwünsche aus: Herr Oberbürgermeister **Martins** im Namen des Magistrats und der Commune, der Delegirte der hier erschienenen und vieler nicht eingetroffener Gymnasial-Directoren. Einzelne Gymnasien sandten schriftliche Glückwünsche und Festgedichte. Herr Director Dr. **Hasper** überreicht im Namen des evangelischen Gymnasiums eine Votivtafel. Der Vortrag eines Festliedes in lateinischer Sprache von dem Chor mit Orchesterbegleitung schließt den feierlichen Act.

---

† **Glogau**, 21. Mai. [Zum Jubiläum.] An dem Festdiner, welches im weißen Saale des Rathhauses stattfand, nahmen 200 Personen Theil. Die Tischmusik executirte die Kapelle des Pos. Infant.-Regts. Nr. 59. Auf einer Estrade hatten Platz genommen die Herren Minister Dr. **Falk**, Ober-Präsident Graf **Arnim**, Geh. Rath **Stauder**, Landrath v. **Jagwitz**, die Directoren **Wentzel** und **Menge**, bischöflicher Commissarius Erzpriester **Kurtz** aus Schlawa und Oberbürgermeister **Martins** von hier. Zuerst brachte Herr Director **Menge** den Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus. In den Ruf stimmten die Festgenossen jubelnd ein und die Musik intonirte die National-Hymne. Herr Erzpriester **Kurtz** aus Schlawa ließ die Jubelbraut leben. Herr Landrath v **Jagwitz** ergriff das Wort Nachdem man den Heldenkaiser und die Jubelbraut habe leben lassen, gebührt es wohl auch des Mannes zu gedenken, der gegenwärtig schwere Kämpfe, wenngleich nicht mit dem Eisen, sondern mit dem Geiste durchzukämpfen hat, um den Frieden wieder herzustellen und den Gesetzen Achtung zu verschaffen. **Falk** ist von hier aufgestiegen, und wir sind hoch erfreut, daß er wieder einmal zu uns gekommen ist. Der Ruf, „der Cultusminister lebe hoch!" electrisirte die ganze Gesellschaft, man jubelte in einem fort und der Jubel hätte kein Ende genommen, wenn der Herr Minister sich nicht erhoben hätte, um zu sprechen. Lautlose Stille trat ein. Der Herr Minister sagte: Das Ziel jeden Kampfes sei der Frieden, er könne die feste Versicherung geben, daß es der Regierung ernstlich um den Frieden zu thun sei. Er habe seit zwei Tagen hier manches erlebt, was in Bezug auf den Frieden gut Glück bedeute, sämmtliche Lehrer, die evangelischen und katholischen, haben vereint ihm eine Adresse überreicht, gestern Abend habe er bei hellleuchtenden Fackeln die beiden Gymnasien vereint gesehen, heute Morgen haben ihm Männer aller Confessionen einen Morgengruß gebracht, während der ganzen Dauer des Festes sei kein Mißton laut geworden — dies seien sehr gute Zeichen für den Frieden. Der Saal erinnere ihn auch an einen Kampf, den er zu bestehen gehabt habe. In diesem Saale habe er vor neun Jahren mit einem politischen Gegner behufs der Wahl zum Landtage gekämpft, an dem Kampfe war der Herr Landrath nicht ganz unbetheiligt, und auch dieser Kampf führte zum Frieden. Der Herr Minister erinnerte ferner, daß er in diesem Saale an zwei friedlichen Festen theilgenommen habe, an dem Jubiläum des Herrn Grafen v. Rittberg und an dem des hochverehrten Herrn Dr. Wentzel, der doch unbestritten ein Mann des Friedens sei Er habe große Hoffnung, daß es nicht mehr allzulange dauern wird und der Frieden wird da sein. Der Herr Minister versicherte mit gehobener Stimme, daß die Provinz Schlesien [ihm] ganz besonders am Herzen liege, er sei in Schlesien geboren und habe fast nur in Schlesien gelebt, deshalb rufe er: „Die Provinz Schlesien lebe hoch!" Auf dieses Hoch folgte aus allen Seiten des Hauses der Ruf: „Minister Falk hoch und abermals hoch!" Herr Oberbürgermeister Martins toastete in humoristischer Weise und unter großem Beifall auf den Herrn Oberpräsident und das Provinzial-Schulcollegium! Herr Graf Arnim antwortet, indem er seinen Dank aussprach für die hier gefundene Aufnahme und ließ die Stadt Glogau leben. Herr Rechtsanwalt Bellier die Pfleger der Geister des Alterthums, die beiden hiesigen Gymnasien, Herr Geheimer Rath Stauder die preußische und deutsche Armee, welche die Einheit erkämpft und schließlich bat Herr General-Lieutenant von Rauch ein stilles Glas auf das Andenken derjenigen Schüler beider Anstalten zu leeren, denen es vergönnt war, auf dem Felde der Ehre für König und Vaterland zu sterben und deren Namen, soweit sie das katholische Gymnasium betreffen, für alle Zeiten auf einer Marmortafel in der Aula des katholischen Gymnasiums eingravirt sind. Die Festgenossen hatten sich von ihren Plätzen erhoben und lautlos wurden die Gläser geleert. Somit waren die Toaste erledigt und nunmehr trat eine heitere, gemüthliche Stimmung ein, die bis zum Schlusse des Diners anhielt. Am Abend fand im Saale zu Friedensthal ein gemüthliches Zusammensein statt, an welchem nicht allein die alten, sondern auch die jungen Schüler theilnahmen: Es war wirklich ein erhebender Anblick, als viele katholische Schüler mit denen des evangelischen Gymnasiums, die sich zum Theil eingefunden hatten, Smollis tranken. Es war längst Mitternacht vorüber, ehe der Commers seine Endschaft fand. Der Herr Ober-Präsident Graf Arnim ist bereits gestern Abend mit dem letzten Zuge nach Breslau retournirt, der Herr Minister ist heute Vormittag 11 Uhr nach Berlin abgereist. Auf dem Bahnhofe hatten sich die Spitzen fast aller Civilbehörden und ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden, welche, als der abfahrende Zug sich in Bewegung setzte, dem Herrn Minister wiederholt „Lebewohl" zurief. Das Fest, welches nunmehr beendet ist, hat alle Festgenossen befriedigt und nach allen Seiten hin einen sehr guten Eindruck zurückgelassen. Das Fest wird bei Allen, die es mitgemacht, in angenehmer Erinnerung bleiben.

---

§ **Grünberg**, 21. Mai. [Stadtverordneten-Sitzung. — Schlesischer Forsttag. — Berichtigung. — Witterung.] Aus der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung ist zu erwähnen, daß nunmehr endlich die Nothwendigkeit anerkannt wurde, mit dem Erweiterungsbau des Mädchenschulhauses vorzugehen, zu dem die disponiblen Mittel bereit sind, da die 2. Mädchenklasse überfüllt ist und neue Klassenräume für eine Parallelklasse beschafft werden müssen. Das fortwährende Zögern in dieser Sache hat schon zu Uebelständen genug Veranlassung gegeben. Hoffentlich wird die Besprechung der Vorlage unseren Stadtverordneten Veranlassung werden, auf die Errichtung einer städtischen höheren Töchterschule zurückzukommen, welche die Bürgerschule entlasten würde. Allerdings haben die stets wachsenden Kosten der Realschule gerade in Schulsachen unsere Vertreter sehr sparsam gemacht, so daß auch einige beantragte Gehaltserhöhungen von Lehrern mit großer Majorität abgelehnt wurden. In derselben Sitzung wurde beschlossen, den Schlesischen Forstverein zur Abhaltung seiner Jahresversammlung auf seine Wahl hier nach Grünberg einzuladen. Unser Kreis ist, namentlich nach der Oder zu mit großen zusammenhängenden Wäldern bedeckt und hat einerseits unsere Stadt einen größeren Forstbesitz, andererseits stoßen die mächtigen Waldungen des Herzogs Dino, des Grafen Rothenburg und Fürsten Carolath fast unmittelbar an einander — Die von der „Berliner Börsenzeitung" aus in viele Zeitungen übergegangene Nachricht, daß der hiesige Platz durch das Vorkommen falscher Wechsel beunruhigt werde, hat sich als vollkommen falsch erwiesen, da diese „Calamität" nicht Grünberg, sondern Schwiebus betroffen hat und hier die bezeichneten Wechsel nicht cursiren. — Der neue Sommerfahrplan hat das ungünstige spätere Eintreffen unserer Berliner und Breslauer Postsachen trotz Petition an die Handelskammer und Befürwortung der Postdirection nicht geändert, indem dieselbe statt früher vor 9 Uhr erst zwischen 10 — 11 Uhr zur Ausgabe gelangen. Vornehmlich ist am Sonntag der Uebelstand sehr fühlbar, daß wir so alle Briefe und Zeitungen erst nach 5 Uhr erhalten. Die liebenswürdige Bereitwilligkeit des hiesigen Postdirectors Major von Frohreich und seiner Beamten, gern von 11—12 Uhr zu expediren, ist leider von der Oberpost-Direction nicht angenommen. — Die beiden letzten Nächte haben bei einer Temparatur von 2—3 Grad unter Null unseren Weinbergen manchen Schaden zugefügt, und sind namentlich die Niedergärten so betroffen, daß die Weinpreise um ca. 10 % in die Höhe gegangen sind.

Z. **Neumarkt**, 22. Mai. [Tageschronik] Zur Geburtstagsfeier des Herrn Generals v. **Kirchbach** zu Posen ist vom hiesigen Magistrat Namens der Stadt eine Glückwunsch-Adresse in sauberster Ausführung an denselben abgegangen, worin ihm die herzlichste Theilnahme der Einwohnerschaft der Stadt, deren Ehrenbürger er seit einigen Jahren ist, ausgedrückt ist. Ferner ist ihm von hiesiger Presse (A. S. Kolbe) ein von Bruno Rache verfaßtes Gedicht in Prachtdruck zugegangen. Die Büste des Herrn v. Kirchbach, der bekanntlich in unserer Stadt das Licht der Welt erblickt hat, wird jetzt auf unserer Promenade aufgestellt werden. Herr General von Kirchbach hat im verflossenen Winter an hiesige Stadt-Arme 1000 Mark geschenkweise vertheilen lassen und damit Vielen um die Weihnachtszeit eine große Freude bereitet. — Der letzte Frost hat unseren Kirschen und Kartoffeln arg mitgespielt, auch andere in der Entwickelung begriffene Pflanzen sind erfroren. Gestern früh hatten wir 1¼ Zoll starkes Eis aufzuweisen.

♋ **Hirschberg**, 21. Mai. [Wahlversammlungen. — Dr. med. Steudner †.] Die dritte der Versammlungen, in welchen in dieser Woche der von der liberalen Partei des Hirschberg-Schönauer Wahlkreises aufgestellte Reichstags-Wahl-Candidat, Dr. Georg v. Bunsen, seinen Wählern sich vorstellte, fand vorgestern im Hotel „zum preußischen Hofe" in **Schmiedeberg**, die vierte aber gestern im Rüffer'schen Gasthofe „zum Verein" in **Hermsdorf** u. K. statt. — In der gestrigen Versammlung zu Hermsdorf u. K. besprach Herr v. Bunsen unter wiederholtem lebhaften Beifall den Inhalt des Niendorf'schen Flugblattes Nr. 4 und demnächst die Thätigkeit des Reichstages in der nächsten Session, nach dessen Beendigung Kreisrichter **Rehorst** aus Hermsdorf das Wort ergriff, um einen kurzen Blick auf die **Agrarier** zu werfen. Dieselben seien, bemerkte Redner, aufgetaucht, man wisse nicht woher. Man wechsele doch nicht seine Ansichten, wie man eine Hemd wechselt; er finde aber unter den Agrariern des hiesigen Wahlkreises dieselben Namen, wie unter den Aufrufen in den Sechziger Jahren, woraus zu schließen sei, daß diese Herren ihre Flagge gewechselt, nachdem es mit der alten nicht mehr gegangen. (Bravo!) Früher seien Kreisrichter, wenn sie liberal stimmten, strafversetzt worden; wenn jetzt höchste Verwaltungsbeamte in Opposition treten, so kehre die liberale Partei nicht das Schwert gegen sie. Man fechte nicht mit denselben Mitteln, welche früher die Gegner gebrauchten (Bravo!); man möge aber auch sich nicht verblüffen lassen und glauben, die Agrarier des Kreises seien, weil höchste Verwaltungsbeamte zu Kreises zu ihnen zählen, die Regierungspartei. Er erinnere nur noch an die vorjährige Declaration der Kreuzzeitungs-Partei und erkläre: er **stimme für Herrn v. Bunsen**. (Bravo!) — Rechtsanwalt Aschenborn sprach hierauf dem Herrn Candidaten den Dank der Versammlung aus und votirte demselben ein Hoch, das durch Herrn v. Bunsen durch ein Hoch auf das **deutsche Vaterland** Erwiderung fand. — Gestern starb der Kgl. Kreisphysikus und Geh. Sanitätsrath Dr. med. **Steudner** hierselbst. Derselbe wird als einer der tüchtigsten Aerzte und als ein Ehrenmann im besten Sinne des Wortes hier und in weiteren Kreisen in gutem Andenken bleiben.

---

s. **Waldenburg**, 21. Mai. [Frost — Schule.] Der in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. eingetretene, von Schneefall begleitete Frost ist auf die Vegetation nicht ohne nachtheiligen Einfluß geblieben. Derselbe hat das saftige Grün vieler Bäume vernichtet, sowie auch der Baumblüthe erheblichen Schaden zugefügt. — Die Schulen in den Kirchspielen **Wüstegiersdorf** und **Wüstewaltersdorf**, sowie in der Gemeinde **Tannhausen** sind von dem hiesigen Schul-Inspectionsbezirk losgetrennt und zu dem Bezirk **Neurode** geschlagen worden, in welchem der frühere Seminarlehrer **Dorn** als Kreis-Schuleninspector angestellt ist.

---

§ **Striegau**, 21. Mai. [Bewilligung des Normaletats. — Buchhändler Hoffmann †.] Am vergangenen Sonnabend fand abermals eine Stadtverordnetenversammlung statt, um die in voriger Sitzung durch einen beklagenswerthen Zwischenfall unterbrochene Tagesordnung zu erledigen resp. über die von dem Cultusminister verlangte Einführung des Normal-Etats bei dem zu errichtenden Gymnasium und Zahlung der Wohnungsgeldzuschüsse an die Lehrer eine bindende Erklärung herbeizuführen. Vor Beginn der Discussion richtete der Vorsitzende an die Versammlung die Bitte, in dieser hochwichtigen Angelegenheit alle persönlichen Zwistigkeiten bei Seite zu lassen und nur die Sache im Auge zu behalten. Rector Dr. **Rößler** erklärte in Folge einer besonderen Anfrage Seitens des Vorsitzenden, daß er sich für berechtigt halte, an der Berathung und Beschlußfassung theilzunehmen, soweit dieselbe die Positionen des Normaletats (nachdem er übrigens schon seinen Gehalt bezieht) und die Wohnungsgeldzuschüsse für die übrigen Lehrer betrifft, bei Beschlußfassung über die ihm frei zu gewährende Dienstwohnung aber abtreten zu wollen. Die Discussion wurde numehr mit der Erklärung des Vorsitzenden eröffnet, den Stadtverordneten Rector Dr. R. zur Theilnahme an derselben zuzulassen, die **gefaßten Beschlüsse aber als vom Vorsitzenden und der sich diesem anschließenden dem Namen nach aufzuführenden Stadtverordneten als angefochten anzusehen, und diesen Protest in das Protokoll sowie im Fall eines Beschlusses in diesen selbst aufnehmen zu lassen.** Der vorgelegte Etat für ein einfaches Gymnasium mit 6 Klassen und drei Vorschulklassen balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 39,550 Mark. Den Einnahmen von ca. 26,000 M. ist eine Schulfrequenz von 250 Gymnasiasten und 80 Vorschülern zu Grunde gelegt. Demnach würde der jährliche Zuschuß aus der Communalkasse sich auf 13-—14,000 Mark belaufen. Während einige der Herren Stadtverordneten die Prästationsfähigkeit der Commune bezweifeln und nachzuweisen suchen, daß möglicherweise eine Erhöhung der Communalsteuer bis 50 pCt. nothwendig sein dürfte, giebt Rathsherr Lommel Namens des Magistrats in einem längeren Vortrage eine Darlegung der bisher in beregter Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen, dabei insbesondere hervorhebend, daß auch finanzielle Gründe für die Errichtung eines Gymnasiums statt einer Realschule I. Ordnung, wie von der Minorität vielfach gewünscht worden sei, maßgebend gewesen seien Die Finanzlage der Stadt dürfte zu der Zeit, da die heut geforderten Opfer voll geleistet werden müssen, in 4—5 Jahren die erforderlichen Mehrausgaben ohne Steuererhöhung gestatten. Von der Versammlung wurde nunmehr mit 12 gegen 11 Stimmen 1) die Prästationsfähigkeit der Commune, die erforderlichen Zuschüsse für ein Gymnasium zu leisten, anerkannt, 2) der Normal-Etat für Lehrerbesoldungen, Wohnungsgeldzuschüsse ꝛc. bewilligt und 3) dem Director freie Amtswohnung zugesichert. Damit ist diese Angelegenheit, die leider selbst in direct unbetheiligten Kreisen zu mannigfachen Mißhelligkeiten führte, endlich zur Erledigung gelangt. Uebrigens ist es Pflicht Ihres Berichterstatters, zu constatiren, daß diese letzten Verhandlungen im Allgemeinen maßvoll, sachlich und leidenschaftslos geführt wurden, und daß der in voriger Sitzung gestellte Antrag auf Ertheilung eines Mißtrauensvotum zurückgenommen wurde. Diese Erklärung hinterließ bei der Versammlung wie auch bei der abermals sehr zahlreich versammelten Zuhörerschaft einen höchst günstigen Eindruck. — In diesen Tagen verstarb im Brüderhause zu Breslau der auch in weiteren Kreisen bekannte Buchhändler Hoffmann von hier. Derselbe, auf einer Geschäftsreise begriffen, war in Hundsfeld von einem Schlaganfall betroffen und in die genannte Anstalt gebracht worden. H. bekleidete früher städtische Ehrenämter und fungirte mehrere Jahre als Stadtverordnetenvorsteher.

△ **Schweidnitz**, 20. Mai. [Wiedereinführung des Oberbürgermeisters Glubrecht.] Die auf heute Vormittag 11 Uhr zum Zwecke der Wiedereinführung des Oberbürgermeisters **Glubrecht** in sein Amt anberaumte öffentliche Sitzung der Stadverordneten eröffnete der Vorsitzende, Justizrath **Koch**, nachdem beide städtische Corporationen in pleno und mit ihnen der kgl. Commissarius, Regierungsrath **Eberhard** aus Breslau, im Sitzungssaale sich versammelt hatten. Der königl. Commissarius ergriff dann das Wort, indem er hervorhob, daß der Seitens des königl. Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ihm gewordene Auftrag um so ehrenvoller für ihn sei, als es gelte, einen um das Wohl der Commune Schweidnitz so wohl verdienten Beamten, dem durch die Wiederwahl eine so ersichtliche Anerkennung durch die Vertreter der Stadt zu Theil geworden, von Neuem in seinen Wirkungskreis einzuführen. Er vollzog den Act, indem er den Oberbürgermeister mit dem Hinweis auf den früher geleisteten Diensteid durch Handschlag von Neuem verpflichtete. Hierauf ergriff der Oberbürgermeister das Wort und dankte den Stadtverordneten für das Vertrauen, das sie durch seine Wiederwahl ausgesprochen; er gelobte seine Kräfte ferner bereitwillig und nach bestem Wissen der Commune widmen zu wollen. Im Verlaufe seiner Ansprache gedachte er der Schicksale unseres Vaterlandes und der Stadt Schweidnitz in den letzten Jahrzehnten. Der Vorsitzende, Justizrath **Koch**, begrüßte dann den Oberbürgermeister im Namen der Stadtverordneten-Versammlung und brachte ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König Wilhelm aus, der diese Wahl zu bestätigen geruht habe, worin die Anwesenden freudig einstimmten. An den officiellen Act der Einführung reihte sich ein Diner im Gasthofe „zur goldenen Krone", welches Nachmittags 2 Uhr seinen Anfang nahm. Mit dem heutigen Acte der Wiedereinführung des Oberbürgermeisters **Glubrecht** ist dessen dritte Wahlperiode in hiesiger Stadt inaugurirt worden.

A. **Neurode**, 21. Mai. [Zur Tageschronik.] Wie wir hören, ist in einer Commissionssitzung der Stadtverordneten beschlossen worden, einen tüchtigen Gastechniker hierher kommen zu lassen, um wegen der früher bereits zum Beschluß erhobenen Einrichtung von Gasbeleuchtung für unsere Stadt die erforderliche Rücksprache zu nehmen. — Gestern hat die rauhe Witterung, die uns noch am Freitag Schnee, Eiszäpfchen und zugefrorene Pfützen brachte, einen Umschwung zum Besseren erfahren, wir erfreuen uns eines prächtigen Sonnenscheins und wollen hoffen, daß er uns endlich den vollen, ungeschmälerten Frühling bringe.

---

r. **Neisse**, 22. Mai. [Altkatholisches.] In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen altkatholischen Vereins wurde Herr Caplan **Jaskowski** aus Breslau einstimmig als Pfarrer gewählt. Derselbe hat die Wahl vorläufig nur auf ein Jahr angenommen und wird zum 1. Juli d. J. seinen Wohnsitz hierher verlegen. — Als Abgeordneter zu der in der Pfingstwoche in Bonn abzuhaltenden Synode wurde einstimmig Herr Realschullehrer Rose gewählt. — In der Kreuzkirchen-Proceßangelegenheit ist die Nichtigkeitsbeschwerde des ehemaligen fürstbischöflichen Oberhospitals zurückgewiesen worden.

—r. **Namslau**, 21. Mai. [Lehrermangel.] Für die an der hiesigen evangelischen Stadtschule vacante letzte Lehrerstelle hat sich trotz wiederholter Ausschreibung bis heut ein Bewerber nicht gefunden, was um so mehr befremden muß, als mit derselben ein Minimal-Einkommen von 900 M. verbunden ist. Da sich das von der Königl. Regierung für solche Fälle empfohlene Auskunftsmittel (Anstellung einer Lehrerin) wegen der eigenartigen Schulverhältnisse am hiesigen Orte nicht anwenden läßt, so wird sich Magistrat genöthigt sehen, bei der Königl. Regierung dahin vorstellig zu werden, einen jungen Lehrer für die hiesige Stelle zu überweisen. Die an der hiesigen Schule wiederholt vorkommenden und dieselbe schwer schädigenden Vacanzen würden jedenfalls nicht eingetreten sein, wenn für die hiesige Schule statt dem von der Regierung angeordneten Stellensystem ein auf **Alterszulagen** begründeter Lehrerbesoldungsplan existirte.

---

tz. **Brieg**, 21. Mai. [Pferde-Diebstahl.] Während noch der in dem Böttcher Theuerling'schen Hause verübte freche Diebstahl die hiesige Sicherheitsbehörde beschäftigt, wird ihr schon wieder ein gleich dreister Raub gemeldet. Der Bauergutsbesitzer Bleier in Laugwitz im hiesigen Kreise schickte gestern seinen 19 Jahre alten Knecht, der bereits das zweite Jahr bei ihm diente, mit einem Gespann nach Olbendorf bei Grottkau, wo er Ziegeln holen sollte. Der getreue Knecht zog es jedoch vor, gar nicht nach Olbendorf, sondern über Grottkau einfach davon zu fahren. Es ist wahrscheinlich, daß er über Neisse die Grenze zu erreichen gesucht hat. Die Pferde sind Blauschimmel-Wallachen, große, edle Thiere, im Werthe von 5- bis 600 Thalern, 5 und 6 Jahre alt.

= **Aus dem Kreise Oppeln**, 22. Mai. [Zur Schule.] Der diesjährige dreiwöchentliche methodologische Cursus im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Peiskretscham vom 23. April bis zum 13. Mai, zu welchem aus dem Regierungsbezirk Oppeln 15 Lehrer einberufen waren, hat trotz der kurzen Dauer durch sehr faßlich und übersichtlich vorgetragenen neuen Methodengang über alle eine Elementarschule betreffenden Lehrgegenstände, mit Rücksicht der zu erlangenden deutschen Sprachfertigkeit bei Kindern polnischer Zunge, einen recht erfolgreichen Verlauf genommen. Es wurden auch von den betreffenden Herren Fach- und Uebungslehrern in der Seminar-Uebungsschule den Zöglingen Mustervorträge gehalten, welche dann von letzteren unter Aufsicht und strenger Kritik, auf Grund jedesmaliger mustergiltig ausgearbeiteter schriftlicher Dispositionen, fleißig versucht und geübt wurden.

⊙ **Rosenberg OS.**, 20. Mai. [Am hiesigen königlichen Schullehrer-Seminar,] das im Jahre 1873 gegründet, fand den 15., 16. und 17. d. M. die erste Entlassungsprüfung statt. Von den 15 Prüflingen erhielten sämmtliche, bis auf einen, das Zeugniß der Reife; zwei derselben wurden auf Grund ihrer gut und zum Theil sehr gut ausgefallenen schriftlichen Arbeiten vom Examen im Rechnen, in der Geometrie, Geographie, Geschichte und Naturkunde und zwei andere aus demselben Grunde von dem in der Geographie, Geschichte und Naturkunde dispensirt. Zur dauernden Erinnerung an die Lehrer und an die Anstalt haben die geprüften und bereits entlassenen Zöglinge ihrem Anstaltsdirector Dr. Weiß ein mit prachtvoller Rahme eingefaßtes und sämmtliche Prüflinge darstellendes Gruppenbild überreicht. Am 18. und 19. d. fand die Aufnahmeprüfung statt. Zu dieser hatten sich außer den in der hiesigen königlichen Präparandie vorbereiteten Aspiranten noch vier auswärtige gemeldet. Von letzteren wurde einer wegen mangelhafter Vorbildung zurückgestellt, so daß im Ganzen nur 17 in den Untercursus des Seminars aufgenommen wurden. Bei der heute stattgehabten schriftlichen und mündlichen Aufnahmeprüfung für die hiesige königliche Präparandenanstalt konnten von 13 Angemeldeten nur 10 als einigermaßen genügend vorbereitet aufgenommen werden, freilich keine große Anzahl.

⊙ **Beuthen O.-S.**, 20. Mai. [Zur Tageschronik.] Polizeiliche Ermittelungen haben in diesen Tagen zur Entdeckung und Verhaftung einer aus mehreren Personen bestehenden Diebesgesellschaft geführt, welche sich anscheinend seit längerer Zeit die Spezialthätigkeit des Pferdestehlens angelegen sein ließ. Die Sache erregt um so größeres Aufsehen, als sich unter den Ermittelten zwei Bauern aus dem Dorfe Deutsch-Piekar befinden, deren Vermögen auf 20 bis 30 und mehr tausend Thaler geschätzt wird, und von denen der Eine gegenwärtig Gerichtsmann der Dorfgemeinde ist, während der Andere früher das Scholzenamt dasebst bekleidete. Letzterer hat erst vor einiger Zeit sein Besitzthum in Deutsch-Piekar verkauft, um sich anderweit ein größeres Gut anzuschaffen. Es führten zu diesen Entdeckungen die Recherchen über den in der Nacht vom 25. zum 26. Januar cr. in der Stallung der ehemals Isaac'schen Brauerei hierselbst stattgefundenen Pferde-Diebstahl, bei welchem einem galizischen Gutsbesitzer von sechs zum Gleiwitzer Pferdemarkt entsendeten Pferden, ein Paar und zwar die werthvollsten, gestohlen wurden. Selbst die zur Ermittlung der Diebe ausgesetzten Belohnungen hatten bisher keinen Erfolg, was freilich nicht zu verwundern ist, wenn sich die Manie des Stehlens bis in solche Kreise erstreckt. Da der Bauer R. aus Piekar bei seiner Verhaftung zu entfliehen versuchte, so wurde derselbe am Freitag gebunden in das Gefängniß hier eingebracht.

O **Kattowitz**, 21. Mai. [Mädchen-Seminar. — Pastor-Wahl.] An der hiesigen höheren Töchterschule ist unter Direction des Herrn Dr. Mensch eine Seminarklasse für Ausbildung von Lehrerinnen mit 8 Schülern am 1. d. Mts. eröffnet worden. Außer der Industrielehrerin und den Religionslehrern unterrichten an dieser Klasse 3 wissenschaftliche und 2 technische Lehrer. — Heut wurde für die evangel. Gemeinde ein neuer Pastor gewählt.

Von 174 erschienenen Wählern stimmten 155 für Herrn Vicar Kralik, der seit 1. Februar d. J. das vacante Amt hier verwaltete, 18 für Herrn Vicar Suchner, 1 Stimme war ungiltig. Somit ist Herr Kralik, der sich in der hiesigen Gemeinde schon großes Vertrauen erworben, zu deren Seelsorger mit großer Majorität erwählt worden. Herr Vicar Kowalla aus Brieg hatte seine Candidatur zurückgezogen.

Handel, Industrie 2c.

4 **Breslau**, 22. Mai. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte in ziemlich fester Haltung bei höheren Coursen für Speculationswerthe. In Creditactien war mäßiges Geschäft, dieselben stellen sich 3 M. über den Cours vom Sonnabend. Lombarden gleichfalls 3 M., Franzosen 1 M. höher. — Von einheimischen Werthen waren Laurahütte belebt und 1½ pCt. besser. Banken und Bahnen recht fest, aber still. Fonds gefragt. Valuten wenig verändert.

F. **Wien**, 19. Mai. [Wochenbericht.] Die Berliner Conferenzen sind beendet, ohne die Gewißheit gegeben zu haben, daß die Orientfrage auf friedlichem Wege ihre Lösung finden wird. Dies wollen wir gleichsam als Motto unseres diesmaligen Wochenberichtes voranschicken, weil die Bewegungen, welche wir auf dem Effectenmarkte zu registriren haben, ausschließlich hierin ihre Begründung finden. Alle anderen Fragen treten dagegen in den Hintergrund, da die Politik momentan die Situation beherrscht. Man braucht aber gar nicht einmal Pessimist zu sein, wenn man die Zukunft in dieser Beziehung nicht gerade rosig ansieht. Die Zustände auf der Balcan-Halbinsel sind, wie aus den Berichten von dort leicht zu schließen ist, derartig, daß mit Reformvorschlägen oder ähnlichen schön klingenden Worten wenig ausgerichtet sein dürfte.

Dann bliebe also nur ein thatkräftiges Einschreiten der Mächte übrig, wobei der Gedanke als einziger Trost bleibt, daß das Vorgehen Dank des Dreikaiser-Bündnisses ein gemeinsames sein wird. Dies hat auch wieder neuerdings durch den Inhalt der Rede, welche unser Monarch gelegentlich des Empfanges der Delegationen gesprochen hat, seine Bestätigung gefunden.

Aber trotzdem war eine Erholung der Course nicht möglich und das Gefühl der Unbehaglichkeit ist nicht zu bannen, obwohl ja die sonstigen Verhältnisse sich nicht gerade ungünstig gestalten. Die Berichte aus Ungarn über die bevorstehende Ernte sind recht erfreulich, die Einnahmen der Eisenbahnen nicht schlecht und Geld sowohl an den deutschen, als auch an den auswärtigen Plätzen ungemein abundant. Auch sind die großen Verkäufe des Auslandes von österreichischen Effecten sistirt worden und scheint draußen doch eine etwas ruhigere Auffassung für hiesige Bestände Platz gegriffen zu haben. Sodann ist der Medio in der Waaren-Branche seit langer Zeit wieder einmal glatt verlaufen, wozu die nun schon mehr geregelten Credit-Verhältnisse das ihrige beitragen. Wir müßten eben, wie schon gesagt, nur in politischer Beziehung Nichts zu fürchten haben und ein kleiner Aufschwung wäre immerhin leicht möglich.

Ein sehr lebhaftes Interesse bekundet sich bei den bevorstehenden Verhandlungen der Bankfrage. Von allen Puncten des Ausgleichs hat wohl keine einzige Abmachung so ungünstig berührt, als die bezüglich der Bank und sollte die Lösung wirklich so zu Stande kommen, wie man es zwischen den Ministern der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie vereinbart hat, so wäre dieselbe für Cisleithanien keine günstige. Natürlich werden in erster Reihe davon die Actionäre der Nationalbank betroffen und diese, für die Zukunft beunruhigt, werfen ihren Besitz theilweise an den Markt, wodurch der Cours der Actien inzwischen bis 835 gedrückt wurde. Die Gefahr für die Actionäre besteht nämlich einmal darin, daß entsprechend den Abmachungen in den Ausschuß auch ungarische Vertrauensmänner gewählt werden sollen, wodurch offenbar ein Dualismus in der Direction hergestellt wird. Zweitens wird der zukünftigen Nationalbank die Verpflichtung auferlegt, 30 Procent ihrer jeweiligen Notenemission der ungarischen Bankanstalt zur Verfügung zu stellen, d. h. 10 Procent mehr als Transleithanien in Zeiten des größten Geschäftsaufschwunges nöthig hatte. Mit einem Worte, man fürchtet daß die soliden Principien der Bank unter diesen Abmachungen nicht mehr so streng durchführbar wären als bisher und man hat damit entschieden nicht ganz Unrecht. Daher ist die Annahme, daß man die Liquidirung der jetzigen Nationalbank vorziehen wird, gar nicht unwahrscheinlich, um so mehr, da sich der Werth einer Actie nach ungefährer Berechnung und nach den Daten der letzten Bilanz auf 800 circa stellte.

Höchst überraschend war an der Donnerstag-Börse die Nachricht, daß die Fusion der Unionbank mit der Handelsbank eine im Schooße der beiderseitigen Verwaltungsräthe schon beschlossene Sache sei. Unsere Leser werden sich vielleicht erinnern, daß wir vor einiger Zeit die Mittheilung brachten, die Actien der Handelsbank würden unaufhörlich von einer Firma gekauft, welche durch das professionsmäßig getriebene Geschäft des Liquidirens eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Dies behält auch seine Richtigkeit; allein diesmal ist jenen Herren ihr Plan nicht völlig geglückt, sondern man ist ihnen mit dem erwähnten Fusions-Project zuvorgekommen, welches viel eher im Interesse des Handels Wiens liegt und das wir daher mit Freuden begrüßen. Alle sonstigen Details fehlen zur Stunde noch und behalten wir uns vor, in einem späteren Bericht noch einmal darauf zurückzukommen.

Sonst giebt es auf dem Bankenmarkte wenig Vorfälle von Bedeutung. Die Tendenz bleibt auf diesem Gebiete eine wenig feste, die Umsätze beschränken sich auf ein Minimum. So wie die Geschäfte jetzt gehen, wird es für alle großen Banken schwer sein, in diesem Jahre ein irgendwie befriedigendes Resultat herauszuwirthschaften, da die großen, sogenannten guten Geschäfte von Tage zu Tage seltener werden und durch das reine Commissionsgeschäft allein unmöglich die genügende Verzinsung eines bedeutenden Capitals bewerkstelligt werden kann. Auch wünschen viel Banken vorläufig gar nicht, sich neue Engagements auf den Hals zu laden, sondern beschränken sich vielmehr darauf, die alten zu lösen und ihre Kräfte erst wieder zu sammeln. Für die Speculation ist dies aber natürlich wenig anregend und deshalb sind wir geneigt, eher noch an weitere Concursrückgänge auf diesem Gebiete zu glauben. Credit-Actien variirten zwischen 132 und 136, Ungarische Credit zwischen 118 und 124, Anglobank-Actien zwischen 60 und 65 2c. Für diese Bank ist es entschieden als ein Glück zu betrachten, daß die letzte General-Versammlung den Beschluß des Verwaltungsrathes, 3 Gulden Dividende aus dem Reservefond zu zahlen, verworfen hat.

Auf dem Eisenbahnactien- und Prioritäten-Markt macht sich eine entschieden bessere Stimmung geltend, nachdem, wie wir schon Eingangs zu erwähnen Gelegenheit hatten, das Angebot ausländischer Waare nachgelassen hat. Wir wollen damit nicht etwa behaupten, daß sich im Auslande die Aversion gegen österreichische Effecten schon gelegt hätte. Aber dies Cours-Niveau war in der letzten Zeit ein zu niedriges, als daß es den ruhig denkenden Besitzer veranlassen konnte, seinen Besitz zu diesem Preise loszuschlagen. Die kleine Stagnation ist aber immerhin schon angenehm und hat zur Befestigung dieses Gebietes nicht unwesentlich beigetragen.

Eine Sonderstellung nahmen nur Lombarden ein, welche einen abermaligen bedeutenden Courssturz erfuhren. Wir hatten es vorausgesagt und bedauern auf das Lebhafteste, in dieser Beziehung mit Ihrem geschätzten Correspondenten der Berliner Wochenberichte gerade entgegengesetzter Ansicht sein zu müssen, während wir bei anderen Gelegenheiten mit ihm stets den gleichen Standpunkt vertreten haben. Unserer Meinung nach gilt die Verwerfung der Baseler Convention durch die italienischen Kammern eigentlich nur als ein äußeres Motiv. In Wahrheit beruht der Coursrückgang in der Erkenntniß, daß die Gesellschaft niemals mehr im Stande sein wird, ihren Actionären eine entsprechende Verzinsung zu bieten. Deshalb treten Capitalisten als Verkäufer auf und diese effective Waare drückt den Cours. Einem hiesigen bedeutenden Finanzblatt entnehmen wir dabei folgende Aeußerung: „Wer Südbahnactien kauft, giebt sein Geld für eine Phantasie aus, die beim hellen Schein des Tageslichtes in Nichts zerfließen muß. Es ist bedauerlich, daß so viele Actionäre noch immer aus purer Gewohnheit an einem so precären Besitz festhalten."

Die General-Versammlung der Staatsbahn-Gesellschaft hat am 18. d. M. stattgefunden und genehmigte dieselbe den Antrag des Verwaltungsrathes, eine Superdividende von Frcs. 7, 50 oder eine Gesammtdividende von Frcs. 32, 50 zu zahlen. Demgemäß gelangt der Juli-Coupon mit Frcs. 12, 50 zur Einlösung. Auf weitere Details einzugehen, gestattet uns heute der für uns begrenzte Raum nicht.

Devisen und Valuten blieben am Schlusse der Woche niedriger offerirt; es ist dies immerhin als ein günstiges Zeichen anzusehen. Es notiren: Napoleons 954, Markscheine 59.

Breslau, 22. Mai. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) unverändert, gek. 2000 Ctr., pr. Mai 159 Mark Br., Mai-Juni 156 Mark Br., Juni-Juli 155 Mark bezahlt, Juli-August 156 Mark bezahlt, September-October 157 Mark bezahlt u. Gd.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gek. — — Ctr., pr. lauf. Monat und Mai-Juni-Juli 204 Mark Gd., September-October —.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat — Mark Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat 177 Mark bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli —, September-October — Mark Gd.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat 280 Mark Br.

Rüböl (pr. 100 Kilogr.) geschäftslos, gek. — Ctr., loco 67 Mark Br., pr. Mai 65 Mark Br., Mai-Juni 65 Mark Br., September-October 62,50 Br.

Spiritus wenig verändert, gek. 10,000 Liter, loco pr. 100 Liter à 100 % 48,50 Mark bezahlt und Br., 47,50 Mark Gd., pr. Mai 48,30 Mark bezahlt, Mai-Juni 48,30 Mark bezahlt, Juni-Juli 48,30 Mark Gd, Juli-August 48,50 Mark bezahlt, August-September 49,50 Mark bezahlt u. Br., September-October 50—49,80 Mark bezahlt.

Spiritus loco (pr. 100 Quart bei 80 %) 44,43 Mark Br., 43 51 Gd.

Zink —.

Die Börsen-Commission.

F. E. **Breslau**, 22. Mai. [Colonialwaaren-Wochenbericht.] Der Erwartung gemäß ist die am 19. d. M. in Holland abgehaltene Kaffee-Auction bezüglich der besseren und besten Javasorten in Folge mangelhaften Vorhandenseins sehr gut verlaufen und haben feinschmeckende Kaffee's den Taxwerth wesentlich überschritten, welcher Umstand derartigen Kaffee's auch bei uns verstärkte Frage zuführte und obwohl ein lebhaftes Geschäft nicht zu berichten ist, macht sich jedenfalls wieder allgemein bessere Meinung für den Artikel geltend, weil in der Regel der holländische Markt auch die anderen Kaffeeplätze nicht ganz unbeeinflußt läßt.

Der Zuckerhandel war sowohl in Broden wie in gemahlener Waare ziemlich belebt, die Preise haben sich durchweg gut behauptet und sind diesmal hauptsächlich mittlere Sorten von weißen Farinen viel gefragt gewesen und was von diesen zu begeben war, in ansehnlichen Quanten zu vorwöchentlicher Notiz schlank genommen worden. Gelbe Farine waren mehr begehrt, als solche momentan am Platze sind.

Heringe blieben auch in vergangener Woche gefragt und dürfte sich bei dem knappen Vorrath derselben der an sich schon sehr hohe Preis wohl immerhin noch um etwas erhöhen.

∞ **Breslau**, 22. Mai. [Submission von Materialabgängen und alten Locomotiven.] Die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn hatte zum Verkauf der in den Werkstätten zu Breslau, Ratibor, Glogau und Stargard in großen Mengen angesammelten Materialabgänge, wie Schmiede-, Schmelz-, Gußeisen u. s. w., sowie von 10 ausrangirten Locomotiven einen Submissionstermin auf heute angesetzt. Trotz der so außergewöhnlich ungünstigen Conjunctur für diese Artikel waren doch 21 Offerten eingegangen. Die abgegebenen Preise dagegen stellten sich sehr niedrig. — Wir können hier nur die Meistgebote auf einige der wichtigsten Artikel anführen. Das höchste Gebot für Schmiedeeisen machte Ignatz Rosenthal hier mit 7,60 Mark pro 100 Kilogramm, für Schmelzeisen S. Goldstein hier mit 6,60 Mark pro 100 Kilogramm, dieselbe Firma für Gußeisen, das in Breslau lagert, mit 6,50 Mark, während für das in Glogau lagernde von S. Striemer dort 6,51 Mark geboten wurden. Für die in Stargard befindlichen schmiedeeisernen Radreifen hatte Max Bärmann in Stettin mit 7,22 Mark, für die in Breslau lagernden Kaufmann & Goldstein in Bromberg mit 7,04 Mark pro 100 Kilogramm das höchste Gebot abgegeben. Für in Breslau befindliche schmiedeeiserne Drehspähne boten am meisten Schweizer & Feibelsohn in Breslau mit 5,30 Mark, für die in Stargard lagernden Max Bärmann in Stettin mit 3,25 Mark. Das höchste Gebot für eine der ausgebotenen Locomotiven machten Schweitzer & Co. in Berlin mit 4800 Mark für die Güterzuglocomotive Nr. 50.

*** **Stettin**, 20. Mai. [Marktbericht.] In den letzten acht Tagen war das Waarengeschäft am hiesigen Platze stille, nennenswerthe Umsätze fanden nur in Heringen und Petroleum statt; der Abzug blieb im Allgemeinen ziemlich befriedigend.

Petroleum. Die Berichte von Amerika lauten günstig. Man behauptet, daß die Production daselbst, obgleich man mit dem Erforschen verschiedener neuer Brunnen beschäftigt ist, fortwährend abnehme. Newyork notirte am 18. cr. 14¼ Ctr., Philadelphia 14⅛ Ctr. Hier war die Stimmung fest und da besonders spätere Termine mehr Beachtung fanden, mußten höhere Preise angelegt werden.

Kaffee. Der Import betrug 2413 Ctr., der Abgang vom Transitolager 1579 Ctr. Am 17. Mai fand die holländische Auction über 75,022 Ballen Java 2c. in Rotterdam statt. Die Menados wurden theurer bezahlt, 2—4 C. über Taxe. Die gelben, blanken und grünen Gattungen liefen etwas über und zur Taxe, die unrein schmeckenden ca. ½ C. unter Taxe. Diese Auction scheint für den Artikel eine günstige Stimmung hervorzurufen, an allen Hauptmärkten macht sich ein angenehmer Ton bemerkbar, es haben auch größere Umsätze auf Meinung stattgefunden. An unserem Platze zeigt sich ebenfalls etwas Kauflust für die Auction-Kaffees, doch waren die Muster mit der heutigen Mittagspost noch ausgeblieben. Der Markt schließt fest. Notirungen: Ceylon 118 bis 122 Pf., Java, braun 138 bis 140 Pf., gelb bis fein gelb 115 bis 120 Pf., blank 105—112 Pf., grün 100 bis 102 Pf., Cochin und Tellisherry 100—105 Pf., Rio, gut ordinär 88 bis 93 Pf., reell ordinär 82—86 Pf., ordin. bis gering ordinär 80—78 Pf. transito.

Reis. Das Geschäft war sehr stille und beschränkte sich nur auf den nothwendigsten Bedarf. Wir notiren: Java Tafel- 29—31 Mark, Rangoon 12—14 M., do. Tafel- 16—18 M., Arracan 12—14 M., do. Vorlauf- und Tafel- 16—17 M., Bruchreis 10 bis 11 M. transito.

Hering. Bei den geringen Beständen von Schotten, die wir schon in unserem letzten Berichte erwähnten, hat sich der Markt dafür, trotzdem das Geschäft in Folge der rapiden Steigerung verflossener Woche nicht so lebhaft war, fest behauptet und mußten für Bedarf die vollen, letzt bezahlten Preise von 48,50 M. tr. für Fullbrand, 32,50 M. tr. für Matties angelegt werden, dazu bleibt wohl noch erlassen, während jede auftauchende lebhaftere Frage Preise voraussichtlich noch steigern kann. Von Norwegen wurden 1868 To. Fetthering importirt, die Frage hiernach hat sich in Folge der kleinen Läger von Schotten erheblich gebessert und sind Preise fester, die eingetroffenen Partien fanden schlank Käufer und es wurde für Kaufmanns- 34—37,75 M., groß mittel 25—26,50 M. und mittel 23—24 M. tr. bezahlt, Küsten-Hering, Bornholmer 30 M. tr. gef., Pommerscher 2 Adler 12 M. zu notiren.

Sardellen. Der neue Fang in Holland, schon von Anfang an sehr unregelmäßig, läßt sich neuerdings entschieden ungünstig an und sind Preise in Holland demzufolge um 1—2 fl. gestiegen, Preise 1875er 44 M. bez., 1874er 52 M. gef., 1873er 66 M. gefordert.

Nürnberg, 18. Mai. [Hopfenbericht.] Vom Markte ist nicht viel zu berichten; der gestrige Verkehr beziffert blos 100 Ballen, von welchen die größte Partie derselben, 30 Ballen, zu 50—58 M. Erwähnung verdient; alle anderen Abschlüsse bestanden aus kleineren Posten, welche meistens 50 bis 60 M., in selteneren Fällen 60—70 M. nachweisen. — Der heutige Markt ist Vormittag sehr ruhig gewesen, die wenigen Abschlüsse summiren kaum 60 Ballen.

Trautenau, 22. Mai. [Garnmarkt.] Käufer wie Verkäufer abwartend, Preise unverändert. (Telegr. Depesche der Bresl. Ztg)

* **Breslau**, 21. Mai. [Donnersmarkhütte.] In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrathes der Donnersmarkhütte wurde Seitens des Vorstandes die Bilanz des Geschäftsjahres 1875 vorgelegt, nach welcher sich ein Jahresüberschuß von 117,112 M. 45 Pf. ergiebt. Der Graf Henckel hat sich bereit erklärt, die von ihm behufs seiner Garantie zu zahlende Summe von 974,598 M. 75 Pf. bei der Gesellschaftskasse einzuzahlen.

Der Aufsichtsrath beschloß, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 3 pCt. vorzuschlagen und gleichzeitig die Ermächtigung einzuholen, für den Geldbetrag von 600,000 M. Actien zum Zwecke der Amortisation anzukaufen. — Hierdurch dürften sich die anderweit verbreiteten Gerüchte, als mit den Thatsachen im Widerspruch stehend, widerlegen.

⊙ **Paris**, 20. Mai. [Börsen-Woche.] Die Physiognomie des Marktes hat sich in dieser Woche nur wenig geändert. Wir constatirten schon vor acht Tagen, daß die Haussetendenz der Rente zum Stillstand gekommen. Auf dem Rentenmarkt blieben die Umsätze beschränkt; Hausse- und Baissespeculanten zögern sich in größere Geschäfte einzulassen, so lange die europäische Lage nicht einen entschiedeneren Charakter angenommen hat. Vielleicht würden die Baissiers entschiedener in's Zeug gehen, wenn ihnen die Geldabundanz nicht hindernd in den Weg träte. Im Ganzen bleiben also die Rentencourse und die Course der Effecten, welche nicht spezieller durch die orientalischen Verwickelungen oder sonst specielle Gründe berührt werden, ziemlich fest. Die inneren politischen Zustände sind sehr befriedigend; die Ernennung de Marcere's zum Minister und die letzten parlamentarischen Vorgänge haben einen guten Eindruck auf die Börse gemacht. Dagegen dauert das Mißtrauen in Betreff der exotischen Werthe fort. Die egyptischen Fonds leiden ebensowohl unter der Unsicherheit der Finanzverhältnisse in Egypten, welche Unsicherheit durch alle bisherigen Decrete und Reformprojecte nicht vollständig gehoben, als unter der Baisse des Credit foncier, die auch heute noch neue Fortschritte gemacht hat. Französische und spanische Bahnen waren fest, Oesterreicher und Lombarden schließen abermals en baisse.

[Denkschrift.] Die Verwaltungen von 32 Norddeutschen Bahnen (nur eine Süddeutsche Bahn, die Main-Neckar-Bahn, befindet sich unter ihnen) haben sich mit einer Denkschrift an den Handelsminister gewendet, in welcher sie die aus dem Nebeneinanderbestehen des Elsaß-Lothringischen und des Classifications-Tarifsystems hervorgegangenen Mißstände beleuchten. Die Denkschrift kommt schließlich zu dem Antrag: es möge die Erstellung neuer Tarife an Stelle der jetzt nach dem Elsaß-Lothringischen System bestehenden und gekündigten in der Art genehmigt werden, daß die neuen Tarife durch Combinirung der nördlich von Frankfurt a. M. bestehenden Classificationstarife event. von Tarifen nach dem Braunschweig-Baierischen System mit den südlich von Frankfurt a. M. vorhandenen Tarifen nach dem Elsaß-Lothringischen System gebildet werden dürfen.

Concurs-Eröffnungen.

Ueber das Vermögen 1) des Webwaarenfabrikbesitzers Theodor Emil Hösel, in Firma Louis Hösel, in Chemnitz und 2) des Destillationsgeschäftsinhabers Johann Gottfried Heinrich Gey, in Firma Heinrich Gey, in Chemnitz. Erster Termin: ad 1) 29. Juni c., ad 2) 7. Juli c. — Ueber den Nachlaß des zu Dortmund verstorbenen Kaufmanns Heinrich Bergbauer. Zahlungseinstellung: 12. Juni a. p. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann Eduard Adriani. Erster Termin: 29. Mai c. — Ueber das Vermögen des Kaufmanns Moritz Michaelis zu Massow. Zahlungseinstellung: 1. Januar c. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann Isaack Ascher zu Naugard. Erster Termin: 30. Mai c. — Ueber das Vermögen der Mehltheuer-Weidaer Eisenbahn-Gesellschaft in Plauen. Erster Termin: 5. Juli c.

Verloosungen.

Schlesische Rentenbriefe. Ziehung vom 20. Mai. Auszahlung ab 1. October c.

Lit. A. Nr. 85 139 169 260 317 426 585 702 891 1116 549 574 684 2322 609 3222 475 480 540 893 4086 181 489 5221 847 861 888 6049 322 398 473 813 868 995 7067 216 307 323 336 424 431 535 772 847 8026 045 373 544 618 924 939 9014 457 563 10108 119 292 466 868 978 999 11176 314 550 582 824 858 879 921 954 12703 830 955 13047 096 144 263 858 14019 047 514 764 769 868 958 15102 348 696 731 875 881 948 16611 987 17029 135 193 205 211 725 18108 181 446 678 845 911 986 19072 237 516 589 615 908 20488 850 927 21134 265 339 793 22153 186 201 248 515 564 581 638 720 9 3 974 23051 249 266 364 548 562 766 973 24060 080 376 527 741 951 25349 510 583 645 703 830 905 26036 115 129 338 670 801 946 27018 200 à **3000 M.**

Lit. B. Nr. 165 312 391 483 761 881 1048 1199 546 842 864 893 977 2043 494 504 631 707 729 741 3520 580 621 776 4155 288 393 5032 194 231 432 569 591 850 6023 054 252 415 576 à **1500 M.**

Lit. C. Nr. 90 161 263 328 462 524 591 667 1019 51 265 630 697 729 884 898 2185 278 704 852 919 3046 126 139 180 279 725 761 4014 31 86 246 590 913 5122 200 221 304 443 496 645 971 6131 174 746 781 811 958 979 7220 408 831 964 8294 323 528 757 9029 112 123 308 396 548 642 10173 256 265 408 953 11168 258 284 774 780 12484 495 999 13084 193 712 767 846 858 873 901 14000 9 89 93 207 559 624 738 15201 220 477 518 740 757 935 970 16249 391 404 533 772 898 17146 201 759 922 959 18265 359 676 748 19084 140 159 223 469 481 651 20132 355 895 959 21187 360 549 899 925 22146 282 309 764 796 941 23197 à **300 M.**

Lit. D. 644 754 772 1363 620 2049 57 161 472 503 707 761 807 923 937 3207 490 4202 323 398 411 467 579 901 5056 181 304 327 609 826 853 947 6442 555 968 7184 314 456 522 561 676 879 8122 130 490 538 570 691 786 923 9279 445 10101 210 426 11035 39 277 528 568 876 12016 168 217 382 528 980 13109 355 358 481 559 629 782 14032 63 67 106 141 206 312 350 406 653 745 15166 307 326 736 987 16092 161 197 537 585 620 688 882 17091 204 252 335 512 516 538 841 18048 84 121 150 230 à **75 M.**

Ausweise.

Wien, 22. Mai. [Staatsbahn.] Einnahmen 532,914 fl., Plus 22,661 fl.

Vorträge und Vereine.

H. **Breslau**, 22. Mai. [Kindergarten-Verein.] In der am 20. d. im Locale Kindergarten I (Breitestraße 25) abgehaltenen Generalversammlung des Vereins gab der Vorsitzende, Herr Dr. Rhode, im Anschluß an den von der Schriftführerin des Vereins Frau Dr. Asch, verfaßten, alle Verhältnisse des Vereins mit Umsicht und voll warmem Interesse für die Sache der Kindergärten besprechenden Jahresbericht eine Uebersicht der Vereinsangelegenheiten während des abgelaufenen Jahres. Darnach befindet sich der Verein nicht nur in stetig fortdauernder und umfassender Wirksamkeit, sondern seine Anstalten und Institutionen sind auch in einer erfreulichen Fortentwickelung begriffen. In den 12 von dem Verein geleiteten Kindergärten fanden im Jahre 1874 1077, im Jahre 1875 aber 1127 Kinder Aufnahme, davon 112 in Freistellen, 95 unter Ermäßigung des Honorars, welches monatlich 1 M. bis 3 M. beträgt. Die Monate Mai bis incl. September zeigen die größte, Januar und Februar die geringste Frequenz der Kindergärten.

Die Kindergärten befinden sich gegenwärtig: I Breitestraße 25, II Tauenzienstraße 30, III Berlinerstraße 30, IV Klosterstraße 56, V Berlinerplatz 1b, VI Gartenstraße 19, VII Matthiasstraße 31, VIII Gellhorngasse 17, IX Café Restaurant, X Sternstraße 6, XI Taschenstraße 20, XII Matthiaskunst. Die Kindergärten III, IV, VII, VIII und X sind solche mit niedrigerem Honorar.

Auch in den letzten zwei Jahren war den vom Frauenbildungsverein ausgebildeten Kinderpflegerinnen das Hospitiren in den Kindergärten unentgeltlich gestattet, um ihnen einen Einblick zu gewähren, wie Fröbel den Umgang mit Kindern lehrt. Das allgemeine Verlangen: in Familien ebenfalls die Kinder nach Fröbel'schen Grundsätzen leiten zu lassen, sichert denen, welche diese Fähigkeit besitzen, vortheilhafte Stellung.

Das von dem Verein errichtete und geleitete Seminar für Kindergärtnerinnen bietet den Seminaristinnen volle Gelegenheit, die Theorie und Praxis des Kindergartens sich in ausreichendem Maße anzueignen. Der Lehrplan umfaßt Pädagogik, Deutsch, Methodik des Elementar-Unterrichts, Rechnen, Naturkunde, Geschichte, Geographie, Theorie des Kindergartens, technische Arbeiten, Lehrproben, Zeichnen, Gesang, Diätetik und Gymnastik. Im Schuljahre 1874/75 wurden 31 Seminaristinnen, 1875/76 deren 25 ausgebildet und theils als Hilfskindergärtnerinnen in hiesigen Kindergärten angestellt, theils wurden ihnen Stellungen in Familien zugewiesen. Einzelne Kindergärtnerinnen errichteten nicht ohne Erfolg Kindergärten in der Provinz.

Die Bibliothek des Vereins bietet Kindergärtnerinnen und Seminaristinnen Gelegenheit, das Beste auf dem Gebiete der Literatur des Kindergartens, sowie viele andere Erziehungs- und Jugendschriften kennen zu lernen.

Fortgesetzt ist der Verein in engster Beziehung zu dem Allgemeinen Fröbelverbande verblieben und in dessen leitendem und geschäftsführendem Ausschusse auch durch eines seiner Vorstandsmitglieder vertreten gewesen. Als ein Erfolg der Bestrebungen dieses Ausschusses darf der Bescheid angesehen werden, welcher ihm unterm 31. März d. J. von dem Cultusminister Falk auf eine demselben überreichte Denkschrift zu Theil wurde. In derselben heißt es:

„Dem leitenden Ausschusse des deutschen Fröbelverbandes eröffne ich auf die Denkschrift vom vorigen Monate, daß die Bedeutung zweckmäßig eingerichteter Bildungs-Anstalten für noch nicht schulfähige Kinder, welchen im elterlichen Hause die ausreichende Pflege nicht gewährt werden kann, für das öffentliche Wohl von mir in ihrem vollen Umfange anerkannt wird. Es wird daher in dem pädagogischen Unterrichte auf den Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminaren der Monarchie sowohl der Sache selbst wie dem Verdienste Friedrich Fröbels um dieselbe gebührend gedacht. In wie weit es ausführbar ist, mit den Lehrerinnen-Seminaren ohne Beeinträchtigung ihres Zweckes Einrichtungen zu verbinden, durch welche die angehenden Lehrerinnen Gelegenheit erhalten, sich in der planmäßigen Beschäftigung mit noch nicht schulfähigen Kindern zu üben, ist bereits seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Erwägung in meinem Ministerium.

„Ebenso wird dem Verband überall die Bereitwilligkeit der betreffenden Königlichen Regierungen begegnen, wenn er die Vermittelung derselben zu Mittheilungen über seine Zwecke und seine Erfolge an die Lehrer und Lehrerinnen in Anspruch nimmt.

„Endlich werden die betreffenden Regierungen ihre Zustimmung nicht versagen, wenn Gemeinden, in welchen für die Volksschulen ausreichend gesorgt ist, einen Kindergarten als unterste Stufe an die Volksschule anschließen oder mit den höheren Mädchenschulen Veranstaltungen zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen verbinden wollen."

Der Vorsitzende weist diesem Rescript gegenüber auf die günstigere Situation, die sich in demselben gegen früher ausspricht, und auf die veränderte Anschauung der Kindergartensache in den leitenden Kreisen hin. Er gedenkt im Weiteren des harten Schlages, den der Kindergartenverein durch den plötzlichen Tod der Frau Oberbürgermeister Forckenbeck erlitten, die während der nur zweijährigen Angehörigkeit zum Verein dessen Zwecke mit Begeisterung zu fördern suchte.

Mit dem Wunsche, daß dem Vereine sich im neuen Jahre recht viele neue Mitglieder zuwenden möchten, damit derselbe immer mehr und besser in den Stand gesetzt werde, seine Bestrebungen zur That zu gestalten und zu einem

lebendigen, integrirenden Theile der privaten wie der öffentlichen Erziehung des Kindes zu gestalten, schließt der Vorsitzende die Bemerkungen.

Es folgte demnächst die **Rechnungslegung**. Die Einnahmen des Vereins betrugen 35,346 M. incl. 11,870 M. Kassenbestand. Die Mitgliederbeiträge betrugen 473 M. Seitens des Magistrats empfing der Verein eine Subvention von 900 M., die Elementarklasse hatte eine Einnahme von 995 Mark, das Seminar eine solche von 3035 M., die Kindergärten 17,589 M. Die Ausgaben betrugen für Inventar 1095 M., Gehalt der Inspicientin, Drucksachen 2c. 1496 M., Elementarklasse 900 M., Seminar 1857 M., Kindergärten 18,637 M., verbleibt ein Kassenbestand von 11,359 M. — Der Kassenführerin, Frau E. Laßwitz, wurde dankend Decharge ertheilt.

Bei der schließlich vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt: Frau Dr. Asch, Frau Professor **Auerbach**, Frau Kaufmann **Drechsler**, Frau Assessor **Epstein**, Frau Kaufmann **Laßwitz**, Frau Redacteur **Oelsner**, Fräulein **Romer**, Frau Anna **Simson**, Frau Kaufmann **Sturm**, die Herren Kaufmann **Gnädig**, Canonicus **Künzer**, Kaufmann **Laßwitz**, Rector **Pflüger**, Dr. **Rhode** und Rector Dr. **Thiel**.

H. **Breslau**, 22. Mai. [**Breslauer Bau-Spar-Genossenschaft.**] In der gestern Vormittag im Saale des Café restaurant unter dem Vorsitz des Herrn General-Agent **Schäfer** abgehaltenen Generalversammlung gelangte zunächst der Geschäftsbericht pro 1875 zur Erledigung. Derselbe bezeichnet die Resultate des abgelaufenen Geschäftsjahres als wiederum befriedigende. Den Genossen könne außer 4½ pCt. Zinsen noch eine Dividende von 4 pCt., also 8½ pCt., aus dem angesammelten Gewinn gezahlt werden. Im Laufe des Jahres sind an 5 Genossen Bauvorschüsse im Gesammtbetrage von 216,000 Mark auf Grundeigenthum im Werthe von 324,000 Mk. bewilligt und im Ganzen 195,000 Mk. gezahlt worden. Drei Genossen haben die ihnen bewilligten Vorschüsse zurückgezahlt. Es bleiben gegen Amortisations-Hypotheken noch 71,280 Mk. Capitalsrückzahlungen, für welche ein Grundeigenthumswerth von 131,000 Mk. haftet. Von den auf ein Jahr bewilligten Bauvorschüssen sind noch 154,000 Mk. an die Genossenschaft zu erstatten. Auf im Jahre 1874 bewilligte Bauvorschüsse sind 114,000 Mk. zurückgezahlt worden. Auf die eingezahlten Geschäftsantheile sind an 74 Genossen 18,569 Mk. gegen Schuldschein auf kurze Zeit als persönliche Vorschüsse dargeliehen worden. Davon kommen 9996 Mk. als Reste pro 1876 in Vortrag. Von den Mitgliedern schieden 40 aus, 18 traten neu hinzu, sodaß die Genossenschaft gegenwärtig 260 Mitglieder zählt. Der Rechnungsabschluß balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 849,691 Mark. Davon kommen auf das Geschäftsantheil-Conto 193,981 Mk., auf das Hypotheken-Conto in Einnahme 206,551 Mk., in Ausgabe 431,832 Mk., Schuldschein-Conto 13,706 resp. 23,702 Mk., Bank-Conto 184,000 resp. 189,000 Mk., Accept-Conto 167,000 resp. 117,000 Mk., Depositen-Conto 59,811 resp. 47,416 Mk., Conto pro Diverse 1793 resp. 14,986 Mark, Betriebs-Conto 22,842 resp. 20,480 Mark, Bestand ult. December 1875 4373 Mark. Die Bilance weist in Activas und Passivas nach 258,738 Mark, das Gewinn- und Verlust-Conto in Debet und Credit 22,842 Mark. Die von Vorschüssen aufgekommenen Zinsen und Provisionen betragen 20,186 Mk.

Die Rechnung ist von den Herren Kanzlei-Inspector **Laffleth** und Eisenbahnsecretär **Werner** geprüft und richtig befunden worden. Dem Vorstande wird Decharge ertheilt und der vorgelegte Geschäftsbericht genehmigt. — Bei den demnächst vorgenommenen Wahlen werden die ausscheidenden Vorstands-Mitglieder Post-Director **Serbin** und Kaufmann **Behnke** wieder-, die ausscheidenden Aufsichtsrathsmitglieder General-Agent **Schäfer**, Kaufmann A. **Wendriner**, Eisenbahn-Secretär **Werner** wieder- und Buchdrucker **Gries** neugewählt. — Mit den vom Vorstande vorgeschlagenen Remunerationen für Kassen- resp. Buchführung in Höhe von 1200 und 690 Mark erklärt sich die Generalversammlung einverstanden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 22. Mai. Das Kammergericht erkannte heute auf Freisprechung des ehemaligen Fürstbischofs Förster wegen Excommunication des Probstes Kick in Kähme, wegen welcher derselbe zu 2000 Mark Geldbuße verurtheilt war. Das Obertribunal hatte das bezügliche Erkenntniß des Posener Appellgerichts vernichtet und die Sache an das Kammergericht verwiesen. Das Kammergericht ging bei der Freisprechung von der Ansicht des Obertribunals aus, daß die Excommunication rein dem Kirchengebiete angehöre und ein an sich zulässiges Strafmittel sei, welches nur unzulässig werde, falls eine Verkehrssperre hinzutrete, oder die Excommunication in unzulässiger Weise öffentlich verkündet werde. Beides ist hier nicht geschehen.

Berlin, 22. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden und beschloß die zweite Lesung im Plenum, die aber von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wurde. Die Gesetze über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, über die Umzugskosten von Staatsbeamten, über die Verlegung des Etatsjahres und die Feststellung des Etats für das erste Quartal 1877 wurden in zweiter Lesung genehmigt.

Wien, 22. Mai. Die „Montagsrevue" meldet: Das italienische Ministerium leitete Verhandlungen mit Rothschild ein, die wesentlich auf eine Reduction der im Baseler Vertrage fixirten Ablösungssummen für die italienische Linie der Südbahn hinauslaufen. Dasselbe Blatt glaubt bestimmt zu wissen, daß die österreichische Regierung eine wie immer geartete Modification des Wiener Vertrages und der Baseler Convention sehr entschieden perhorrescirt, insbesondere alle eine Ermäßigung des Kaufpreises anstrebende Zumuthungen als absolut undiscutirbar erklärt und daß sie eine gleich energische Haltung von der Verwaltung der Südbahn und von Rothschild erwartet. Die italienische Regierung hat nur die Wahl, die Convention anzunehmen oder abzulehnen.

Paris, 22. Mai. Die Zuschrift des Prinzen Jerome an seine Wähler in Corsika ist nunmehr veröffentlicht. Jerome erkennt darin die Existenz der Republik an, er erklärt, der Patriotismus gebiete dieselbe, sie sei die einzige mögliche Regierungsform, er acceptire die Lage der Dinge loyal ohne Hintergedanken.

Rom, 22. Mai. In der gestrigen Commissionssitzung zur Prüfung der Baseler Convention gab Depretis verschiedene Aufklärungen und behielt sich andere vor. Es wurde kein Beschluß gefaßt.

Philadelphia, 22. Mai. Die Ausstellungs-Commissäre ernannten 250 Preisrichter, wovon die Hälfte Ausländer sind. Die Berichte der Preisrichter sollen zeitig erstattet werden, so daß die Prämiirung vor dem 31. Juli stattfinden kann.

(L. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Konstantinopel, 21. Mai. Wie verlautet, hat die Pforte erklärt, daß das Kanzlerprogramm nicht acceptable sei und daß sie die Insurgenten niemals werde als Kriegführende anerkennen können.

(Nach Schluß der Redaction eingetroffen.)

Berlin, 22. Mai. Das Herrenhaus genehmigte den Gesetzentwurf über Auflösung des schlesischen Lehnverbandes, nahm in erster Berathung den Gesetzentwurf über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung der katholischen Diöcesen an, und erledigte die Generaldiscussion der Vorlage über die evangelische Kirchenverfassung in den alten Provinzen. Fortsetzung morgen.

Der „Reichsanzeiger" schreibt: Die von hiesigen Blätten gebrachten Mittheilungen, wonach einer der preußischen Staatsminister vor Kurzem sein Entlassungsgesuch eingereicht hätte, sind ebenso unrichtig wie alle weiteren Angaben und Combinationen, die an diese angebliche Thatsache geknüpft wurden.

Wilhelmshaven, 22. Mai. Das Panzergeschwader ist um 4 Uhr unter Kanonendonner in See gegangen. Admiral Batsch befindet sich an Bord des „Kaiser".

Bremen, 22. Mai. Die Bremer Wollwäscherei in Burglesum ist heute Nacht niedergebrannt, außer Schornstein, Kesselhaus und Maschinenhaus. Nur ein kleiner, stark beschädigter Theil ungewaschener Wolle wurde geborgen. Alle Maschinen, Trockenmaschinen und Kammmaschinen, sind total ruinirt. Der Schaden wird auf 1½ Millionen geschätzt, woran mehrere Feuerversicherungsgesellschaften participiren.

Pest, 22. Mai. Die Reichsraths-Delegation votirte das Ordinarium und das Extraordinarium des Marine-Budgets, ersteres mit einem Gesammtabstrich von 572,360 Gulden, letzteres nach der Regierungsvorlage.

Smyrna, 22. Mai. Das österreichische Kanonenboot „Nautilus" ist gestern eingetroffen.

Paris, 22. Mai. Bei den gestrigen Ersatzwahlen für cassirte Wahlen wurden ein Monarchist, vier Bonapartisten und sechs Republikaner gewählt, zwei Stichwahlen sind nothwendig. Die jetzigen republikanischen Sitze gehörten bei der ersten Wahl den Monarchisten.

Versailles, 22. Mai. Der Senat lehnte den Amnestieantrag Victor Hugo's ab und vertagte sich bis Mittwoch.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 22. Mai, 12 Uhr 25 Min. [**Anfangs-Course.**] Credit-Actien 225, —. 1860er Loose 98, —. Staatsbahn 439, —. Lombarden 124, 50. Italiener —, —. 85er Amerikaner —, —. Rumänen 19, 50. 5procent. Türken —, —. Disconto-Commandit 111, 50. Laurahütte 58, 60, Dortmunder Union —, —. Köln-Mindner Stamm-Actien —, —. Rheinische —, —. Bergisch-Märkische —, —. Galizier —, —. Fest.

Weizen (gelber) Mai 214, 50, Septbr.-Octbr. 218, 50. Roggen Mai 161, —, Septbr.-October 161, —. Rüböl: Mai 65, —, September-October 64, 70. Spiritus: Mai-Juni 49, 40, August-September 51, —.

Berlin, 22. Mai. [**Schluß-Course.**] Sehr fest.

Erste Depesche, 2 Uhr 25 Minuten.

Cours vom	22.	20.	Cours vom	22	20.
Oest. Credit-Actien	228, —	223, 50	Bresl. Makl.-B.-B.	—, —	—, —
Oest. Staatsbahn	439, 50	440, —	Laurahütte	59, —	57, 50
Lombarden	126, 50	121, —	Ob.-S. Eisenbahnb.	— —	—, —
Schles. Bankverein	83, 75	83, 50	Wien kurz	169, 10	169, 20
Bresl. Discontobank	63, —	63, —	Wien 2 Monat	168, 25	168, 20
Schles. Vereinsbank	87, 50	87, 50	Warschau 8 Tage	268, 10	268, —
Bresl. Wechslerbank	66, —	66, —	Oesterr. Noten	169, 75	169, 60
d. Pr.-Wechslerb.	—, —	—, —	Russ. Noten	269, —	269, 20
do. Maklerbank	—, —	—, —	Oest. 1860er Loose	99, —	98. —

Zweite Depesche, 3 Uhr 10 Min.

	22.	20.		22	20.
4½proc. preuß. Anl.	104, 50	104 50	Köln-Mindener	102, 25	101, 25
3½prc. Staatsschuld	94, 25	94 25	Galizier	81, 50	81, —
Posener Pfandbriefe	94, 90	94, 80	Ostdeutsche Bank	—, —	—, —
Oesterr. Silberrente	58, 50	58, 60	Disconto-Comm.	—, —	—, —
Oesterr. Papierrente	55, 40	55, 30	Darmstädter Credit	—, —	—, —
Türk. 5% 1865r Anl.	10, 50	10, 30	Dortmunder Union	—, —	—, —
Italienische Anleihe	—, —	—, —	Kramsta	—, —	—, —
Poln. Liq.-Pfandbr.	68, 80	68, 70	London lang	—, —	20, 36
Rum. Eis.-Obligat.	19, 25	19, 70	Paris kurz	—, —	80, 90
Oberschl. Litt. A.	140, 25	139, 75	Moritzhütte	—, —	—, —
Breslau-Freiburg	78, 50	77, 30	Waggonfabrik Linke	—, —	—, —
R.-O.-U.-St.-Actie	102, 75	102 25	Oppelner Cement	—, —	—, —
R.-O.-Ufer-St.-Pr.	108, 25	108, 50	Ver. Br. Oelfabriken	—, —	—, —
Rheinische	117, 50	116, 80	Schles. Centralbank	—, —	— —
Bergisch-Märkische	84, 70	83 80	Reichsbank	153, 75	153 50

Nachbörse: Creditactien 228 — Franzosen 439, —. Lombarden 126, 50, Discontocommandit 111, 20. Dortm. 6, 20. Laurahütte 59, 20. Reichsbank —, —. 1860er Loose — . Mindener —.

Trotz Contreminegerüchten fest. Credit, Lombarden durch Deckungskäufe steigend. Franzosen matt. Für Bahnen, namentlich rheinl. und Halberstädter Kauflust. Banken, Industriewerthe, österr. Fonds, inländ. Prioritäten anziehend. Geld flüssig. Disc. 2½ pCt.

Frankfurt a. M., 22. Mai, 12 Uhr 40 Min. [**Anfangs-Course.**] Creditactien 112, 75. Staatsbahn 219, 75. Lombarden 62¾. Galizier — Silberrente —, —. Papierrente —. 1860er Loose —, —. Reichsbank —, —. Fest.

Frankfurt a. M., 22. Mai, Nachm 2 Uhr 30 M. [**Schlußcourse.**] Oesterr. Credit 113, —. Franzosen 219,50—219. 1860er Loose 63¾. Lombarden —. Galizier —. Fest.

Wien, 22. Mai. [**Schluß-Course.**] Schwach, geschäftslos.

	22	20.		22	20.
Papier-Rente	65, 75	65, 65	Staats-Eisenbahn-Actien-Certificate	257, 50	259, 75
Silber-Rente	69, 40	69 40	Lomb. Eisenbahn	73, —	72, 25
1860er Loose	108, 20	108, 50	London	120, —	120, —
1864er Loose	130, 20	130, 20	Galizier	191, 50	191, —
Credit-Actien	132, 90	131, 80	Unionsbank	61, 25	61, —
Nordwestbahn	129, —	128, 50	Kassenscheine	58, 95	59, —
Nordbahn	181, 25	181 25	Napoleonsdor	9, 55	9, 55½
Anglo	64 70	63 30	Boden-Credit	— —	— —
Franco	15 —	15, —			

Paris, 22. Mai. [**Anfangs-Course.**] 3% Rente 67, 87. Anleihe de 1872 105, 27. Italienische 5% Rente 72, —. Staatsbahn 548, 75. Lombarden 155, —. Türken 12, 10. Spanier —. Egyptier —. — Fest.

London, 22. Mai. [**Anfangs-Course.**] Consols 96, 05. Italiener 71. Lombarden 6. Amerikaner —, —. Türken 11, 15. Prachwetter.

Berlin, 22 Mai. [**Schlußbericht.**] Weizen flau, Mai 213, 50, Juni-Juli 213, 50, Septbr.-October 218, —. Roggen niedriger, Mai 159, —, Mai-Juni 158, 50, September-October 160, 50. Rüböl matter, Mai 65, —, Mai-Juni 64, 80, Sept.-October 64, 30. Spiritus matt, loco 49, 80, Mai-Juni 49, 40, Juni-Juli 49, 40, August-Septbr. 51, —. Hafer Mai 166, —, Mai-Juni 166, —.

Stettin, 22. Mai, 1 Uhr 35 Min. Weizen matt, Mai —, —, Mai-Juni 213, —, Juni-Juli 213, 50, Septbr.-Octbr. 217, —. Roggen matt, Mai 151, 50, Mai-Juni 152, —, Juni-Juli —, Septbr.-Octbr. 156, —. Rüböl behauptet, Mai 65,75, Sept.-Octbr. 63,75. Spiritus loco 50, —, Mai-Juni —, —, Juni-Juli 49, 10, Juli-August 50, 20. Petroleum 12, —.

Köln, 22. Mai. [**Getreide-Markt.**] (Schluß-Bericht.) Weizen —, per Mai 21, 05, per Juli 21, 35, November —, —. — Roggen per Mai 15, 50, per Juli 15, 65, November —, —. — Rüböl loco 35, 70, Mai 35, 50, October —, —. — Hafer loco 19, 20, Mai 19, 20, Juli —, —.

Hamburg, 22. Mai. [**Getreidemarkt.**] (Schlußbericht.) Weizen flau, per Mai 219, per Juli-August 216. — Roggen matt, per Mai 157, per Juli-August 155. — Rüböl still, loco 65, per Mai 65. — Spiritus ruhiger, per Mai 35¾, per Juni-Juli 36¼, per Septbr.-October 38½. Wetter: warm.

Amsterdam, 22. Mai. [**Getreidemarkt.**] (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos, per November 313. — Roggen fest, per Juli 190, per October 198. — Rüböl loco 37¼, per Herbst 38. — Raps per October 398. Wetter: Schön.

Paris, 22. Mai, **Mittags**. [**Productenmarkt.**] (Schlußbericht.) Mehl weichend, per Mai 63, 50, pr. Juni 63, 75, per Juli-August 65, —, per Septbr.-Octbr. 66, 25. Weizen behauptet, per Mai 29, 25, per Juni 29, 50, per Juli-August 30, —, per September-Octbr. 30, 75. Spiritus fest, per Mai 48, 25, per Juli-August 48, 75. Schön.

London, 22. Mai. [**Getreidemarkt.**] (Schlußbericht.) Weizen fest. Angekommene Ladungen fest, Mehl ½ bis 1 höher, feiner Hafer 1, Wochenversteigerung, anderes unverändert. Fremde Zufuhren: Weizen 6085, Gerste 10,246, Hafer 64,622 Qrtrs.

Glasgow, 22. Mai, **Mittags**. Roheisen 58 Sh. — D.

Frankfurt a. M., 22. Mai, Abends — Uhr — Min. [**Abendbörse.**] (Original-Depesche der Bresl. Ztg.) Credit-Actien 114, 12. Oesterreichische französische Staatsbahn 219, 50. Lombarden 63⅝. 1860er Loose —. — Fest.

Paris, 22. Mai, Nachm. 3 Uhr — M. [**Schluß-Course.**] (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) 3proc. Rente —, —. Neueste 5pct. Anleihe 1872 105, 42. do. 1871 —. Italien. 5pct. Rente 72, 20. do. Tabaks-Actien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 550, —. Neue do. —, —. do. Nordwestbahn —, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 158, 75. do. Prioritäten —, —. Türken de 1865 12, 15. do. de 1869 67, —. Türkenloose 36, 75. Türkische Coupon-Certificate —, —. Egypter —. Fest, belebt.

London, 22. Mai, Nachm. 4 Uhr. (Orig.-Dep. der Bresl. Zeitung.) Consols 96, 05. Italienische 5pct. Rente 71½. Lombarden 6, 05. 5proct. Russen de 1871 95⅝. do. de 1872 —. Silber 52¼. Türkische Anleihe de 1865 12, 01. 6pct. Türken de 1869 13¼. 6pct. Verein. Staaten per 1882 104¼. Silberrente —. Papierrente —. Berlin —, —. Hamburg 3 Monat —, —. Frankfurt a. M. —, —. Wien —, —. Paris —, —. Petersburg —. Platzdiscont 1⅜ pCt. Bankeinzahlung 89,000 Pfd. St.

Telegraphische Witterungsberichte vom 22. Mai.

Uhr.	Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Wind.	Wetter.	Temper. in Celsiusgraden.	Bemerkungen.
7-8	Thurso	752,6	Still.	bedeckt.	8,9	See ruhig.
7-8	Valencia	755,9	WNW. stark.	halb bedeckt.	12,2	See fast unr[illegible]
7-8	Yarmouth	758,2	SW. leicht.	wolkig.	12,2	See sehr ru[illegible]
7-8	St. Matthieu	—	W. schwach.	bedeckt.	12,0	Seegang le[illegible]
7-8	Paris	761,8	S. leicht.	halb bedeckt.	14,7	
7-8	Helder	758,4	SSW. leicht.	—	13,0	See ruhig.
7-8	Kopenhagen	761,5	W. leicht.	bedeckt.	9,6	
7-8	Christiansund	—	—	—	—	
7-8	Haparanda	757,4	O. leicht.	wolkig.	5,0	
7-8	Stockholm	757,8	SSW. leicht.	halb bedeckt.	9,3	Nchts. Regen.
7-8	Petersburg	755,2	SW. still.	bedeckt.	0,5	
7-8	Moskau	—	—	—	—	
7-8	Wien	763,6	SO. still.	klar.	10,7	
7-8	Memel	760,6	NNW. still.	bedeckt.	5,3	
7-8	Neufahrwasser	759,3	NW. leicht.	klar.	11,3	leichter Thau.
7-8	Swinemünde	760,6	N. leicht.	wolkig.	10,6	Seegang leicht
7-8	Hamburg	762,7	SSO. schw.	bedeckt.	8,8	Nachts. Regen
7-8	Sylt	760,3	S. frisch.	bedeckt.	9,2	
7-8	Crefeld	762,4	SSO. mäßig.	wolkig.	10,5	
7-8	Kassel	762,8	SO. leicht.	wolkig.	10,0	dunst. Horizont
7-8	Carlsruhe	762,7	SW. mäßig.	klar.	9,8	
7-8	Berlin	763,9	SW. leicht.	wolkig.	11,4	
7-8	Leipzig	764,0	S. still.	bedeckt.	8,4	
7-8	Breslau	765,2	W. schwach.	klar.	6 8	

Uebersicht der Witterung: Seit Sonnabend ist der Luftdruck über Europa vorwiegend im Sinken begriffen, zuerst besonders auf der Ostsee, wo es jetzt einem leichten Steigen Platz gemacht, während das Barometer auf den britischen Inseln um 8 Mm. in 24 Stunden gefallen ist. Der frische W. und WNW., der gestern an der deutschen Küste wehte, hat leichten Winden Platz gemacht, welche im westlichen Deutschland und bis Südnorwegen aus Süden, in Nordost-Deutschland aus NW. wehen. Am Canal herrscht leichter SW. Im nordwestlichen Deutschland ist heute das Wetter trübe und stellenweise regnerisch, in Süd- und Ostdeutschland meist heiter, in Oesterreich herrscht klarer Himmel. Die Temperatur ist seit Sonnabend meist nur mäßig. In Süddeutschland aber stark gestiegen, in München von 3 auf 15 Grad. Die letzte Nacht war in Deutschland ziemlich warm, nur in der Provinz Preußen scheinen die Nachtfröste noch anzuhalten.

Breslau, den 20. Mai 1876.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 1 der Wollmarkts-Ordnung vom 15. April 1873 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der diesjährige Frühjahrs-Wollmarkt vom 7. bis incl. 10. Juni cr. in den zur Abhaltung des Marktes bestimmten Räumlichkeiten des sogenannten Kärger'schen Grundstücks

Schwertstraße Nr. 10, 12, 14,

Berlinerplatz Nr. 12

stattfindet.

Gleichzeitig wird die genaue Beachtung des § 2 der allegirten Verordnung hiermit in Erinnerung gebracht. [7570]

Der Königliche Polizei-Präsident.
Frhr. v. Uslar-Gleichen.

„**Görbersdorf**, 19. Mai. Alle vierzehn Tage findet hier ein Concert der Concert-Kapelle aus Waldenburg, unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Scheuer**, statt. Ich unterziehe mich der angenehmen Beschäftigung, über die beiden letzten Concerte im Allgemeinen einige Worte zu sagen; und so muß ich denn gestehen, daß die Kapelle seit der Leitung ihres neuen Chefs bedeutend gewonnen hat. Wie mir bekannt, ist die Kapelle durch einige neue Kräfte complettirt worden, und darf deshalb die kritische Feder nicht zu streng gehandhabt werden. Mit Vergnügen constatire ich gleich, daß die Aufführungen sich durch Präcision, gutes Ensemble, Reinheit der verschiedenen Instrumente und sauberes Spiel auszeichneten, und daß nur noch eine größere Nuancirung, namentlich in den besseren Werken, wünschenswerth wäre. Von dem guten Willen der Herren Mitglieder und dem Streben ihres tüchtigen Dirigenten überzeugt, hoffe ich, daß in der Folge die Concerte von demselben Erfolg begleitet sein werden, wie in den beiden letzten Aufführungen. Ueber Herrn Kapellmeister Scheuer später. Einstweilen nur soviel, daß sich die Kapelle und Waldenburg zu dieser tüchtigen Kraft gratuliren kann.

[7540] **Theodor Marter.**"